

Uebrigens auch die Punktklassierung der Eisenbahnstationen, Herr Teuscher, werden wir sehr genau ansehen. – Die SBB reduzieren gegenwärtig den Personalbestand, indem sie Abgänge nicht mehr ersetzen, obschon wir uns bewusst sind, dass das für die Altersstruktur der Belegschaft alles andere als ideal ist. Auch an den Vergütungen zugunsten des Personal wird gespart. Eine Arbeitsgruppe studiert neue Reisezugskonzepte, Stückgut- und Beschaffungsprobleme. Es sind über 90 verschiedene Studien im Gang, die durch Umfragen und Diskussionen zusammengetragen wurden. Dieses Spektrum von Aufgaben erstreckt sich von langfristigen Strukturaufgaben bis zum Papierverbrauch und bis zum Anhauchen des Stempels, damit man die Farbe spart. Alles wird getan.

Herrn Nationalrat Oehler möchte ich folgendes sagen: Wir werden seine Anregungen prüfen. Aber ich würde nie mit-helfen, bei den SBB ein so regionales Denken durchzusetzen, wie Sie das fordern. Wir haben nicht, weil es drei SBB-Verwaltungskreise gibt, drei verschiedene Unternehmungen. Wir haben eine Unternehmung als Ganzes. Die Investitionen müssen nach den betrieblichen Bedürfnissen, die sich aus dem Verkehrsaufkommen ergeben, getätigt werden. Hier können nicht regionale Ueberlegungen Gültigkeit haben.

Herrn Cavelti kann ich antworten, dass wir das Problem der Gotthard-Basislinie – wie überhaupt der Transitachsen – diskutieren werden; Sie bekommen nächstens eine Vorlage über die Alpentransversalen.

Mit einer eigentlichen Sanierung der SBB, Herr Müller, über die Aenderung der Kapitalstruktur, möchten wir lieber zuwarten, bis eine solche Aktion dann auch zu einer echten Sanierung führen kann. Heute wäre das auch durch eine Aenderung der Kapitalstruktur nicht möglich. Im übrigen richten wir natürlich alle hoffnungsvoll unsere Augen auf Ihren Kollegen Alois Hürlimann, der mit seinem fachkundigen Stab und einer kompetenten Kommission an einer Gesamtverkehrskonzeption arbeitet. Ein weiterer hoffnungsvoller Zwischenbericht ist kürzlich in der Presse vorgestellt worden. Die Kommission – Herr Cavelti – wird sich auch zu den grundsätzlichen Fragen äussern müssen, die Sie gestellt haben.

Ich bedaure die gelegentlich sehr skeptischen Untertöne, die man über die Arbeit dieser Kommission für die Gesamtverkehrskonzeption hört. Zu Skepsis besteht kein Anlass, es wird seriös an dieser Konzeption gearbeitet. Ich bin durchaus gegen Vorschusslorbeeren, man soll aber auch nicht gleich immer den Daumen nach unten strecken, bevor der Stier auch nur in der Arena ist! (Heiterkeit) Man sollte diese Kommission also nicht in Misskredit bringen und über diese Konzeption urteilen, bevor sie überhaupt vorhanden ist. Ich habe Alois Hürlimann – neben dem Aufgabenkatalog, den der Bundesrat ihm und seiner Kommission im Januar 1972 übergeben hat – bei unseren periodischen Aussprachen zwei weitere Wünsche sehr angelegentlich ans Herz gelegt: Erstens solle diese Konzeption in einer Sprache geschrieben werden, die auch ein Durchschnittsschweizer versteht, z. B. ein Bundesrat (Heiterkeit); zweitens, habe ich ihn gebeten, solle die Gesamtverkehrskonzeption nicht nur Probleme zeigen, sondern auch verkehrspolitische Lösungsvorschläge machen, die dann nicht schwerelos irgendwo in der Stratosphäre herumreisen. Ich stelle mir Vorschläge vor, die uns helfen; die mir nicht bloss sagen, man solle den Einäugigen zum Halbblinden umtaufen. Wir erwarten also politisch realisierbare Anträge; aber dieses Realisierbare darf nicht einfach aus der unveränderten Fortsetzung des Bisherigen bestehen.

Wir brauchen eine neue Verkehrsverfassung. Der Versuch, alles einfach mit dem Bau von mehr Strassen, mehr Bahnen oder auch noch mit Kanälen zu lösen, muss abgebrochen werden. Die SBB – das Defizit zeigt es – brauchen diese Verkehrsverfassung dringend, denn für sie und ihre 40 000 Mitarbeiter sollte nicht weiter die Zukunft als Schatten auf ihr Dasein fallen.

Der Gedanke an die Zukunft sollte auch diese Männer und diese Frauen, wie uns alle, froh machen, und ich glaube,

niemand hier – und es ist zum Glück immer wieder gesagt worden – will zulassen, dass die SBB zur Unternehmung werden, die ihre Zukunft hinter sich hat.

In diesem Sinne danke ich Ihnen für diese aufmunternden Voten. Ich werde sie sehr aufmerksam prüfen lassen.

*Genehmigt – Approuvé*

### **Bundesbeschluss – Arrêté fédéral**

#### **Titel und Ingress**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

#### **Titre et préambule**

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

#### **Art. 1 und 2**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

#### **Art. 1 et 2**

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

*Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble*

Für Annahme des Beschlusentwurfes

129 Stimmen  
(Einstimmigkeit)

*An den Ständerat – Au Conseil des Etats*

75.055

### **Kreditmassnahmen. Verlängerung**

### **Mesures dans le domaine du crédit. Prorogation**

Botschaft und Beschlusentwurf vom 9. Juli 1975 (BBI II, 421)

Message et projet d'arrêté du 9 juillet 1975 (FF II, 425)

Beschluss des Ständerates vom 24. September 1975

Décision du Conseil des Etats du 24 septembre 1975

*Antrag der Kommission*

Eintreten

*Proposition de la commission*

Passer à la discussion des articles

**Oehen**, Berichterstatter: Die Massnahmen auf dem Gebiete des Kreditwesens, also Mindestguthaben auf Passiven der Banken, Kreditbegrenzungen, Emissionskontrolle, Beschränkung der Werbung und Beschränkung der Kleinkredit- und Abzahlungsgeschäfte fanden 1972 als öffentlich-rechtliche Steuerungsmittel der Wirtschaftspolitik Aufnahme im Gesamtinstrumentarium. In jener Zeit stieg die Inlandnachfrage rasch an, der Konjunkturaufschwung in den meisten Industriestaaten liess eine starke Ausweitung der Auslandsnachfrage erwarten und gleichzeitig wurde eine ausserordentliche Aufblähung der inländischen Geld- und Kreditversorgung festgestellt. Es war somit leicht verständlich, dass verschiedene dringliche Massnahmen zur Bremsung der Nachfrageexpansion notwendig waren, um den inflationären Auftrieb in den Griff zu bekommen. Im September 1969 wurde eine Rahmenvereinbarung zwischen

den Schweizer Banken und der Nationalbank über die Mindestguthaben und die zulässige Kreditausweitung abgeschlossen. Diese Vereinbarung war auf höchstens zwei Jahre befristet und lief auf den 31. Juli 1972, also im ungünstigsten Moment, aus. Notrechtliche Beschlüsse erwiesen sich als unumgänglich, um das damals hektische Expansionstempo zu verlangsamen und die Geldmengenausweitung mit ihren inflationären Folgen zu begrenzen. Zudem bestand das System der festen Wechselkurse mit dem Konversionszwang für die Nationalbank nach dem Bretton-Wood-System, oder es wurde die Meinung vertreten, ein flexibler Wechselkurs sei nicht angebracht. Man fürchtete sich vor einem Aufwertungseffekt, den vorausgehenden neuen Mittelzuflüssen in der Phase der Aufwertungserwartung und den daraus resultierenden irreversiblen Strukturänderungen. Damit ist die Situation skizziert, in welcher der vorliegende Bundesbeschluss entstand.

Die heutige Situation präsentiert sich recht verschieden. Mit dem Uebergang zu floatierenden Wechselkursen wurde 1973 eine bessere Voraussetzung für eine wirksame Geld- und Kreditpolitik geschaffen. Die schweizerische Volkswirtschaft ist inzwischen in eine rezessive Phase eingetreten, wobei sich in verschiedenen Branchen rasche Strukturkorrekturen abspielen, die wenigstens teilweise als unausweichliche Folge früherer Fehlsteuerungen bzw. Fehlentwicklungen betrachtet werden müssen. Der Geldmengenüberhang wurde abgebaut, die Inflation hat sich deutlich abgeschwächt, und heute wird dafür gesorgt, dass durch eine gute Liquidität der Banken die Voraussetzungen für einen Wiederaufschwung der Wirtschaft sichergestellt sind. Die Behörden haben die konjunktur- bzw. inflationsdämpfenden Massnahmen laufend den sich ändernden Verhältnissen angepasst und auf verschiedenen Ebenen zugunsten der Exportwirtschaft und des Tourismus interveniert. Ich erinnere an die Interventionen der Nationalbank auf den Devisenmärkten, die bis heute im laufenden Jahr im Umfange von über 8,5 Milliarden Franken getätigt wurden, und die Ausdehnung des Verzinsungsverbots für ausländische Gelder und Erhöhung der Kommissionsbelastung sowie die Verschärfung der Vorschriften über die Devisentermingeschäfte.

Die Kreditbegrenzung wurde auf Anfang Mai 1975 aufgehoben, die Beschränkungen auf dem Gebiete der Kleinkredit- und Abzahlungsgeschäfte mit Ausnahme der Werbebeschränkungen wurden ausser Kraft gesetzt. Auf einen Emissionsplafond wurde verzichtet, und die Mindestguthaben wurden sukzessive abgebaut.

Aufgrund dieser völlig veränderten Situation scheint es angebracht, die Begründungen für den Antrag des Bundesrates, den Kreditbeschluss zu verlängern, genauer zu betrachten:

Der Bundesrat ist überzeugt, dass zur Förderung einer ausgeglichenen konjunkturellen Entwicklung ein wirkungsvolles geld- und kreditpolitisches Instrumentarium absolut notwendig ist. Die bisherigen Versuche, Regelungen auf freiwilliger Basis zu finden, scheiterten bekanntlich vollumfänglich. Ebenso gestatten wohl die verschiedenen notrechtlichen Beschlüsse der letzten zehn Jahre den Schluss, dass sowohl bei festen wie auch bei floatenden Wechselkursen auf eine Einflussnahme auf die Grösse der Geldmenge nicht verzichtet werden kann. Aufgrund der äusserst knappen Verwerfung des Konjunkturartikels am 2. März 1975 – er scheiterte bekanntlich am Ständemehr – und der massiven Annahme des Kreditbeschlusses am 2. Dezember 1973 nimmt der Bundesrat an, dass der Grundsatz der konjunkturpolitischen Globalsteuerung auf dem Gebiete des Geld- und Kreditwesens als notwendig und berechtigt anerkannt werde. Da zudem der Konjunkturartikel 31quinquies der Bundesverfassung den Bund zu einer aktiven Konjunkturpolitik verpflichtet und in Artikel 39 Absatz 3 der Bundesverfassung die Notenbank mit der Aufgabe betraut wird, «den Geldumlauf des Landes zu regeln, den Zahlungsverkehr zu erleichtern und im Rahmen der Bundesgesetzgebung eine dem Gesamtinteresse des Landes dienende Kredit- und Währungspolitik zu füh-

ren», schiene dem Bundesrat an sich die Verfassungsgrundlage zum Ausbau des kredit- und währungspolitischen Instrumentariums gegeben. Da aber Fragen der Handels- und Gewerbefreiheit tangiert werden, werde der Problembereich erneut durch ein Expertengremium geprüft. Um keine präjudizierenden Regelungen zu schaffen und es auch ungewiss sei, ob nicht vor einer endgültigen gesetzlichen Regelung eine Verfassungsrevision durchgeführt werden müsse, wird die Verlängerung des Dringlichen Bundesbeschlusses beantragt.

Nach den Worten des Bundesrates soll der rechtlichen und politischen Lage dadurch Rechnung getragen werden, dass der Freiheitsraum möglichst wenig eingeengt wird und die Massnahmen nach den Grundsätzen der Verhältnismässigkeit der Wettbewerbsneutralität und der Zielkonformität ausgestattet werden. Diese Auffassung blieb in der Kommission nicht unwidersprochen. Einerseits wurde darauf hingewiesen, dass man doch offensichtlich mit dem abgelehnten Konjunkturartikel eine Verfassungsgrundlage habe schaffen wollen, diese also als nicht gegeben betrachtete. Es müsste nun peinlich berühren, wollte man nachträglich auf dem Interpretationswege die Grundlagen für das gewünschte Instrumentarium sicherstellen. Andererseits wurde dem Missbehagen über die dauernde Verlängerung des Notrechtes Ausdruck verliehen. Verschiedene Mitglieder der Kommission forderten ein normales Gesetzgebungsverfahren, da insbesondere die Dringlichkeit für die Kreditbegrenzung nicht gegeben sei. Die intensivsten Diskussionen entbrannten denn auch um die Kreditbegrenzung und die Dringlichkeitsklausel, während um die übrigen Artikel eher Nebengefächte geführt wurden. «Obwohl der Uebergang zu flottierenden Wechselkursen die Wirksamkeit der Geldpolitik erhöht hat» – so meint der Bundesrat –, sei der Einsatz der Instrumente der Kreditbegrenzung unumgänglich. Obwohl man sich darauf konzentrieren könnte, die Geldmengenentwicklung in Übereinstimmung mit dem Wirtschaftswachstum und den Stabilitätszielen zu koordinieren, werde man durch den Zwang zur Kurspflege zu zeitweiligen Interventionen am Devisenmarkt veranlasst. Die dadurch zwangsläufige Ausweitung der Geldmenge ist einerseits durch Mindestguthaben, andererseits aber vor allem durch die Zwangskonversion bei den Kapalexporten unter Kontrolle zu halten. Da aber speziell in der heutigen Situation eine gute Bankenliquidität sichergestellt werden muss, besteht die Gefahr, dass im Moment eines wirtschaftlichen Wiederaufschwungs eine neue Inflationswelle ausgelöst werden könnte. Der Bundesrat sieht diesen Moment in nicht allzu ferner Zukunft und ist deshalb darauf bedacht, mit der Möglichkeit der Kreditbegrenzung rasch reagieren zu können. Generaldirektor Schürmann wies vor allem darauf hin, dass mit der Gesamtgeldmengensteuerung, d. h. der allgemeinen Verknappung der Kreditmöglichkeiten zur Inflationsbekämpfung fast zwangsläufig ein Zinsdruck nach oben provoziert würde. Um also die Probleme der Geldmenge des Wechselkurses und der Zinsentwicklung in einer für unsere Wirtschaft befriedigenden Art lösen zu können, erachtet er Mindestreserven, Kreditbegrenzung und Emissionskontrollen als notwendige Instrumente, die je nach Situation kombiniert oder einzeln einzusetzen sind. Die Möglichkeit, mit Hilfe der Kreditbegrenzung rasch und differenziert eingreifen zu können, erachten Bundesrat und Vertreter der Nationalbank als speziell wertvoll. Das Mittel der Kreditbegrenzung wurde von Kommissionsmitgliedern mit dem Hinweis auf den dadurch entstehenden grauen Markt mit seiner zinstreibenden Wirkung, auf die bei längerer Anwendung resultierenden Wettbewerbsverzerrungen und auf die mangelnde wirtschaftstheoretische Absicherung der erwarteten Effekte dieser Massnahme bekämpft.

Artikel 3 der Vorlage, der die Kreditbegrenzung behandelt, wurde von der Kommission lediglich mit 4 zu 5 Stimmen angenommen.

Zum Dringlichkeitsartikel ist zu bemerken, dass die zeitliche und sachliche Dringlichkeit für die Erhebung von Mindestreserven und die Emissionskontrolle nicht bestritten

waren, während für die Dringlichkeit der Kreditbegrenzung ernsthafte staatspolitische Bedenken angemeldet wurden. So sprach man von Bereitschaftsgesetzgebung und wies darauf hin, dass die Dringlichkeit jedenfalls im heutigen Zeitpunkt nicht gegeben sei. Nach Meinung von Generaldirektor Schürmann ergibt sich die sachliche Dringlichkeit für den ganzen Beschluss aus dem innern Zusammenhang der drei Instrumente: Mindestguthaben, Kreditbegrenzung und Emissionskontrolle, die wir dauernd benötigen, soll eine wirksame Konjunkturpolitik betrieben werden können. Im neuen Konjunkturartikel scheint man allerdings die Kreditbegrenzung durch Mindestreserven auf den Bankaktiven ersetzen zu wollen. Die zeitliche Dringlichkeit ergebe sich aus der Verwerfung des Konjunkturartikels, womit die verfassungsmässige Grundlage, zur Erfüllung der Verpflichtung eine ausgeglichene konjunkturelle Entwicklung sicherzustellen, im Moment fehlt und also durch Notrecht überbrückt werden muss. Dieser Auffassung schloss sich die Kommission in dem Sinne an, dass sie einstimmig Eintreten auf die Vorlage empfiehlt. Die Kommission beantragt im weiteren, die Gültigkeit des Beschlusses auf Ende 1978 festzusetzen. Sie folgt damit der Vorstellung des Ständerates, wonach Notrecht nicht länger als unbedingt nötig dauern darf. Dabei wurde allerdings aus sachlichen Gründen, wie Abstimmungstermine, Zeitplan usw., eine Korrektur um ein halbes Jahr vorgenommen und eine Differenz zum Ständerat geschaffen.

Als positiv in dieser Hinsicht wurde vermerkt, dass durch den zeitlichen Zwang die Ueberführung des Notrechtes in ordentliches Recht beschleunigt würde. Da die Revision des Notenbankgesetzes weitgehend vorbereitet sein soll, dürfte die damit gegenüber dem seinerzeitigen Antrag des Bundesrates um zwei Jahre kürzere Frist jedenfalls genügen. Ich darf darauf hinweisen, dass sich der Bundesrat dieser Auffassung anschliesst.

Ich bitte Sie, in der Beurteilung der Vorlage zu beachten, dass in den Artikeln 3 und 9 gegenüber der heutigen Form wesentliche Milderungen eingeführt wurden. Notfalls werden wir bei den entsprechenden Artikeln darauf zurückkommen. Ich möchte an dieser Stelle auch bereits der Redaktionskommission den herzlichsten Dank aussprechen. Sie hat verschiedene Verbesserungen vorgenommen, die die Vorlage, wie Sie später feststellen werden, leichter lesbar und klarer machen werden. Der ursprüngliche Textentwurf wurde offenbar unter so grossem Druck geboren, dass allzuviele Unvollkommenheiten damals durchdrachten. Ich darf Ihnen also im Namen der einstimmigen Kommission Eintreten auf die Vorlage empfehlen.

**M. Jelmini**, rapporteur: L'arrêté, que le gouvernement nous propose de proroger avec quelques modifications, faisait partie du paquet des mesures complémentaires visant à combattre la surchauffe, que nous avons adoptées à la fin de 1972. Il s'agissait alors de ralentir le rythme exagéré de l'expansion et de le ramener à des proportions correspondant mieux aux possibilités réelles de croissance de notre économie. Pour obtenir l'effet désiré sur une large échelle, il fallait recourir à une série de mesures différentes, se complétant les unes les autres, et parmi lesquelles l'accent était mis sur celles touchant le crédit et le marché monétaire et financier.

Dans les trois rapports présentés chaque fois en automne, le gouvernement a analysé la situation économique et les perspectives conjoncturelles, dans le monde et dans notre pays, en mettant particulièrement en relief la situation monétaire et en renseignant le Parlement sur les conséquences et l'efficacité de cette législation d'urgence et des ordonnances d'application. L'instabilité de la situation économique en général et la possibilité de changement rapide de la conjoncture furent envisagées et les différentes mesures furent appliquées par conséquent avec prudence – on renonça même à l'application dans un cas: dispositions instituant un dépôt à l'exportation.

Le fléchissement de l'activité économique survenu dans le courant de l'année 1974 rendit superflues, voire négatives,

les interventions dans certains secteurs, surtout dans ceux qui étaient le plus menacés par la récession. C'est ainsi que les arrêtés concernant la stabilisation du marché de la construction et les mesures limitant les amortissements admissibles pour les impôts sur le revenu furent abrogés. Restent en vigueur l'arrêté concernant la surveillance des prix, dont la prorogation est aussi proposée dans un autre message, et l'arrêté instituant les mesures dans le domaine du crédit, qui viennent à échéance à la fin de ce mois. Il faut rappeler que les interventions plus importantes prévues dans cet arrêté – prélèvement des avoirs minimaux, limitation de l'expansion du crédit et contrôle des émissions – étaient contenues dans le projet de révision de la loi sur la Banque nationale de 1968, qui n'aboutit pas pour des raisons bien connues. Les banques firent cependant preuve de bonne volonté en concluant avec l'institut d'émission un accord-cadre (gentlemen's agreement) qui permit au moins en partie d'atteindre les buts prévus dans le projet de révision. Mais l'évolution défavorable de la conjoncture, l'échéance de l'accord et surtout la poussée inflationniste préoccupante obligèrent le Conseil fédéral à proposer le remplacement du régime conventionnel par une compétence claire d'intervention, qui n'excluait pourtant pas une consultation préalable des milieux directement intéressés.

Certes, la discussion d'aujourd'hui n'aurait pas eu lieu si l'article constitutionnel sur la conjoncture avait été adopté par la majorité des cantons. Ce problème aurait en effet trouvé solution dans la législation ordinaire. A ce propos, le vote positif du peuple et le résultat précédent de la votation du 2 décembre 1973 sur les mesures urgentes semblent avoir admis implicitement la nécessité d'assurer une régulation globale et efficace de la conjoncture dans le domaine monétaire et dans celui du crédit. Ceci n'est pas un argument capable de justifier à lui seul la prolongation de l'arrêté, car le fondement juridique doit être trouvé dans le contenu matériel et temporaire des mesures proposées. Du point de vue politique, il est cependant indéniable que la tendance vers une plus grande attribution de compétences à la Confédération dans ce domaine est désormais acquise, voire imposée par les circonstances; si bien que le passage de la réglementation actuelle d'exception à la forme de la législation ordinaire devraient se produire sans autre solution de continuité.

Le contenu des nouvelles dispositions issues des débats de la Chambre des cantons et adoptées à une exception près par la majorité de votre commission reflète les principes de l'arrêté de 1972, tout en visant des objectifs plus étendus. Le titre même de l'arrêté, tel qu'il a été adopté par le Conseil des Etats, recouvre plus généralement la politique du marché de l'argent et du crédit au lieu de se limiter comme auparavant à envisager une série de mesures qui, par leur définition, auraient dû faire partie d'un certain nombre d'interventions.

Le but indiqué à l'article 1er n'est plus restreint à la lutte contre la surchauffe économique mais il envisage dans un sens beaucoup plus large la nécessité d'assurer une évolution conjoncturelle harmonieuse, c'est-à-dire la possibilité d'appliquer avec modération, mais aussi avec la rapidité dictée par les circonstances, les mesures nécessaires pour prévenir les processus anti-inflationnistes que récessifs. A juste raison, le Conseil des Etats, en complétant l'article 1er, a voulu qu'on tienne compte des disparités dans l'évolution économique des diverses régions du pays. Il s'agit là d'un complément nécessaire à l'accomplissement des tâches gouvernementales et qui fournit une justification supplémentaire au maintien de la mesure la plus discutée et la seule contestée, celle de l'encadrement du crédit (art. 3). En 1972, ce moyen d'intervention était surtout destiné à limiter le potentiel de crédit des banques, la situation étant alors caractérisée par un excédent de liquidités. Sous le régime des cours de change fixes, cette mesure avait une plus grande importance car l'efficacité du prélèvement des avoirs minimaux était en partie

annulée par le rapatriement des capitaux, qui permettait d'allouer sans cesse et en surabondance de nouveaux crédits. Ce danger n'est plus aussi aigu dans un régime de changes flottants. A la suite du changement de la situation économique d'ailleurs, l'encadrement de crédit a été abrogé le 1er mai de cette année. Le Conseil fédéral estime cependant qu'un approvisionnement monétaire trop abondant destiné à combattre la récession risquerait, si la force d'expansion du crédit bancaire aboutissait à une reprise, de provoquer une nouvelle poussée inflationniste.

La proposition de prolonger la durée des mesures concernant l'encadrement du crédit a soulevé quelques oppositions qui ont trouvé écho dans notre commission et qui ont, en fin de compte, abouti à une proposition de minorité. La limitation des crédits serait anachronique vu les changements survenus dans la conjoncture; son application conduirait à une distorsion de la concurrence, surtout dans la profession bancaire; les groupes économiques qui travaillent traditionnellement presque exclusivement avec le crédit bancaire – petite et moyenne industrie, artisanat, etc. – se sentiraient défavorisés, ne pouvant pas se procurer du crédit à d'autres sources; le contrôle quantitatif du crédit pourrait aboutir à un contrôle qualitatif, ce qui serait contraire au régime du marché libre.

Le Conseil fédéral et la majorité de votre commission ne sous-évaluent pas les aspects négatifs qu'une utilisation généralisée et rigide de cet instrument pourrait entraîner, mais il faut rappeler que, déjà dans le passé, l'application de cette limitation a été conduite avec la souplesse nécessaire et a constamment été adaptée à l'évolution de la situation économique. Pour le futur, les intentions du gouvernement sont clairement indiquées dans le message: l'encadrement du crédit est un instrument dont on peut faire usage en cas de besoin; son application sera en tout cas limitée dans le temps. Les effets négatifs du point de vue structurel et de la concurrence ont aussi été envisagés. Les quotas d'accroissement seront calculés à une date de référence qui ne sera pas antérieure de plus de trois mois à la limitation effective du crédit. Il s'agit en somme d'un instrument subsidiaire dont l'application a donné de bons résultats dans une situation qui n'est plus actuelle, mais qui pourrait se renouveler. Les autres éléments d'intervention – avoirs minimaux, contrôle des émissions, petits crédits – n'ont pas soulevé d'opposition. Le prélèvement d'avoirs minimaux s'est révélé un instrument utile; son application a eu lieu de façon plus ou moins intensifiée, suivant les besoins. Il est actuellement limité aux fonds étrangers. Le contrôle des émissions a essentiellement pour but de freiner la hausse des taux d'intérêts qui pourrait facilement se produire à la suite d'un redressement économique. Une sélection des investissements destinés soit à l'économie privée, soit aux pouvoirs publics, en fonction de leur urgence et de leur importance, est reconnu indispensable.

Quant aux restrictions apportées au crédit personnel, il n'en reste en vigueur que la disposition sur la limitation de la publicité, le reste ayant été abrogé. La notion de crédit personnel a été définie et simplifiée. Le chapitre des sanctions administratives a été adapté et complété par une nouvelle faculté donnée à l'institut d'émission d'appliquer des mesures de rechange en considérant certains cas de rigueur. La question de l'urgence a été longuement débattue au sein du Conseil des Etats et dans votre commission. D'une part, on a voulu soutenir qu'on ne pourrait pas faire usage de l'article 89bis puisqu'une disposition comme celle de l'encadrement du crédit n'est pas appliquée et se trouve pour ainsi dire en réserve. D'autre part, on voit dans la déclaration d'urgence un prétexte pour agir en dehors de l'ordre constitutionnel et contrairement à la volonté des cantons qui n'ont pas voulu créer la base constitutionnelle nécessaire. En ce qui concerne la constitutionnalité du projet, le message donne à la fin du chapitre 5 tous les renseignements utiles. Du point de vue temporaire, l'urgence est justifiée du fait que l'article constitutionnel a été rejeté et que, par conséquent, il manquait la

base juridique nécessaire au moins dans les circonstances politiques actuelles. L'urgence matérielle procède de la corrélation étroite qui existe entre les trois éléments qui font partie de l'arrêté. Le danger d'une évolution inflationniste est latent, on ne peut évidemment pas savoir si et quand elle peut survenir. Mais il est certain que les instruments d'intervention sont nécessaires pour mener une politique conjoncturelle efficace, dont la politique monétaire fait étroitement partie.

Dans le débat de la commission, quelques préoccupations furent évoquées au sujet du rôle qui devrait être joué par la Banque nationale dans l'application des mesures prévues par l'arrêté. L'institut d'émission n'est pas un organe politique. Il n'est pas responsable devant le Parlement qui, avec le peuple, lui attribue certains pouvoirs. Même le Conseil fédéral n'a pas le droit d'intervenir dans des décisions de la compétence de la Banque nationale. Il peut tout au plus supprimer les mesures, mais non corriger leur application. Une contradiction apparaît par conséquent entre la tâche d'assurer une évolution harmonieuse de la conjoncture, qui entraîne la notion de la globalité des interventions, et la modalité de ces interventions particulières. Le représentant du Conseil fédéral et le représentant de la Banque nationale, M. Schürmann, ont rassuré la commission à ce sujet, en affirmant que les rapports sont presque journaliers et excellents. Personnellement, j'estime que ces rapports devront être réexaminés lors de l'élaboration de la nouvelle législation. Il faudrait aussi à notre avis inclure les partenaires sociaux dans la consultation sur l'application de mesures importantes par leurs conséquences économiques.

Quant à la durée, le Conseil fédéral a proposé cinq ans, le Conseil des Etats a voulu réduire le délai de moitié, votre commission a préféré vous proposer l'échéance du 31 décembre 1978. Il faut compter avec le temps nécessaire pour examiner la situation constitutionnelle, compléter le cas échéant la constitution et reviser la loi sur la banque d'émission. La commission unanime vous invite à voter l'entrée en matière et sa majorité à voter le projet issu des délibérations du Conseil des Etats avec la seule modification de la date d'échéance. Pour éviter une intervention supplémentaire, le groupe démocrate-chrétien me charge d'apporter son adhésion majoritaire aux conclusions de la commission.

**M. Muret:** Il est rare, très rare, d'éprouver des jouissances intellectuelles ou artistiques particulières à la lecture des messages du Conseil fédéral. En règle générale, ni leur style ni leur contenu ne sont de nature à procurer aux non-initiés des plaisirs de l'âme aussi élevés. Mais pour une fois – c'est une exception historique – il faut reconnaître ce n'est pas sans quelque jubilation intérieure que nous avons pris connaissance de certains passages du message gouvernemental concernant la prorogation de l'arrêté sur le crédit.

Pour ceux qui comme nous réclament depuis tant d'années des mesures de contrôle de l'économie et qui, dès le début, ont dénoncé l'inefficacité, l'insuffisance et les dangers des prétendus gentlemen's agreements passés entre l'Etat et le grand capital, il y a ainsi des délectations délicates et dont on ne peut que remercier le gouvernement.

Il est plaisant, pour ne pas dire plus, de voir le Conseil fédéral condamner avec indignation le refus des banques en 1972 de reconduire la convention-cadre sur les avoirs minimaux et sur la limitation des crédits «au moment précisément, dit-il, où la surchauffe était la plus aiguë et l'expansion de la masse monétaire la plus vive». Il est très plaisant d'apprendre qu'au vu des expériences de ces dix dernières années, le système des accords librement négociés «est apparu comme une solution impropre» (c'est une citation) et qu'il n'est plus question d'y recourir dans le domaine monétaire et du crédit. Il est encore plus plaisant de lire sous la plume même du gouvernement que «les grandes décisions de politique monétaire ... ne doivent pas être laissées à la libre appréciation des banques»

(c'est de nouveau une citation textuelle). Et il est tout simplement réjouissant de pouvoir citer – toujours textuellement – le passage suivant où, il est vrai, le fond l'emporte sans doute sur la forme: «Tout système qui permet aux entreprises directement concernées – lesquelles, poursuivant un but lucratif, se préoccupent, de manière parfaitement légitime et en agissant selon les lois du marché, de leurs intérêts particuliers – d'exercer une influence prédominante sur l'aménagement de la politique doit être rejeté au nom de l'intérêt général.» C'est presque un plagiat et le Parti du travail pourrait revendiquer des droits d'auteur quant à ses tracts! Quoi de plus juste du reste et à tous égards? Tant il est exact qu'au sein d'une société capitaliste bien ordonnée, il est pleinement légitime en effet de poursuivre un but lucratif en ne se préoccupant que de ses propres intérêts et de prétendre en même temps diriger la politique du pays.

Tout ça pour constater, notamment et sous le signe de l'optimisme, que tous les espoirs sont permis puisqu'il n'aura guère fallu au Conseil fédéral que dix ans d'expérience pour s'apercevoir que notre seul tort a été d'avoir raison un peu tôt...

Quant au fond du problème, la position de notre groupe peut se motiver brièvement. Comme le laissent entendre les remarques que je viens de faire, nous ne sommes pas opposés, dans les grandes lignes, au maintien des mesures de caractère en quelque sorte technique dont on nous demande la prorogation, c'est-à-dire des moyens d'action et d'intervention dont l'arrêté sur le crédit dote l'Etat. Ils nous apparaissent en effet comme des instruments qui, en eux-mêmes, font partie des attributions normales et nécessaires de tout Etat capitaliste dans les conditions présentes – tout dépendant, nous le soulignons et nous y reviendrons, de l'utilisation qui en est faite.

Nous sommes donc d'avis que c'est au nom d'une argumentation proprement indéfendable que les grandes banques, l'Association suisse des banquiers, des organisations comme les Groupements patronaux vaudois et leurs semblables et amis réclament aujourd'hui la suppression de la simple possibilité d'encadrer le crédit. Cela revient en effet à demander entre deux orages la mise à la ferraille des paratonnerres.

Mais la réalité (et ici on se fait une joie de paraphraser les si judicieuses appréciations du Conseil fédéral!) la réalité, c'est que les entreprises directement concernées, celles du capital bancaire, ne poursuivent en fait qu'un but lucratif et ne se préoccupent que de leurs intérêts particuliers, de leurs profits et de leurs privilèges. Et que ces intérêts particuliers ne sont ni ceux du peuple ni ceux du pays mais qu'ils leur sont opposés.

C'est pourquoi nous rejetterons la proposition de la minorité de droite de la commission qui vise à biffer purement et simplement l'article 3, c'est-à-dire la disposition même de l'arrêté qui prévoit l'encadrement du crédit.

Cela dit, ce que nous ne pouvons, par contre, ni approuver ni défendre, bien au contraire, c'est l'usage sur un plan général qui est fait des instruments ainsi fournis à l'Etat. Ce que nous ne pouvons pas approuver, c'est la politique de ceux qui s'en servent et son orientation de classe; c'est le fait que, dans l'ensemble, cette politique-là n'est destinée qu'à sauver un régime d'économie de marché en crise et en déroute et que les intérêts qu'elle sert sont d'abord et avant tout ceux du grand capital. Car il faut le dire et le répéter: il y a dirigisme et dirigisme et ce mot, à lui tout seul, n'a rien de magique. Il y a le dirigisme qui est placé au service des trusts et celui qui sert le peuple et les nécessités d'ordre social. Quoi qu'en pensent certains milieux, même de gauche, rien ne serait plus faux que de les confondre.

C'est pourquoi, lorsqu'en décembre 1973, nous avons voté contre l'arrêté actuellement en vigueur sur le crédit, c'était avant tout contre son mode d'application. C'était en effet à une époque où, dans divers domaines et tout particulièrement dans celui de la construction et des travaux d'infrastructure et d'intérêt général les plus indispensa-

bles, comme l'épuration des eaux, par exemple, les crédits étaient coupés et les banques faisaient la sourde oreille, conformément en cela à la politique des autorités.

Cette politique-là, nous n'en voulons pas et nous n'entendons pas la cautionner par un vote affirmatif. Mais nous nous refusons d'autre part et en même temps à faire le jeu de la finance et des banques en rejetant la prorogation de l'arrêté. Dans ces conditions, il ne reste plus au groupe du Parti du travail et du PSA qu'à s'abstenir au vote sur l'ensemble et c'est dans le sens que nous venons d'indiquer très sommairement que cette position est à interpréter.

**Schmid-St. Gallen:** Im Namen der sozialdemokratischen Fraktion beantrage ich Ihnen Eintreten auf die Vorlage. Wir sind uns bewusst, dass es nicht allzu schwer ist, heute gegen diese Vorlage Stimmung zu machen. Es werden dagegen rechtliche Bedenken, es werden staatspolitische Bedenken geltend gemacht, indem gesagt wird, es sei eine Zwängerei, nach dem verworfenen Konjunkturartikel die gleiche Vorlage mit gleichem Inhalt auf dem Notrechtswege zu verwirklichen; ferner werden wirtschaftspolitische Bedenken geltend gemacht: wir hätten keine Konjunkturüberhitzung mehr, die Kreditbegrenzungen führten zu Strukturverzerrungen. Wenn man am Schluss dann noch mit dem einfachen Handwerksmeister kommt, der sich selbständig machen will, der dazu Kredite benötigt, diese aber von der Bank wegen Kreditbegrenzungen nicht erhält und deshalb keine eigene Existenz aufbauen kann, dann kann man damit rechnen, dass man einen grossen Teil des Publikums auf seiner Seite hat. Wir glauben aber nicht, dass derartige Argumentationen, welche die tatsächlichen Verhältnisse stark verzerren, den Anforderungen einer verantwortungsbewussten Wirtschaftspolitik entsprechen.

Zu den rechtlichen Bedenken: Es wird bestritten, dass die zeitliche und teilweise auch die sachliche Dringlichkeit gegeben ist, die gestützt auf Artikel 89bis der Bundesverfassung für diesen Erlass notwendig ist. Wir sind der Meinung, die zeitliche Dringlichkeit sei gegeben. Wir können nicht warten, bis wir wieder eine massive Inflation haben. Wir müssen bedenken, dass bereits die Indikatoren, die eine bestimmte Entwicklung – beispielsweise eine inflatorische Entwicklung – anzeigen, mit Verspätung erscheinen – wie ja naturgemäss jede Statistik nur Vergangenheitswerte wiedergeben kann und daher eben mit einer zeitlichen Verzögerung kommt. Wollte man zudem noch warten, bis sich im Volk und im Parlament ein politischer Wille zum Handeln gebildet hat, wäre es unseres Erachtens zu spät. Das war bekanntlich 1972 der Fall. Man musste daher sehr rigorose Massnahmen treffen, die im Einzelfall zu Härten führten, ohne dass sich kurzfristig ein Erfolg in der Inflationsbekämpfung eingestellt hat. Hätte man früher handeln können, so hätten viel mildere und differenziertere Massnahmen einen erst noch grösseren Erfolg eingebracht.

Zur sachlichen Dringlichkeit: Die Möglichkeit einer raschen inflationären Entwicklung bei einem neuen konjunkturellen Aufschwung ist latent vorhanden. Das ergibt sich schon aus den hohen Beträgen an Krediten, welche die Banken zugesagt haben, die aber noch nicht beansprucht worden sind. Die Nationalbank muss daher rasch auf die Geldmenge einwirken können, wenn das notwendig wird. Die sachliche Dringlichkeit wird denn auch kaum mehr bestritten. Es wäre auch grotesk, das zu tun, denn die Nationalbank hat ja die Pflicht, Geld auszugeben. Die Geldmenge in Grenzen halten aber soll sie nicht können. Das wäre ein offenkundiger Unsinn.

Zu den staatspolitischen Bedenken, zur Frage, ob es eine Zwängerei sei, jetzt das zu verwirklichen, was Volk und Stände mit dem Konjunkturartikel verworfen haben: Wir gestehen durchaus zu, dass diese Argumente schwerer wiegen. Wir haben aber im Grunde nur zwei Alternativen: Entweder schaffen wir sofort einen neuen Konjunkturartikel, oder aber wir arbeiten mit Notrecht weiter. In dieser Hinsicht haben wir Verständnis für den Bundesrat, dass er

nicht so kurz nach der Verwerfung in einer Volksabstimmung mit einer ähnlichen Vorlage kommen kann. Es bleibt somit nur das Notrecht. Der Bundesrat betrachtet nun allerdings die Verfassungsgrundlage zum Ausbau eines Notenbankinstrumentariums als gegeben. Auch wir haben diese Auffassung zusammen mit der Mehrheit der massgebenden schweizerischen Staatsrechtler immer wieder vertreten. Wir erachten aber den Weg als nicht gangbar, durch Gesetz zu realisieren, was in der Volksabstimmung als Verfassungsvorlage gescheitert ist. Durch einen extra-konstitutionellen Dringlichen Bundesbeschluss hat das Volk innert Jahresfrist immerhin obligatorisch ja oder nein dazu zu sagen, so dass man uns nicht vorwerfen kann, wir handelten über die Köpfe des Volkes hinweg.

Zu den wirtschaftspolitischen Bedenken: Es wird gesagt, wir hätten keine Konjunkturüberhitzung. Ich möchte zu bedenken geben, dass wir nach wie vor Inflation haben. Inflationsbekämpfung ist aber unter den gegenwärtigen Bedingungen zugleich Rezessionsbekämpfung, denn eine niedrige Teuerungsrate kann die Exportbedingungen verbessern und damit einen Teil der wechselkursbedingten Schwierigkeiten der Exportindustrie mildern. Eine Teuerungsrate von 3, 4 oder 5 Prozent erachten wir sozial als nicht vertretbar, vor allem deshalb nicht, weil wir Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit haben und angesichts der Tatsache, dass viele Arbeitnehmer den Teuerungsausgleich nicht mehr erhalten. Ich erinnere daran, dass wir 1964, als der erste Kreditbeschluss – mit Kreditbegrenzung – und der erste Baubeschluss erlassen wurden, 3 Prozent Inflation hatten, also bedeutend weniger als heute.

Zum Argument mit den Strukturverzerrungen, die hauptsächlich durch die in Artikel 3 der Vorlage vorgesehenen Kreditbegrenzungen begünstigt werden sollen: Die Kreditbegrenzung erachten wir als nur vorübergehend notwendig. Wir sind der Meinung, dass mit Mindestguthaben in der Regel die angestrebten Ziele ebenfalls erreicht werden können. Herr Kollege Biel hat übrigens in der Kommission ein eindrückliches Plädoyer gegen die Kreditbegrenzungen gehalten. Ich zweifle nicht daran, dass er das auch hier wiederholen wird. Er hat aber doch zugegeben, dass man vielleicht für einige Wochen über eine Kreditbegrenzung verfügen muss, bis die übrigen Instrumente greifen.

Auf die Kreditbegrenzung in der Vorlage hätte unseres Erachtens verzichtet werden können, wenn Mindestguthaben auf Krediten eingeführt worden wären. Wir haben das ja schon 1972 beantragt.

Der vorliegende Entwurf und auch das geltende Recht sehen aber, wie Sie wissen, bloss Mindestguthaben auf Passiven vor. Die Wirkung der Mindestguthaben auf Passiven hängt aber von den Ueberschussreserven der Banken ab. Wenn diese gross genug sind, dann können die Banken trotzdem Kredite gewähren. Im übrigen werden jene Banken bestraft, die es verstehen, Einlagen anzuziehen. Dies widerspricht der Förderung des Sparens im Sinne der Inflationsbekämpfung. Repatriierungen aus dem Ausland können durch Mindestguthaben auf Passiven nicht erfasst werden. Wohl haben unter dem Regime freier Wechselkurse solche Operationen an Bedeutung verloren. Bei einer Rückkehr zu festen Wechselkursen oder doch zu teilweise festen Wechselkursen würden diese Probleme aber wieder auftreten. Als Waffe dagegen bieten sich nur zwei Instrumente an, nämlich eben die beantragten Kreditbegrenzungen oder die Mindestguthaben auf Aktiven. Wir bedauern, dass der Bundesrat diese Chance nicht genützt hat. Es wäre ein wertvoller Schachzug gewesen, die Vorlage abstimmungspolitisch zu entlasten. Wir wissen ja, dass von ernst zu nehmender Seite die Kreditbegrenzungen bestritten werden und damit wahrscheinlich auch die Vorlage in der Volksabstimmung bekämpft werden wird. Herr Biel wird uns zweifellos auch weitere Mängel der Kreditbegrenzung hier anführen. Wir erachten deshalb diese Kreditbegrenzung als zweitbeste Lösung und stimmen ihr deshalb zu.

Abschliessend halten wir fest: Geben wir durch die Verlängerung des Kreditbeschlusses dem Bundesrat und der Nationalbank die Kompetenz zu einer wirksamen Geldmengenpolitik. Dann können diese Behörden die Instrumente rechtzeitig und deshalb so dosiert und differenziert einsetzen, dass abrupte Kreditbegrenzungen vermieden werden können. Dann wird auch der kleine Handwerksmeister auf seine Rechnung kommen, wenn er an den Bankschalter tritt.

**Schnyder-Bern:** Die Fraktion der SVP hat zum Bundesbeschluss über die Verlängerung der Massnahmen auf dem Gebiete des Kreditwesens in zustimmendem Sinne Stellung bezogen. Sie ist für Eintreten.

Immerhin sind wir der Auffassung, dass im heutigen Zeitpunkt verschiedene Anpassungen an die veränderte Wirtschaftslage notwendig sind. Die Fraktion ist mehrheitlich zur Ueberzeugung gekommen, dass insbesondere die Kreditbegrenzung, wie sie in Artikel 3 vorgesehen ist, gestrichen werden sollte. Wohl muss die Nationalbank nach unserem Dafürhalten Kompetenzen erhalten, die es ihr gestatten, die Geldmengen besser und marktkonformer zu steuern. Mit dem Uebergang zum Floating kann sie dabei heute mit der Offenmarktpolitik und den Mindestguthaben wesentlich erfolgreicher operieren als früher. Demgegenüber hat die Kreditbegrenzung eine geringere Bedeutung als unter dem Regime der festen Wechselkurse. Sie schliesst sodann wesentliche konkrete Nachteile mit ein. So führte sie in der Vergangenheit zu einer Begünstigung der grossen und starken Kundschaft, zur Benachteiligung der kleinen, jungen und aufstrebenden Unternehmen und damit zu Wettbewerbsverzerrungen. Ausserdem sind jene Massnahmen auch für das Anheizen des grauen Marktes mitverantwortlich. Der Artikel 3 wurde im Jahre 1972 als Folge der damaligen Konjunktur- und Inflationslage erlassen. Es ist heute nicht einzusehen, weshalb er in der Zeit der Rezession, der sinkenden Inflation, in einer Zeit, in welcher aufgrund der flexiblen Wechselkurse keine überdimensionierte Geldschöpfung befürchtet werden muss, was übrigens auch der Auffassung der Nationalbank und des Bundesrates entspricht, aufrecht erhalten werden soll. Der Bundesrat und die Nationalbank haben mit den übrigen ihnen zur Verfügung stehenden Massnahmen wie Mindestguthaben, Emissionskontrolle, dem Bundesbeschluss über den Schutz der Währung genügend Mittel zur Verfügung, um einen im heutigen Zeitpunkt allerdings kaum denkbaren raschen Konjunkturanstieg zu begegnen.

Abschliessend begründen wir die Streichung des Artikels 3 mit der Feststellung, dass Notrecht aufgrund der Rechtslehre nur dort geschaffen werden darf, wo wirklich Not besteht, und nicht auf Vorrat. In diesem Sinne sind wir für Eintreten auf die Vorlage und unterstützen den Antrag auf Streichung von Artikel 3.

**Biel:** Heute haben wir eine Wirtschaftslage mit Inflation und Unterbeschäftigung, und wir stehen Ende Jahr wieder einmal ohne konjunkturpolitisches Instrumentarium da. Das ist die Ausgangslage für die Beratung über den neuen Kreditbeschluss, der uns vorliegt. Wir könnten einmal sagen: «Wir machen nichts mehr; wir lassen die Geschichte laufen.» Wir dürfen aber diesem Fatalismus nicht zustimmen und die Dinge einfach gehen lassen. Allzuoft haben wir das in der Schweiz schon getan. Somit bleibt uns nur ein Dringlicher Bundesbeschluss.

Die Fraktion des Landesrings bedauert sehr, dass wir einmal mehr mit Notmassnahmen operieren müssen. Heute muss – aus den verschiedensten Gründen, die Sie kennen – mit allen Mitteln die Inflation weiter bekämpft werden. Die Instrumente haben wir zum Teil bereits. Die Geld- und Währungspolitik sind vorhanden. Aber damit die Geld- und Währungspolitik in jedem Fall greifen kann, brauchen wir das Instrument der Mindestguthaben. Die Vorlage, zu der wir Stellung nehmen müssen, enthält die Kompetenz, gegebenenfalls Mindestguthaben zu verlangen.

Gleichzeitig müssen wir Stabilisierungsmassnahmen treffen zur Erhaltung der Vollbeschäftigung. Die schweizerische Wirtschaft ist nicht mehr voll ausgelastet. Innert Jahresfrist haben wir 200 000 Arbeitsplätze weniger. Die private Wirtschaft investiert nicht; sie wartet zu. Folglich bleibt nichts anderes übrig, als dass die öffentliche Hand – wenigstens dort, wo sie es tun kann – in die Lücke tritt und mit Aufträgen versucht, einen weiteren Rückgang der Beschäftigung aufzuhalten.

Die Finanzierung dieser zusätzlichen Massnahmen im Investitionsbereich kann und muss über die Verschuldung erfolgen; etwas anderes wäre konjunkturwidrig. Damit diese Verschuldung in einem vernünftigen Rahmen vor sich geht, brauchen wir eine öffentliche Emissionskontrolle. Es ist unerlässlich, dass die Behörden, die die Konjunkturpolitik handhaben, darüber befinden, wie die Mittel des Kapitalmarktes aufgeteilt werden. Das Wichtigste der heutigen Vorlage liegt für mich also in der Kompetenz zur Weiterführung der Emissionskontrolle.

Zum dritten Instrument dieser Vorlage, den Kreditbegrenzungen: Heute wäre es richtig, wenn die Wirtschaft in grossem Stil von den reichlichen Kreditmöglichkeiten des Bankensystems Gebrauch machte. Leider lässt man sich nur Kreditlimiten einräumen, verzichtet aber darauf, vom Kredit effektiv Gebrauch zu machen. Zweifellos werden wir im nächsten Jahr keinen Anlass haben, irgendwelche Massnahmen zur Kreditbeschränkung zu ergreifen. Aus diesem Grunde sind in unserem Kreise Zweifel geäussert worden, ob die Dringlichkeit für Artikel 3 – für die Weiterführung von Kreditbegrenzungen als Kompetenz – gegeben sei. Die Bundesverfassung gibt uns nur ein Dringlichkeitsrecht, sofern die zeitliche Dringlichkeit gegeben ist. Als Gesetzgeber sind wir daran gebunden.

Nun gibt es natürlich zugestandenermassen noch eine andere Sicht der Dinge. Man verweist darauf, dass die Vorlage mit den drei Instrumenten ein zusammenhängendes Ganzes bilde. Zwei dieser Instrumente brauchen wir jetzt, wir brauchen sie auch im Januar, nach Ablauf des geltenden Kreditbeschlusses, nämlich die Emissionskontrolle und die Mindestguthaben. Das dritte Instrument hängt damit zusammen. Also können wir nicht darauf verzichten, sondern müssen es in der Vorlage lassen; sonst riskieren wir wieder, dass – je nachdem, wie erfolgreich andere Stabilisierungsmassnahmen sind und wie sich die weltweite Konjunktur entwickelt – wir wieder einmal zu spät kommen.

Die Landesring-Fraktion teilt mehrheitlich diese Sicht der Dinge. Sie glaubt also, dass ein Zusammenhang bestehe zwischen diesen Instrumenten. Persönlich habe ich Zweifel gegenüber dem Instrument der Kreditbegrenzung. Herr Kollege Schmid hat bereits einiges erwähnt; ich werde ihm nun nicht das Vergnügen bereiten, eingehend auf alle diese Bedenken einzutreten. Er hat ja in der Kommission aufmerksam zugehört und weiss jetzt Bescheid.

Entscheidend für die Konjunkturpolitik ist die Geldmengensteuerung, und für die Geldmengensteuerung haben wir das Instrument der Währungspolitik und der Mindestreserven. Es gibt gewisse Möglichkeiten zu Offenmarktoperationen; das sollte für die nächste Zeit genügen. Diese Instrumente müssen natürlich dann auch eingesetzt werden.

Wenn man mit 1972 argumentiert, vergisst man, dass damals eben keine Geldpolitik, die im Gesamtinteresse lag, betrieben worden ist; deshalb hat man als Notmassnahme zur Kreditbegrenzung gegriffen. Die berühmte zinsdämpfende Wirkung, die durch die Kreditbegrenzung angeblich ausgeübt würde, ist eine Illusion. Sie können das Zinsniveau gesamtwirtschaftlich nur tief halten, wenn Sie entsprechend die Geldmenge ausweiten. Das haben wir damals getan, und deshalb war rein optisch auch das andere Instrument erfolgreich, obwohl es gar nicht in dieser Richtung gewirkt hat. Was Herr Schmid sagte, trifft zu: Es gibt mögliche strukturelle, konkurrenzuelle Wirkungen, wenn man längere Zeit mit Kreditbeschränkungen operiert.

Nun will man in nächster Zeit dieses Instrument nicht einsetzen, und es geht beim Entscheid nur noch darum: Ist die Dringlichkeit gegeben und ist der Gesamtzusammenhang gegeben? Persönlich werde ich auch daraus keine «cause célèbre» machen, denn für mich ist die Emissionskontrolle entscheidend. Ich werde – wie die Mehrheit unserer Fraktion – dem unterbreiteten Beschluss zustimmen.

Kurz zur Detailberatung: Dort werden wir entscheiden müssen zwischen dem Antrag des Ständerates und der Kommissionsmehrheit und der Minderheit, vertreten durch Herrn Stich. Persönlich werde ich in jener Abstimmung die Variante Minderheit bzw. Bundesrat unterstützen, denn grundsätzlich halte ich es für falsch, ein derart wichtiges Instrument für die Konjunkturpolitik nicht jenen Instanzen zu überlassen, die im Rahmen unserer Rechtsordnung eben für die Konjunkturpolitik zuständig sind. Praktisch allerdings hat dieser Streit geringe Konsequenzen, denn es ist eher ein überflüssiges Zuckerchen, das man da den Banken gibt: Wenn ihr nicht wollt, dann verfügt die Nationalbank bzw. der Bundesrat. Die praktische Tragweite ist also nicht gross.

In diesem Sinne wird unsere Fraktion für Eintreten stimmen und sich in ihrer Mehrheit den Anträgen des Bundesrates anschliessen.

**M. Richter:** L'efficacité des mesures préconisées par l'arrêté fédéral sur la politique du marché de l'argent et du crédit, ainsi qu'on l'a fort heureusement plus justement intitulé, n'est en soi nullement contestée s'agissant du dépôt des avoirs minimaux, du contrôle des émissions, des mesures dans le domaine du petit crédit et de la vente à tempérament. En revanche, les dispositions concernant la limitation des crédits soulèvent de l'opposition et sont combattues par une partie du groupe radical-démocratique.

A notre avis, le maintien de ces mesures permet avant tout d'assurer une intervention rapide en cas de nécessité absolue, sans avoir à recourir à la procédure parlementaire forcément longue; ne serait-ce déjà que pour cela que des mesures préparées sont utiles. L'ensemble de cet arrêté doit constituer un pont entre le régime actuel, ponctué fastidieusement d'arrêtés urgents, et l'adoption d'ici trois ans d'un nouvel article conjoncturel qui couvrirait cette matière. C'est pourquoi il est justifié à notre sens de ramener la validité de l'arrêté à trois ans au lieu de cinq, comme le proposait le Conseil fédéral, ou deux et demi selon la version du Conseil des Etats.

*Hier wird die Beratung abgebrochen  
Ici, le débat est interrompu*

*Schluss der Sitzung um 12.35 Uhr  
La séance est levée à 12 h 35*

## **Kreditmassnahmen. Verlängerung**

### **Mesures dans le domaine du crédit. Prorogation**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1975
Année	
Anno	
Band	V
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	03
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	75.055
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	03.12.1975 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1591-1597
Page	
Pagina	
Ref. No	20 004 389

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.



## Vierte Sitzung – Quatrième séance

Mittwoch, 3. Dezember 1975, Nachmittag

Mercredi 3 décembre 1975, après-midi

16.30 Uhr

Vorsitz – Présidence: Herr Etter

75.055

### Kreditmassnahmen. Verlängerung

### Mesures dans le domaine du crédit. Prorogation

Fortsetzung – Suite

Siehe Seite 1591 hiervoor — Voir page 1591 ci-devant

**Oehen**, Berichterstatter: Gestatten Sie zur Eintretensdebatte von heute vormittag drei Hinweise; zuerst an die Adresse von Herrn Muret. Herr Muret, ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, dass auch bei Vertragsabschlüssen oder Vereinbarungen zwischen Banken und dem Staat bei uns eben die Vertragstreue für beide Seiten gilt, und deswegen konnte 1972 auch in einem ungünstigen Moment nicht einfach eine Vereinbarung gebrochen werden. Dann gestatte ich mir anschliessend an Ihren Ausdruck des Plagiats zu sagen, dass Sie vielleicht hier auf einen wesentlichen Unterschied zwischen einem kommunistischen System und einem kapitalistischen gestossen sind. Das bürgerlich-kapitalistische System erweist sich immer wieder als lernfähig, als anpassungsfähig, und das kann man nicht unbedingt vom anderen System auch behaupten.

Zu der Opposition der Banken: Es ist unzweifelhaft so, dass die Vernehmlassung der Banken nicht ohne Einfluss auf die Haltung gegenüber Artikel 3, den Kreditbeschränkungen, geblieben ist. Es scheint mir notwendig, darauf hinzuweisen, dass nach Aussage des Vertreters der Nationalbank diese Eingabe eigentlich als das Produkt der Grossbanken zu betrachten ist. Die Kantonalbanken seien effektiv nicht gegen die Kreditbegrenzung; sie wünschten lediglich gewisse Anpassungen zu ihren Gunsten.

Es kam zum Ausdruck, dass die Angst besteht, es könnten nicht genügend Kredite bereitgestellt werden und das würde zu Strukturveränderungen führen, sowohl bei den Kreditnehmern wie bei den Banken selbst. Dazu möchte ich Ihnen 3 Fragen formulieren, die Sie selber beantworten mögen: Wurde bis heute das Mittel der Kreditbegrenzung überhaupt jemals so lange angewendet, dass man diese Angst als gerechtfertigt oder begründet bezeichnen könnte? Zweitens: Wurden durch die Entstehung unhaltbarer Strukturen, durch allzu leichte Kreditgewährung nicht viel mehr Probleme geschaffen, als durch zu restriktive Kreditgewährung?

Drittens: Es ist betont worden, dass das Mittel der Kreditbegrenzung wegen der Probleme der Inflation, also wegen eines neuen Inflationsschubes, notwendig sei. Man kann meines Erachtens die ganze Problematik auf zwei Alternativen zurückformulieren und vereinfachen: Wir haben mit der heutigen Situation die Möglichkeit, die Banken reichlich mit liquiden Mitteln zu versehen, müssen aber das rasch wirksame Mittel der Kreditbegrenzung besitzen, oder aber – das ist die andere Alternative – wir begnügen uns mit sehr knapper allgemeiner Liquidität und verzichten dann auf die Möglichkeit der Kreditbegrenzung. Welche Alternative gerade für die kleineren Betriebe die günstigere sei, das mögen Sie sich als dritte Frage selber beantworten.

**M. Chevallaz**, conseiller fédéral: Il est bien vrai que, dans son ensemble, l'arrêté sur le crédit dont nous vous demandons aujourd'hui la prorogation, avec quelques modifications, ne s'intègre pas pleinement au paysage économique et financier actuel. A l'heure qu'il est, nous souhaitons les investissements plutôt que nous ne cherchons à les limiter, dans l'espoir d'une relance économique. D'autre part, la très grande fluidité des capitaux disponibles, le niveau favorable de l'épargne et la modération du taux de l'intérêt ne justifieraient pas aujourd'hui l'application d'un encadrement du crédit. Pourtant, malgré la fluidité de ce marché, le contrôle des émissions permet de mieux organiser et d'échelonner les appels aux souscriptions publiques. Il évite des gonflements périodiques qui provoqueraient des fluctuations dans les taux.

Les réserves minimales gardent présentement leur pleine justification. On a pu prétendre que le système du «floating» nous mettrait à l'abri des accroissements non contrôlés de la masse monétaire. Il est vrai que le système des parités fixes contraignait la Banque nationale à reprendre les devises offertes et à grossir ainsi la masse en circulation, mais nous avons vu, à l'expérience, que le flottement ne nous mettait pas à l'abri d'interventions en soutien, ou en modération plus souvent, de notre monnaie. Dès lors, l'engagement des réserves minimales limitant l'expansion de la masse monétaire reste pleinement d'actualité.

Le dispositif des réserves minimales – le cas échéant il pourrait être étendu à l'actif des banques – suffirait-il à freiner l'inflation en cas d'un nouvel emballement de l'économie et d'une nouvelle pléthore de liquidités, non actuelle mais toujours possible? Je ne nie pas les possibilités et l'efficacité des réserves minimales qui, encore une fois, actuellement, nous suffisent. Mais ce sont des mesures linéaires; ce ne sont pas des mesures sélectives. L'encadrement du crédit – la «Kreditbegrenzung» – peut et doit être une mesure sélective. En cas de pénurie, pénurie naturelle ou pénurie créée, sur la marché des capitaux, l'argent a tendance à se porter vers certains centres d'attraction, du côté du créancier d'ailleurs autant que du côté du débiteur: concentrations industrielles, grandes banques, grandes agglomérations urbaines, en vertu du constat évangélique que l'on donnera à ceux qui ont. Il est important dès lors qu'une certaine canalisation, une certaine orientation, une certaine direction du crédit permette une répartition équitable, empêche d'étouffer les régions marginales, assure l'existence de métiers et d'entreprises moyennes.

L'encadrement du crédit conduit à une cristallisation du système bancaire, prétendent les banquiers. Je dirais, quant à moi, plutôt que la libre disposition d'un crédit rare ou raréfié accélère le processus de concentration aussi bien dans les banques que chez leurs créanciers et que, pour la capacité de résistance de notre économie et par simple équité, nous ne devons pas accentuer cette concentration. Il ne s'agit pas pour nous de figer, lorsque nous utilisons l'encadrement du crédit, mais de répartir équitablement.

Ce sont précisément, quoi qu'en dise la lettre que vous avez sans doute reçu de l'Association des banquiers et quoi qu'en pense M. Schnyder, les petits groupes, l'artisanat, la petite industrie, les cantons les moins euphoriques, les régions les plus faibles, les jeunes chefs d'entreprise, qui seraient les victimes d'un système qui ne connaîtrait que le freinage linéaire des réserves minimales. Car les banques, je ne le leur reproche pas, je le constate simplement, ne vont pas nécessairement dans la direction des marginaux besogneux mais plus facilement vers les grands ensembles et les grandes entreprises.

Il faut donc bien que l'Etat et la Banque nationale, en cas de restriction de crédit, aient les moyens de corriger le tir par une certaine orientation. Non pas aujourd'hui sans doute, j'y insiste, mais demain peut-être, car les conjonctures conjoncturelles peuvent se modifier très rapidement. On passe, à l'échelle européenne, très rapidement

de la relance à l'inflation et il arrive même souvent qu'on passe à l'inflation par les moyens mêmes que l'on a engagés dans la relance.

L'argument du «Notrecht auf Vorrat», du droit d'urgence par anticipation, suscite des scrupules juridiques que l'on ne saurait négliger. Je me borne, pour mon compte, à faire une réfutation purement pratique. Les circonstances monétaires, encore une fois, sont sujettes à des évolutions très rapides, souvent inattendues; il faut pouvoir agir rapidement et, préalablement à la décision, éviter les indiscretions, qui sont des agents de spéculation ou de manipulations financières. Vous vous rendez bien compte que la convocation en urgence des Chambres fédérales ne permet ni la rapidité ni la discrétion indispensables. Si nous tenons très fermement à l'encadrement du crédit, en revanche nous avons admis un certain nombre des amendements formulés tant par le Conseil des Etats que par votre commission, parmi lesquels le raccourcissement de la durée d'application de cinq ans à deux ans et demi ou trois ans, comme le propose votre commission. Nous avons hâte, en effet, de sortir d'une procédure d'exception.

Nous avons accéléré les travaux et nous comptons mettre en consultation au début de l'an prochain un projet d'article constitutionnel destiné à suppléer à l'article conjoncturel dont vous avez connu le sort en mars dernier. Peut-être le mettrons-nous en consultation avec le dispositif législatif correspondant aux besoins.

Je ne veux pas reprendre ici à ce propos le problème de la constitutionnalité des pouvoirs en la matière du Conseil fédéral et de la Banque nationale. Quant à moi, dans ma haute compétence juridique, j'aurais tendance à croire que l'article 39 contient, pour parler en théologien, la grâce suffisante. Mais je constate qu'une minorité des juristes consultés mettent en doute cette constitutionnalité de l'instrumentarium de la Banque nationale. Je dois constater aussi que, dans ses messages, le Conseil fédéral n'a peut-être pas toujours été très ferme dans la foi. Dès lors, je crois qu'il faut assez raisonnablement accepter l'utilité, si ce n'est la nécessité d'un nouveau baptême. Mais nous tiendrons, avec votre aide, le délai de trois ans ou de deux ans et demi – c'est le minimum – qui nous est proposé.

Nous ne nous opposons pas à ce que l'on mentionne, ainsi qu'on nous le propose, l'éventualité d'un accord avec les banques qui pourraient, le cas échéant, organiser cet encadrement du crédit. Nous n'y croyons pourtant pas beaucoup car les banques ne semblent pas près, sur ce point, de rééditer le gentlemen's agreement qu'elles ont passé en 1969, sauf erreur. En tout cas, je tiens à dire ici que cette allusion aux autres mesures et à un accord éventuel avec les banques ne nous détournera pas, ni la Banque nationale, d'une action rapide si la nécessité s'en fait sentir, mais nous devons dire aussi que nous ne dénonçons pas *a priori* toute valeur au gentlemen's agreement. Par exemple, ces temps derniers, c'est par accord consenti que la Banque nationale a obtenu une meilleure et, je peux le dire, actuellement une bonne discipline des banques, un meilleur contrôle en matière d'opérations sur les devises. Et ce n'est qu'un exemple. Les banques ne sont pas par principe hostiles au bien public, comme le veut un certain manichéisme. Il arrive même qu'elles apportent à ce bien public une fort utile contribution.

M. le rapporteur Jelmini, que je remercie comme M. le président Oehen de son rapport, a évoqué tout à l'heure les rapports entre la Banque nationale et le Conseil fédéral dont il souhaite qu'ils soient redéfinis lors d'une révision de la loi sur la Banque nationale. L'article 39 de la constitution précise que la Banque nationale, dont il définit la mission avec clarté, est administrée avec le concours et sous le contrôle de la Confédération. Nous tenons bien entendu, tout en formulant des réserves, pour des raisons de compétence et de pratique et pour suivre la constitution, à confirmer les prérogatives de décision et le contrôle du Conseil fédéral. Mais nous pensons que

la Banque nationale, dans l'exécution des mesures prises par le Parlement, respectivement par le gouvernement, doit disposer de l'autonomie d'action nécessaire à la mission qui lui est définie. Vous avez pu constater d'ailleurs que la Banque nationale est constamment disponible pour informer les commissions du Parlement, et je tiens à dire quant à moi que la collaboration avec cet institut monétaire est constante et par moment même quotidienne.

Je tiens à remercier M. Muret de son appui; je regrette qu'il se soit borné aux prémisses seulement et qu'il ne le pousse pas jusqu'au bout, ne serait-ce qu'un geste préparatoire pour participer ultérieurement à la préparation collective d'un contrat de législature. Nous sommes éclectiques et multitudinistes à la fois dans le choix de nos appuis. Que M. Muret ne voie pas toutefois dans ce message une renonciation solennelle du Conseil fédéral au système de l'économie libérale, l'économie de marché, et une conversion, comme un seul homme, à la doctrine de l'économie d'Etat que vous connaissez bien, cette économie où toute la science, comme tous les pouvoirs, dépendent d'un exécutif forcément assez musclé et qui n'a, heureusement pour lui, de comptes à rendre qu'à lui-même ou à la direction du parti qui lui ressemble comme un frère siamois. Il paraît que les résultats économiques ne sont pas totalement convaincants. Mais la confiance que nous avons et que nous réitérons ici publiquement en notre système économique où la prospérité, même si elle est relative, rejoint la liberté et souvent d'ailleurs en résultat, ne nous empêche pas de mesurer les défauts de ses qualités, la nécessité en circonstances un peu particulières de fixer des limites à cette liberté et de nous doter des moyens nécessaires à les faire respecter, d'user de cette liberté avec mesure, mais de veiller à ses limites avec fermeté.

Je conclus. Nous ne devons pas retomber dans les erreurs du passé. En janvier 1969, la commission du Conseil national chargée d'étudier l'instrumentarium de la Banque nationale s'empêtrait dans les controverses juridiques sur la constitutionnalité ou la non-constitutionnalité des mesures proposées par le Conseil fédéral. Les banques en général s'opposaient au dispositif. De guerre lasse et pour faire la démonstration de la difficulté de cette procédure, la commission du Conseil national demanda au chef du Département des finances de tenter un ultime essai de gentlemen's agreement entre Banque nationale et banques privées pour la modération et l'encadrement du crédit. Il y fallut quelques mois mais à notre grande surprise, dans l'été 1969, un accord entrant immédiatement en vigueur était passé par lequel les banques conféraient à la Banque nationale le pouvoir de contourner le crédit. Le Conseil national alors mit l'instrumentarium en réserve, sans y renoncer explicitement. Le gentlemen's agreement fonctionna à satisfaction en 1970; il se relâcha dès 1971, où le montant des crédits à la construction augmentait de 58 pour cent, et s'effondra tout simplement en 1972 où les mêmes crédits, atteignant près de 14 milliards contre 5 milliards en 1970, en augmentation de 72 pour cent sur 1971 déjà pléthorique, dépassaient très largement et les besoins raisonnables et les capacités de l'industrie du bâtiment. Cette lacune, cet effondrement du gentlemen's agreement, dans le courant de l'été 1972, a contribué d'une manière décisive à la galopade des prix et à l'inflation dont nous ne sommes pas entièrement remis. Cette libération du crédit en 1972 explique, dans une très grande mesure, le «surdimensionnement» des entreprises, la surchauffe et le très douloureux retour à la normale que vit aujourd'hui l'industrie du bâtiment. Tardivement, en décembre 1972, le Conseil fédéral proposa les arrêtés d'urgence, mais bien du mal était fait. La leçon de 1971/1972 doit nous instruire. Les circonstances du moment sans doute ne justifieraient nullement le retour à un encadrement du crédit, mais les impulsions d'une relance – éventuelle, je le veux bien – mais mal maîtrisée peuvent rapidement transformer le paysage. Il sera alors nécessaire qu'au moment voulu le Conseil fédéral et la Banque nationale, sans avoir à vous convoquer en séance extraordi-

nalre, aient en main les moyens de freiner, de contingerter et de canaliser le crédit. Nous vous demandons d'entrer en matière.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen*

*Le Conseil passe sans opposition à la discussion des articles*

#### **Titel und Ingress**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

#### **Titre et préambule**

*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté*

#### **Ziff. I, Ingress**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates  
Streichen

#### **Ch. I, préambule**

*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Biffer

*Angenommen – Adopté*

#### **Art. 1 und 2**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

#### **Art. 1 et 2**

*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté*

#### **Art. 3**

*Antrag der Kommission*

*Mehrheit*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Minderheit I*

(Stich, Oehen, Schmid-St. Gallen)

*Abs. 1*

Nach Entwurf des Bundesrates

*Abs. 4 und 7*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Minderheit II*

(Eisenring, Müller-Balsthal, Schnyder)

Ganzer Artikel: Streichen

#### **Art. 3**

*Proposition de la commission*

*Majorité*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Minorité I*

(Stich, Oehen, Schmid-St-Gall)

*Al. 1*

Selon le projet du Conseil fédéral

*Al. 4 et 7*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

#### **Minorité II**

(Eisenring, Müller-Balsthal, Schnyder)

Biffer l'article 3

**Oehen**, Berichterstatter der Mehrheit: Ich bitte Sie, die Fahne zu beachten. Dort sind eine Minderheit I und eine Minderheit II auf gleicher Stufe einander gegenübergestellt. Das ist nicht ganz korrekt. Die Minderheit I bzw. deren Antrag bezieht sich lediglich auf Absatz 1 von Artikel 3. Im Einverständnis mit dem Herrn Präsidenten möchten wir so vorgehen, dass zuerst der Absatz 1 und damit der Gesamttext des Artikels 3 bereinigt wird und dann der Antrag der sogenannten Minderheit II, der darauf hinausgeht, den gesamten Artikel zu streichen, behandelt wird. Gestatten Sie einen kurzen Hinweis zu Artikel 1 Absatz 1. Obwohl ich die Minderheit I – also den Antrag Stich – unterstütze, möchte ich Sie darauf aufmerksam machen, welche Überlegungen die Kommission zur Ablehnung des Antrags Stich bewegten. Die Kommissionsmehrheit ist der Auffassung, es sei richtig, wenn in der gegebenen Situation der Bundesrat zuerst mit den Banken spreche, mit ihnen gemeinsam also versuche, eine Lösung zu finden, bevor etwas verfügt werde. Dabei ist man sich völlig klar, dass in einer möglicherweise entstehenden Notsituation sehr rasch gehandelt werden müsste und es also nicht zu einem monatelangen Verzögerungsgefecht kommen könnte. Die Kommissionsmehrheit ist der Auffassung, man könne dieses Zeichen den Banken gegenüber ohne weiteres tun.

Ich bitte Sie im Namen der Kommissionsmehrheit, den Antrag der Minderheit I abzulehnen.

**M. Jelmini**, rapporteur de la majorité. Il s'agit ici seulement de présenter les deux propositions de minorité dont la première concerne seulement l'alinéa 1 de l'article 3 et sera discutée en premier, tandis que la deuxième propose de biffer l'article entier et ne sera discutée qu'une fois que la première proposition aura été votée dans ce Conseil. Pour ce qui concerne la matière, on entendra tout d'abord les deux rapporteurs des minorités et ensuite nous pourrons dire qu'elle est la position de la commission.

**Schmid-St. Gallen**, Berichterstatter der Minderheit I: Im Namen der Minderheit I beantragen wir Ihnen Zustimmung zum ursprünglichen Entwurf des Bundesrates. Das bedeutet, dass wir dem Bundesrat die Kompetenz geben wollen, Kreditzuwachsbeschränkungen anzuordnen, wenn er es für nötig findet. Im Gegensatz dazu – das haben Sie vom Herrn Kommissionspräsidenten gehört – will die Mehrheit unserer Kommission die Anordnung einer solchen Kreditzuwachsbeschränkung nur dann zulassen, wenn andere Massnahmen nicht genügen und ein Abkommen mit den Banken nicht zustandekommt. Ueber die Minderheit II, die die Streichung der ganzen Kreditbegrenzung will, möchte ich mich hier nicht mehr äussern; ich habe das in der Eintretensdebatte einlässlich tun können. Ich möchte mich daher beschränken auf die Unterschiede unserer Haltung gegenüber der Haltung der Mehrheit. Es gibt rechtliche und wirtschaftliche Einwände gegen die Fassung der Kommissionsmehrheit und des Ständerates. Einmal möchte ich in rechtlicher Hinsicht an den ohnehin bestehenden Grundsatz der Verhältnismässigkeit erinnern, d. h., dass es den Bundesbehörden so oder so verwehrt ist, mit Kanonen auf Spatzen zu schiessen. Das ergibt sich aus Artikel 4 und auch aus Artikel 31 der Bundesverfassung. Der Bundesrat ist also ohnehin gehalten, auch wenn wir die ursprüngliche Fassung des Bundesrates akzeptieren, die jeweils mildeste Lösung zu wählen, um das gesteckte Ziel zu erreichen. Ich habe heute morgen schon betont: Es besteht die Meinung, dass die Kreditbegrenzung nur subsidiär angewendet werden kann und angewendet werden soll, dass die Kreditbegrenzung also nur dann Platz zu greifen hat, wenn andere Instrumente, beispielsweise die Einforderung

von Mindestguthaben, nicht genügen. Das bedeutet aber mit anderen Worten, dass eine Fassung, wie sie die Mehrheit vorschlägt, rechtlich gar nicht nötig ist.

Wesentlich scheint mir auch die wirtschaftliche Seite. Hier kann ich mich auf Herrn Nationalbankpräsident Dr. Leutwiler berufen. Ich zitiere aus einem Vortrag, den er vor westschweizerischen Wirtschaftskreisen gehalten hat und wo er laut der «Neuen Zürcher Zeitung» vom 22. November 1975 wörtlich ausgeführt hat: «Es scheint mir weder logisch noch realistisch, von einer Bank zu verlangen, dass sie immer dann, wenn sie ein Geschäft schliesst, das übergeordnete Interesse des Landes im Auge behält.» Die «Neue Zürcher Zeitung» fährt dann kommentierend fort: «Eine simple tatsachenregistrierende Aussage des helvetischen Notenbankleiters, aus der andere Industrienationen schon längst die notwendigen Konsequenzen gezogen haben, die aber hierzulande immer noch zu bekräfteln versucht wird.» – Damit ist praktisch alles gesagt, was zu sagen ist. Es erstaunt bloss noch, dass der Bundesrat so rasch auf die Version des Ständerates und auf die gleichlautende Version der Mehrheit unserer Kommission eingeschwenkt ist. Ich möchte betonen, dass es ein legitimes Anliegen jedes in der Wirtschaft tätigen Menschen und jeder Unternehmung ist – und dazu gehören auch die Banken –, effizient zu arbeiten und Gewinne zu erzielen. Darauf ist ja unser Wirtschaftssystem aufgebaut. Es ist aber ein ebenso legitimes wie notwendiges Anliegen, dass die Rahmenbedingungen dazu geschaffen werden, und um diese Aufgabe können wir uns nicht drücken. Wenn wir die Schaffung dieser Rahmenbedingungen an die Banken, und zwar im Effekt an die Grossbanken, delegieren, drücken wir uns bloss um die Verantwortung.

Wir erachten es auch nicht als sinnvoll, in einem Bundesbeschluss eine Abhängigkeit von Banken zu schaffen. Wenn die Banken begrüsst werden wollen, dann steht es der Notenbank ohnehin frei, dies zu tun, und sie kann dies auch dann tun, wenn eine solche Bestimmung nicht ausdrücklich im Bundesbeschluss verankert ist. Darauf habe ich bereits hingewiesen. Es ist aber falsch, die Banken mit einer äusserst wichtigen staatspolitischen Aufgabe zu betrauen. Aus diesem Grunde können wir die Fassung der Mehrheit und des Ständerates nicht akzeptieren. Ich bitte Sie daher, der Fassung der Minderheit I zuzustimmen.

**Eisenring**, Berichterstatter der Minderheit II: Ich will mich nicht in die – von mir aus gesehen eher nebensächliche – Frage, die von der Minderheit I und der Mehrheit aufgeworfen worden ist, einlassen. Immerhin möchte ich unterstreichen, dass schon in den neuen Wirtschaftsartikeln eine vorgängige Vernehmlassung bei den Wirtschaftsverbänden vorgesehen ist. Das Anhörungs- und Mitspracherecht der direkt interessierten Kreise muss – es geht um eine Einschränkung der Handels- und Gewerbefreiheit – natürlich nicht nur in den Fällen von Artikel 31 ff. BV beachtet werden. Dieser Grundsatz ist bisher gegenüber allen Wirtschaftsgruppen und Sozialpartnern eingehalten worden.

Nun zum Antrag der Minderheit II, die mit drei Unterschriften vertreten ist: Es geht hier um den Grundsatzentscheid, nämlich um die Frage, ob wir die Kreditbegrenzung überhaupt weiterführen wollen oder nicht. Die Herren Kommissionsreferenten, einige Fraktionssprecher sowie Herr Bundesrat Chevallaz haben vorsorglicherweise ihre Kanonen bereits gegen diese Opposition gerichtet. Ob ihre Kanonen treffen werden, ist dem Entscheid des Rates überlassen. Ich erachte es indessen als notwendig, hier einige Dinge in drei Richtungen zu sagen, nämlich zur rechtlichen, zur materiellen und zur politischen Situation. In rechtlicher, materieller und politischer Hinsicht haben wir folgende Ausgangslage:

Dieser Beschluss ist unter dem Zeichen der Ueberkonjunktur erlassen worden. Was sich in der Zwischenzeit wesentlich geändert hat, ist die währungspolitische Situation, und zwar insbesondere durch den Uebergang von festen

Wechselkursen zu flottierenden Wechselkursen. Diese essentielle Erscheinung hat nun dazu geführt, dass die Instrumente der Offenmarktpolitik und der Mindestreserven in ihrer praktischen Tragweite einen wesentlich höheren Stellenwert erlangt haben, als das früher unter dem System der festen Wechselkurse der Fall war. Dieser richtigen sachbezogenen Veränderung wurde bei der Ausarbeitung dieses neuen Bundesbeschlusses nicht Rechnung getragen. Die Kreditbeschränkung erlangt damit, ob sie nun angewendet wird oder nicht, im konkreten Fall weniger Bedeutung als früher. Man könnte mir nun entgegenhalten: Warum kämpfen Sie dann gegen die Kreditbegrenzung? Ich werde darauf zurückkommen. Meines Erachtens gilt weiterhin der Grundsatz, dass wir nur so viel Staat schaffen sollen, als wirklich unerlässlich ist, und dass wir auch im hier zur Beratung stehenden Bereich möglichst viel Freiheit abzusichern haben.

Zur Rechtslage folgendes: Wir stehen vor einer ganz einmaligen Situation, die wir seit den Notrechtsjahren der dreissiger Jahre nicht mehr erlebt haben, nämlich vor der Tatsache, dass wir einen dreijährigen Dringlichen Bundesbeschluss, einen Notrechtsbeschluss, durch einen neuen Notrechtsbeschluss ablösen. Der Bundesrat hatte – kühn wie er gelegentlich ist, aber nicht in wichtigen Fragen – die erste Vorlage auf drei Jahre befristet. In seinem neuen Antrag bei der Verlängerung dieses notrechtlichen Beschlusses durch einen neuen Notrechtsbeschluss wagt er sich nun sogar auf eine Dauer von fünf Jahren hinaus! Wir werden dies mutmasslich korrigieren.

Die Argumentation des Bundesrates geht dahin, der Konjunkturartikel sei verworfen worden. Man macht gewissermassen dem Souverän einen Vorwurf, allenfalls auch noch dem Parlament. Es hat immerhin hier in diesem Saale Leute gegeben, die den Bundesrat und die Mehrheiten, die dem Verfassungsartikel zustimmten, warnten, es sei der Verfassungsartikel nicht zu überladen. Die Ueberladung hat dann doch stattgefunden. Nun sollen diejenigen, die damals gewarnt haben, dafür noch bestraft werden! Ich erinnere an die berühmte Ziffer III, die aus Gründen, die nicht mehr weiter zu erwähnen sind, zu grundlegenden Diskussionen Anlass gab.

Nun komme ich zur Anwendung des berühmten Artikels 89bis, wonach die allgemeinverbindlichen Bundesbeschlüsse dringlich erklärt werden können, soweit deren Inkrafttreten keinen Aufschub erträgt. Schon verschiedene Vordredner haben auf Gesichtspunkte der zeitlichen und sachlichen Dringlichkeit hingewiesen. Einleitend habe ich bereits nachdrücklich darauf aufmerksam gemacht, dass die sachlichen Voraussetzungen nicht mehr dieselben sind wie bei Erlass des ersten Dringlichen Bundesbeschlusses.

Nun haben wir uns in den letzten Jahren daran gewöhnt, dass wir die Wissenschaften nach allen Seiten hin fördern! Wenn es dann aber darum geht, gewisse wissenschaftliche Erkenntnisse in den politischen Raum und in die Verantwortlichkeiten des Parlamentes umzusetzen, will man von den wissenschaftlichen Erkenntnissen und Feststellungen nichts mehr wissen. Ich erinnere namentlich an den doch unbestrittenen Rechtslehrer, Herrn Professor Dr. Z. Giacometti in Zürich, der ausdrücklich bemerkt hat, dass an den Begriff der zeitlichen Dringlichkeit «der strengste Massstab» – nicht der strenge –, anzulegen sei, soll mit dem Notrecht nicht Missbrauch getrieben werden. Um diese Frage geht es nun, nämlich um die Frage der Abgrenzung des Notrechtes und dessen «Verführung», da es dann zum «Missbrauchsrecht» wird. Selbst Bundesrat und Nationalbank haben sowohl in der ständerätlichen wie in der nationalrätlichen Kommission bestätigt, dass der Bundesrat und die Nationalbank auf die Anwendung dieser Kompetenz vorerst nicht angewiesen sind. Sie tragen nun damit der eingangs von mir erläuterten veränderten Ausgangslage – ganz abgesehen vom Einbruch in der Konjunkturentwicklung – zwar sachbezogen Rechnung. Aber die Konsequenzen daraus, die sich insbesondere auch in Würdigung des Gehaltes von Artikel 89bis erheben, werden nicht gezogen.

Zur Not, wenn nämlich die Offenmarktpolitik, die Emissionskontrolle und die Mindestreservenpolitik und deren Verschärfungen nicht ausreichen könnten, wäre der Bundesrat durchaus in der Lage, zeitlich durchaus rechtzeitig – denn wir haben ja Prognostiker genug, die alles voraussehen, wobei es dann allerdings oft anders herauskommt – einen besonderen Dringlichkeitserlass, bezogen auf die dann konkrete Sachlage zu beschliessen. Damit würden wir uns in der Richtung der Anwendung des Grundsatzes, wie ihn Professor Giacometti als Leitlinie für Artikel 89bis dargelegt hat, bewegen.

Neuerdings wird nun zwar u. a. erklärt, es sei möglich, dass die Schweiz doch noch der europäischen Schlange beitrete und dann wieder neue Verpflichtungen entstehen könnten. Bisher ist die europäische Schlange zwar immer länger geworden, aber für uns noch nicht Tatsache. Wir haben keine neuen Erklärungen seitens des Bundesrates, insbesondere auch nicht seitens Frankreichs, dass wir in absehbarer Zeit zu einem Accord mit der europäischen Schlange kommen werden. Wenn das einmal doch der Fall sein sollte, dann wäre die Situation aufgrund der damaligen Sachlage neu zu überprüfen, insbesondere falls unter Umständen für die anfallenden ausländischen Devisen auch besondere Uebernahmeverpflichtungen der Partnerländer vorgesehen werden. Ich bin überzeugt, dass wir den Grundsatz der «Bereitschaftsgesetzgebung», wie ich das schon in der Kommission erwähnt habe, zur Anwendung bringen, wenn wir die Schlange als Argument anrufen, obwohl wir dazu keine verfassungsrechtliche Grundlage besitzen.

Die Aufnahme des neuen Antrages in der Öffentlichkeit konnte nicht überraschen. Um mich nicht aus dem politischen Raum von Herrn Bundesrat Chevallaz hinausdrängen zu lassen, verweise ich z. B. auf die «Solothurner Zeitung», die am 9. August geschrieben hat, es mute sonderbar an, wenn nun von Verlängerung und Neuauflage, wenn auch in etwas veränderter Form gesprochen werde. «Von Verlängerung zu sprechen, scheint mir eine juristische Schlamperie darzustellen.» Später heisst es dann, der Dringliche Bundesbeschluss sei eine «Zwängerei». Das in bezug auf den Eindruck, den der Vorschlag des Bundesrates in der Presse gemacht hat!

Nun in materieller Hinsicht: Auf die Frage der Wettbewerbsverfälschung, die, falls die Kreditbegrenzung angewendet würde, zu gewärtigen wäre, ist bereits hingewiesen worden. Ich kann mich daher kurz fassen. Es sind auf jeden Fall Wettbewerbsverzerrungen möglich, denn weder die quantitative noch die qualitative Kreditkontrolle, die bisher ihren besonderen Stellenwert in unserem Land besessen hat, könnte mehr so spielen, wie das nötig ist. Der einzelne wird sich zwar helfen können, das ist ganz selbstverständlich. Er wird sich Kreditlimiten auf Vorschuss einräumen lassen, um nachher einen allfälligen Kreditbeschluss zu unterwandern. Das lässt sich nicht vermeiden, sowenig wie der «graue Markt», der unter dem bisherigen Kreditbeschluss bekanntlich zu einer Tatsache geworden ist, der nicht nur den Banken, sondern auch der Nationalbank und auch dem Bundesrat Sorge bereitet hat.

Nun noch kurz zur politischen Seite: Im Ständerat wurde darauf hingewiesen, es wäre allenfalls möglich gewesen, auf die bestehenden ausreichenden Verfassungsgrundlagen wenigstens die Emissionskontrolle, dann die Mindestreserven und schliesslich die Offenmarktpolitik abzustützen. Nur die Kreditbegrenzung findet keine ausreichende verfassungsrechtliche Grundlage. Es ist den widersprüchlichen Erklärungen aus dem Bundeshaus zu «verdanken», dass diese Beschränkung nicht möglich geworden ist, weil man in früheren Zeiten einmal erklärt hat, Offenmarktpolitik und Mindestreserven seien verfassungsrechtlich abgestützt; dann wieder wurde erklärt, die Rechtsbasis reiche nicht aus. Man ist heute der Gefangene seiner eigenen Erklärungen. So oder so aber werden wir innert Jahresfrist mit dem neuen Beschluss vors Volk treten müssen. Ich stelle die Frage in den Raum: Wer wird dann für diese Vorlage an der Front eintreten?

Darüber hinaus wird sich das Schicksal dieses merkwürdigen verfassungsrechtlichen Vorganges generell als Belastungsprobe für den nächsten Verfassungsartikel, dessen Notwendigkeit ich nicht bestreite, auswirken. Man hat auch diese politische Komponente im Auge zu behalten. Schliesslich – was nicht nebensächlich ist nach den letzten Wahlen mit der schlechten Stimmbeteiligung – ist doch weiterherum im Volk das Argument zu hören: «Die machen da oben ja doch, was sie wollen». Darum geht man gar nicht an die Urne. Genau das machen wir nun aber. Die Verfassungsnovelle ist seinerzeit verworfen worden, der Dringliche Bundesbeschluss würde auslaufen. Aber der Bundesrat legt uns nun eine praktisch gleichlautende Vorlage vor, eben im Sinne: «Sie machen doch, was sie wollen», mit anderen Worten, es geht auch um eine Negierung des Volks- und Ständeentscheides. Daher bitte ich Sie aus grundsätzlichen Erwägungen, den Artikel 3, weil überflüssig und Gesetzgebung auf Vorrat, zu verwerfen.

**Leutenegger:** Die SVP-Fraktion hat dem Minderheitsantrag II mit Mehrheit zugestimmt. Wenn wir zu Artikel 3 kurz das Wort ergreifen, dann deshalb, weil in der Eintretensdebatte das Grundsätzliche und in der Folge auch das Resultat falscher Bemühungen bei einer Ablehnung des Minderheitsantrages II nur beiläufig zum Ausdruck kam. Es steht ja ausser Diskussion, dass die zuständigen Behörden auch weiterhin zur Einforderung von Mindestguthaben und zur Emissionskontrolle ermächtigt sein sollen. Dagegen ist die Kompetenz zur Begrenzung der Zuwachsraten der inländischen Kredite gar nicht mehr notwendig. Dieses Instrumentarium passt weder in die heutige noch in die vor uns liegende Zeit hinein. Herr Bundesrat, es kann nicht für jede Witterung in unserer Landschaft vorgesorgt werden, sonst bliebe das Notrecht im Kreditbegrenzungsbereich auf alle Zeiten, auch wenn es nicht mehr notwendig ist.

Heute morgen wurde erklärt, dass es sich da um eine Frage des Vertrauens in den Bundesrat handle, der ein nicht mehr in die heutige Zeit hineinpassendes Instrumentarium auch nicht mehr anwenden werde. Ich frage aber: Warum muss dann diese Kompetenz gleichwohl im neuen Beschluss verankert bleiben? Irgendwie geht es halt letztlich doch um eine Vertrauensfrage. Von bundesrätlicher Seite wurde verschiedentlich öffentlich erklärt, jede notrechtliche Massnahme dann sofort fallenzulassen, wenn sich eine solche den veränderten Verhältnissen gemäss nicht mehr aufdränge oder diese überfällig sei. Wir verlangen also nur das, was der Bundesrat in den Sternstunden seiner schwierigen und verantwortungsvollen Arbeit versprochen hat. Notrecht gewissermassen auf Vorrat schaffen, würde ein schwieriges Präjudiz für die künftige Staatstätigkeit und auch für die behördliche Einflussnahme auf die Wirtschaft schaffen. Beachten wir auch, dass der Bundesbeschluss unter Umständen eine Volksabstimmung passieren muss, und dies zu einer Zeit, wo man über einen neuen Konjunkturartikel landauf, landab diskutieren wird.

Eine Bereinigung des Bundesbeschlusses im heutigen Moment könnte uns viele Unannehmlichkeiten ersparen. Wir bitten Sie deshalb, dem Minderheitsantrag II zuzustimmen.

**Oehen, Berichterstatter der Mehrheit:** Ich äussere mich nicht mehr zum Absatz 1, sondern nur noch zu den grundsätzlichen Fragen. Sie haben gehört, dass es unbestritten sei, dass Mindestreserve und Emissionskontrolle heute bereitgestellt werden, also mit einem Dringlichen Bundesbeschluss weiterhin zur Verfügung gehalten werden müssen. Es ist nun ganz klar, dass es eine Auffassungsfrage ist, ob dazu als weiteres Instrument im Sinne der Verpflichtungen laut Bundesverfassung auch die Kreditbegrenzung in diesen Beschluss aufgenommen werden muss. Es stehen sich hier zwei Meinungen gegenüber: auf der einen Seite der verantwortliche Departementsvorsteher und die Nationalbank, auf der anderen Seite die Kreise, die Sie nun gehört haben, welche denken, die ganzen Steuerungsmechanismen seien auch ohne Kreditbe-

grenzung genügend dotiert. Sicher ist es aber falsch, wenn man nur für die Kreditbegrenzung die Notrechtsproblematik ins Spiel bringt und für die anderen beiden Hilfsmittel plötzlich kein diesbezügliches Problem mehr sieht.

Herr Kollega Eisenring hat auf die Gesamtproblematik aufmerksam gemacht, die durch die Ablehnung des Konjunkturartikels vom 2. März entstanden ist. Ich habe andererseits heute morgen auf die Tatsache hingewiesen, dass der Kreditbeschluss seinerzeit – am 2. Dezember 1973 – sehr stark angenommen wurde. Selbstverständlich hat sich die Situation geändert. Wir haben darauf aufmerksam gemacht. Aber sie hat sich insofern nicht geändert, als offensichtlich bei Ueberkonjunktur ebenso sehr wie in der Rezession ein Mittel bereitstehen muss, um jederzeit in bezug auf die Geldmenge und das Inflationspotential, das sich aufbaut und allenfalls plötzlich zum Ausbruch kommen kann, eingreifen zu können.

Herr Generaldirektor Schürmann hat in der Kommission eindrücklich darauf hingewiesen, dass sich gerade gegenwärtig, weil wir ja die Banken reichlich mit liquiden Mitteln versorgen wollen, ein Inflationspotential aufbaue, das unter Umständen unserer Kontrolle sehr rasch entgleiten könne.

Herr Bundesrat Chevallaz hat ebenfalls die Zeitfrage immer wieder betont, und es scheint mir, dass es hier letztlich darum geht, wie man diesen Zeitfaktor beurteilt. Es ist ganz selbstverständlich, dass es sich auch hier wiederum um eine Ermessensfrage handelt. Ich möchte sogar sagen: es muss schon etwas prophetisches Geschick dabei sein, wenn man wissen will, ob in nächster Zukunft – also bevor ein neuer Konjunkturartikel vorgelegt werden kann – diese rasche Bremsmöglichkeit benötigt wird oder nicht.

Die Kommissionsmehrheit hat die Auffassung, dass das aufgebaute Inflationspotential eine derartige Gefährdung bedeute, dass wir auf die Kreditbegrenzung als vorsorgliche Massnahme nicht verzichten können. Der Bundesrat wurde mit seinem Notrechtsbeschlussvorschlag auf fünf Jahre als sehr kühn bezeichnet. Darf ich darauf aufmerksam machen, dass dieser Beschluss bzw. dieser Zeitfaktor nun korrigiert werden wird. Es ist unbestritten – wenigstens bis jetzt –, dass der Beschluss auf Ende 1978 ablaufen wird. Herr Bundesrat Chevallaz hat uns zugesichert, dass rechtzeitig ein neuer Verfassungsartikel vorgelegt werden wird. Man darf hier den bundesrätlichen Versprechungen doch wohl das nötige Vertrauen entgegenbringen.

Die Behauptung, dass im politischen Kampf – also in einem Jahr oder allenfalls bei Vorliegen eines neuen Konjunkturartikels – die Position der Befürworter sehr schwach sein würde, scheint mir als Argument bei unserer Auseinandersetzung etwas gesucht. Letztlich wird unser Stimmvolk fragen, ob es gelungen sei, die gesamten Probleme der Wirtschaft- und Konjunkturpolitik einigermaßen befriedigend zu lösen; es wird viel weniger danach fragen, ob zu zugegebenerweise nicht immer sehr schönen Massnahmen habe Zuflucht genommen werden müssen. Es wird uns aber nicht verzeihen, wenn zum zweitenmal innert weniger Jahre die Zeichen an der Wand nicht gedeutet werden und man sich dann in eine Situation treiben lässt, die wiederum, wie im Jahre 1972, nicht bewältigt werden kann.

Aus diesen Ueberlegungen bitte ich Sie im Namen der Kommissionsmehrheit, dem Vorschlag des Bundesrates zuzustimmen, den Antrag Eisenring also abzulehnen.

M. Jelmini, rapporteur de la majorité: La minorité I propose de voter l'article 3 comme il a été présenté par le Conseil fédéral, c'est-à-dire en excluant l'alternative d'intervention adoptée sur le plan conventionnel. On peut comprendre ce point de vue. En effet, les pourparlers qui devraient aboutir à un accord pourraient prendre beaucoup de temps et retarder l'intervention. Mais rappelons que le Conseil fédéral a lui-même le droit de fixer la da-

te où la consultation éventuelle commencera et quand elle devra être terminée. Le gouvernement ne pourra évidemment pas laisser s'écouler beaucoup de temps entre le commencement et la fin des pourparlers, et il fixera des délais d'après l'urgence de la situation. La majorité de la commission vous propose d'adopter la solution de la Chambre des cantons à laquelle le Conseil fédéral s'est finalement rallié, sans beaucoup d'enthousiasme, paraît-il. La majorité de la commission est d'avis qu'il ne faut pas exclure la possibilité d'un accord si on peut compter, au départ, sur la bonne volonté de l'interlocuteur. Il faut rappeler que, dans le passé, ce moyen a été employé, même avec quelques résultats. Il paraît opportun enfin d'éviter une divergence avec le Conseil des Etats sur une question qui paraît secondaire.

La minorité II propose d'éliminer de l'arrêté la mesure concernant la limitation des crédits. Nous avons déjà donné réponse, dans l'introduction de ce débat, aux arguments qui ont été soulevés par M. Eisenring. Je les résume: l'encadrement du crédit est un instrument subsidiaire qui est appelé à être appliqué seulement dans des situations graves. Il est nécessaire pour compléter l'ensemble des moyens dont le gouvernement doit pouvoir disposer pour mener une politique conjoncturelle et monétaire rapide, efficace, en cas de besoin. L'application de cette mesure devra être souple, limitée dans le temps, et si cela est indispensable, elle tiendra compte de l'évolution des différentes régions du pays. La situation conjoncturelle est tellement incertaine qu'on ne peut pas prévoir les développements possibles; on ne peut surtout pas exclure une poussée inflationniste. Le Conseil fédéral doit pourtant disposer des moyens nécessaires pour éviter le renversement de la conjoncture. Enfin, on doit considérer les différentes mesures contenues dans le «paquet» comme étroitement liées. Leur application peut intervenir alternativement, séparément ou conjointement. Ce qui est important c'est la possibilité de manœuvre attribuée au gouvernement.

Les considérations de caractère politique sur les réactions probables du peuple et des cantons appartiennent un peu aux prévisions et il est difficile de pouvoir soutenir l'un ou l'autre des arguments favorables ou contraires à ce sujet. La question de la constitutionnalité: Je ne peux pas partager l'avis de M. Eisenring, si j'ai bien compris son propos. Il a été dit dans ce message, et on l'a répété dans différents débats, en commission et au Conseil des Etats, que la constitutionnalité de la plus grande partie de ces interventions est discutable et discutée. Des études sont en cours; on en attend les résultats. Nous devons pour le moment nous limiter à l'interprétation que le Conseil fédéral a donné à ce sujet dans le message du 4 décembre 1972 où on lit «qu'il ne serait pas possible de s'appuyer sur les articles 31<sup>quater</sup> et 39 de la constitution pour établir des mesures permettant de déterminer si les émissions sont compatibles avec les objectifs de la politique conjoncturelle, de limiter la publicité en faveur du crédit et de rendre plus difficile la conclusion d'affaires dans le domaine du petit crédit et de la vente à tempérament». Trois des quatre mesures exigent ainsi la clause d'urgence, d'après ce qu'expose le Conseil fédéral dans le message du 4 décembre 1972, à la page 33.

Selon cette interprétation, la seule mesure qui pourrait être prise par la voie de la législation ordinaire serait donc le dépôt d'avoirs minimaux. M. Eisenring admettra facilement qu'on ne peut pas espérer des résultats remarquables de cette simple mesure si l'on prétend assurer une évolution harmonieuse de la conjoncture comme nous le désirons.

Je vous propose donc, au nom de la majorité de la commission, de rejeter la proposition des minorités I et II, et d'accepter l'article dans la formulation issue des débats du Conseil des Etats.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: Je serai très bref sur le premier point, c'est-à-dire le conflit entre la solution du

Conseil des Etats et celle de la majorité de votre commission, d'une part, et la solution de la minorité I de la commission, d'autre part, qui propose de reprendre le texte du Conseil fédéral. Nous avons accepté la version du Conseil des Etats et de la majorité de votre commission par esprit de conciliation, pour ne pas exclure la possibilité d'une collaboration avec les banques.

Sur la proposition de la minorité II de supprimer cet article 3, nous serons par contre assez catégoriques; nous dirons à MM. Eisenring et Leutenegger que leurs arguments ne nous ont pas convaincus. Dans le débat d'entrée en matière, j'ai déjà répondu à l'argument «Notrecht auf Vorrat». J'ai exposé les raisons qui, face à des contradictions dans l'interprétation juridique, nous ont amenés à choisir la solution la plus pragmatique et la plus rationnelle, c'est-à-dire celle du recours éventuel au contingentement du crédit. Je reconnais ici bien volontiers, M. Eisenring nous l'a expliqué avec précision, que le dispositif d'encadrement du crédit n'est pas l'élément le plus facile à faire accepter dans une votation populaire. J'admets volontiers aussi que, si je cédaï à l'esprit de facilité et de confort personnel, je devrais souhaiter le succès de la minorité II. Mais je pense que cet encadrement du crédit est un instrument nécessaire de notre politique; l'argument de l'opportunité électorale ne contredit pas l'utilité, la nécessité même. De toute manière, quand nous donnerons la forme légale à ce dispositif, nous reviendrons sur ces possibilités d'encadrer le crédit. On a dit quelquefois, on le répète, on l'a entendu dire tout à l'heure, que la limitation du crédit avait provoqué et accéléré la récession que nous ressentons aujourd'hui; je prétends au contraire que, dans la situation de fin 1972, caractérisée par un excès d'utilisation des capacités de production, la limitation du crédit a eu pour objectif et dans une large mesure pour résultat – dans une mesure insuffisante, je l'admets – d'adapter la demande de biens et de services aux réalités économiques. L'expansion du crédit de plus de 11 pour cent que l'on constatait en novembre 1971 dépassait largement les possibilités de l'économie suisse. A défaut de cette limitation du crédit que nous avons alors introduite, l'expansion aurait été encore plus forte; il en serait résulté des distorsions structurelles et une aggravation de l'inflation. La récession aurait été plus profonde et plus rapide. La limitation du crédit n'a ni provoqué ni accéléré la récession. En freinant la surchauffe elle a, au contraire, retardé la récession et diminué son ampleur.

Dira-t-on que ce n'est plus actuel? Je l'ai dit tout à l'heure, cela n'est plus tout à fait en harmonie avec le paysage d'aujourd'hui; mais pourtant, les remarques qui nous ont été suggérées par l'étude du marché actuel des capitaux nous amènent à la constatation suivante. L'évolution des promesses de crédits – +126 pour cent au deuxième trimestre, +184 pour cent au troisième trimestre 1975 – indique qu'un fort volume potentiel de crédits bancaires est en train de se constituer. L'utilisation des crédits est encore réservée. Les opérateurs se font ouvrir des lignes de crédit en réserve en vue de la reprise. Simultanément, les banques accroissent leur portefeuille de papiers-valeurs, lesquels peuvent très rapidement redevenir liquides. Il se forme ainsi des liquidités potentielles contre lesquelles la Banque nationale se trouverait désarmée si elle ne disposait pas de l'instrument de la limitation du crédit.

Pour s'opposer à une hausse rapide des taux d'intérêts, la Banque nationale devrait élargir la masse monétaire. Elle créerait ainsi les prémisses d'une nouvelle poussée inflationniste et une telle situation peut se présenter très rapidement. Il est permis de douter, comme je le relevais tout à l'heure, que la limitation du crédit puisse alors être introduite en temps utile par la convocation des Chambres fédérales et le recours à la procédure d'urgence.

La Banque nationale ne peut poursuivre la politique monétaire ouverte qu'elle mène actuellement que si elle a la certitude de pouvoir, en cas de besoin, recourir à la limitation du crédit. D'ailleurs, cet instrument peut être utilisé

d'autant plus subtilement qu'il est disponible plus tôt. Pour ces raisons, la limitation du crédit répond aussi bien au critère de l'urgence quant à la matière qu'à celui de l'urgence dans le temps. Je vous propose donc de rejeter les propositions de la minorité II.

**Präsident:** Wir kommen zur Bereinigung des Artikels 3. Wir haben folgende Situation: Die Mehrheit schliesst sich dem Ständerat an; der Bundesrat hat diesen Text ebenfalls übernommen. Demgegenüber haben wir eine Minderheit I, die im Absatz 1 von Artikel 3 den ursprünglichen Text des Bundesrates übernommen hat. Die Minderheit II, vertreten durch Herrn Eisenring, ist der Meinung, der ganze Artikel 3 sei zu streichen.

In einer Eventualabstimmung stellen wir den Antrag der Mehrheit dem Antrag der Minderheit I gegenüber. Was herauschaut, wird in einer definitiven Abstimmung dem Antrag der Minderheit II gegenübergestellt.

#### Abstimmung – Vote

##### Eventuell – Eventuellement:

Für den Antrag der Mehrheit	82 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit I	47 Stimmen

##### Definitiv – Définitivement:

Für den Antrag der Mehrheit	94 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit II	45 Stimmen

#### Art. 4

##### Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

##### Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

##### Angenommen – Adopté

#### Art. 5

##### Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

##### Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

**Eisenring:** Es handelt sich um eine Kleinigkeit. Wir haben dieser Tage, unter dem Datum vom 26. November, also erst nach der Kommissionssitzung, die Dokumentation des parlamentarischen Dokumentationsdienstes erhalten. Darin ist nun eine Pressemitteilung des Bundesrates vom 9. Juli 1975 enthalten. In bezug auf die Artikel 5 und 6 heisst es in dieser Pressemeldung interessanterweise: «In der Zwischenzeit hat er (der Bundesrat) die Kreditbegrenzung und die Restriktionen auf dem Gebiet des Kleinkreditwesens und der Abzahlungsgeschäfte wieder aufgehoben.» Diese Bemerkung liest sich so leicht, trifft aber in bezug auf die tatsächlichen Verhältnisse nicht zu.

Ich bin überrascht, dass in einer offiziellen Verlautbarung des Departements, das sich einen eigenen Presse- und Informationsdienst aufgebaut hat, erneut wieder etwas behauptet wird, das nicht stimmt, genau wie seinerzeit im Flugblatt, das man zur Unterrichtung der schweizerischen Öffentlichkeit über die letzte Finanzvorlage herausgegeben hat. Die Presse ist offenbar nicht mehr in der Lage, die Öffentlichkeit richtig zu informieren! Die Presse durfte dann allerdings die Richtigstellung des Bundesrates gratis veröffentlichen!

Da hier nun wieder etwas behauptet wird, das nicht stimmt, ist ein Hinweis unerlässlich, dass in Anwendung der Artikel 5 und 6 weiterhin Beschränkungen, namentlich in bezug auf die Werbung, bestehen, die aufzuheben man sich bisher weigert. Es handelt sich zwar volkswirtschaftlich nicht um eine kardinale Frage, es geht um den Grundsatz. Wenn wir heute schon in einer Phase rückläufigen Konsums stehen, so sollte man doch wenigstens die Wer-

bung liberalisieren. Ich habe diese Forderung bereits in der Kommission aufgeworfen. Damals hatten wir dieses Pressecommuniqué des Departements aber noch nicht erhalten.

Ich möchte nun den Bundesrat bitten, diese nicht mehr notwendigen Interventionen endlich aufzuheben. Beispielsweise diskutieren Beamte darüber, ob hektographierte Werbbebriefe als Streuprosppekt im Sinne einer Verordnung zu behandeln seien und so weiter! Das passt nicht mehr in die heutige Landschaft, und ich bitte Herrn Bundesrat Chevallaz, nachdem er eben einen grossen Sieg mit der Kreditbegrenzung davongetragen hat, wenigstens in dieser Nebenfrage die Vernunft walten zu lassen. (Heiterkeit)

**M. Chevallaz**, conseiller fédéral: Je suis obligé, sur ce point, de donner intégralement raison à M. Eisenring et je ne le combats pas. Il a eu la sagesse de nous informer de cette situation anormale lors de la dernière séance de la commission. Le mal est en train de se corriger, le tir est rectifié et le Conseil fédéral va prendre incessamment une décision dans le sens qu'il désire.

**Präsident:** Herr Eisenring wird Notiz nehmen davon, dass nun die Vernunft gesprochen hat. Ein Gegenantrag ist nicht gestellt; Artikel 5 ist damit angenommen.

*Angenommen – Adopté*

#### Art. 6–12

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

#### Art. 6 à 12

*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté*

#### Art. 13

*Antrag der Kommission*

*Abs. 1 und 2*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Abs. 3*

Er untersteht nach Artikel 89bis Absatz 3 der Bundesverfassung der Abstimmung des Volkes und der Stände und gilt bei seiner Annahme bis zum 31. Dezember 1978.

#### Art. 13

*Proposition de la commission*

*Al. 1 et 2*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Al. 3*

Il est soumis au vote du peuple et des cantons en vertu de l'article 89bis, 3e alinéa, de la constitution, et aura effet, s'il est accepté, jusqu'au 31 décembre 1978.

*Angenommen – Adopté*

*Gesamtabstimmung — Vote sur l'ensemble*

*(Dringlichkeitsklausel vorbehalten – La clause d'urgence est réservée)*

Für Annahme des Beschlussentwurfes  
Dagegen

93 Stimmen  
8 Stimmen

*An den Ständerat – Au Conseil des Etats*

75.050

## Stipendien an Ausländer

### Etudiants étrangers. Bourses

Botschaft und Beschlussentwurf vom 21. Mai 1975 (BBI II, 85)

Message et projet d'arrêté du 21 mai 1975 (FF II, 93)

Beschluss des Ständerates vom 30. September 1975

Décision du Conseil des Etats du 30 septembre 1975

*Antrag der Kommission*

Eintreten

*Proposition de la commission*

Passer à la discussion des articles

Herr **Suter** unterbreitet namens der Kommission den folgenden schriftlichen Bericht:

Mit der Vorlage wird die Weiterführung der im Jahre 1961 auf Vorschlag der Schweizerischen Hochschulrektorenkonferenz begonnenen Stipendienaktion zugunsten ausländischer Studierender bezweckt. Aus der Botschaft vom 21. Mai 1975, die der Vorsteher des Departements des Innern, Herr Bundesrat Hürlimann, sowie der Vizepräsident der Stipendienkommission, Herr Professor Bernauer, in einführenden Voten ergänzten, geht der erfolgreiche bisherige Verlauf der Massnahme hervor. Die Zielsetzung ist verschieden, je nachdem es sich um Angehörige von Entwicklungsländern oder um solche aus fortgeschrittenen Staaten handelt. Unter vorwiegend humanitären Gesichtspunkten erfolgt die Ausrichtung von Stipendien an Studierende aus Entwicklungsländern, während bei den Stipendien an Angehörige aus fortgeschrittenen Staaten kulturpolitische Erwägungen im Vordergrund stehen, in der Meinung, dass Stipendien ein geeignetes Mittel darstellen, die kulturellen Beziehungen zwischen den Staaten zu verstärken. Durch die Möglichkeit, in Zukunft auch künstlerische Berufe zu berücksichtigen, erfährt die Aktion eine wertvolle Bereicherung. An der Zahl von 100 jährlich neu zu bewilligenden Stipendien soll festgehalten werden; je ungefähr die Hälfte der Stipendien ist für Studierende aus Entwicklungsländern und solchen aus fortgeschrittenen Staaten bestimmt. Die Stipendienbeträge – monatlich 800 Franken für Studierende ohne Hochschulabschluss und 950 Franken für Hochschulabsolventen – sollen einen angemessenen Lebensunterhalt ermöglichen. Der Betreuung der Stipendiaten wird besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

Verschiedenen Votanten erschien ein Rahmenkredit von 20 Millionen Franken gemäss Antrag des Bundesrates als gerechtfertigt. Um jedoch keine Differenz zum Ständerat entstehen zu lassen, schloss sich die Kommission dem ständerätlichen Beschluss, den auf fünf Jahre bemessenen Rahmenkredit auf 18,5 Millionen Franken zu reduzieren und für ausserordentliche Verhältnisse höchstens 1,5 Millionen Franken bereitzustellen, an. Unter «ausserordentlichen Verhältnissen» versteht die Kommission auch ein ausserordentlich starkes Ansteigen der Teuerung.

Ueberzeugt von der Notwendigkeit einer Weiterführung der Stipendienaktion beantragt die Kommission einstimmig, auf die Vorlage einzutreten und dem Beschlussentwurf in der Fassung des Ständerates zuzustimmen.

**Präsident:** Ich danke dem Kommissionspräsidenten, Herrn Suter, für das vereinfachte Verfahren. Die Kommission beantragt einstimmig, auf die Vorlage einzutreten und dem Beschlussentwurf in der Fassung des Ständerates zuzustimmen.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen*

*Le Conseil passe sans opposition à la discussion des articles*



## **Kreditmassnahmen. Verlängerung**

### **Mesures dans le domaine du crédit. Prorogation**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1975
Année	
Anno	
Band	V
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	04
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	75.055
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	03.12.1975 - 16:30
Date	
Data	
Seite	1598-1605
Page	
Pagina	
Ref. No	20 004 390

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

75.084

**Preisüberwachung. Bundesbeschluss**  
**Surveillance des prix. Arrêté fédéral**

Siehe Seite 1627 hiervor — Voir page 1627 ci-devant

Beschluss des Ständerates vom 18. Dezember 1975  
 Décision du Conseil des Etats du 18 décembre 1975

**Abstimmung – Vote**

Für Annahme der Dringlichkeitsklausel 115 Stimmen  
 Dagegen 11 Stimmen

*Das qualifizierte Mehr ist erreicht**La majorité qualifiée est acquise**An den Ständerat – Au Conseil des Etats*

75.055

**Kreditmassnahmen. Verlängerung**  
**Mesures dans le domaine du crédit. Prorogation**

Siehe Seite 1598 hiervor — Voir page 1598 ci-devant

Beschluss des Ständerates vom 18. Dezember 1975  
 Décision du Conseil des Etats du 18 décembre 1975

**Abstimmung – Vote**

Für Annahme der Dringlichkeitsklausel 119 Stimmen  
 Dagegen 3 Stimmen

*Das qualifizierte Mehr ist erreicht**La majorité qualifiée est acquise**An den Ständerat – Au Conseil des Etats*

75.477

**Interpellation Thévoz. Raumplanungsgesetz.**  
**Propaganda**  
**Loi fédérale sur l'aménagement du territoire.**  
**Propagande**

*Wortlaut der Interpellation vom 2. Oktober 1975*

Es ist zu vermuten, dass die Ausstellung, die am letzten Comptoir suisse in Lausanne von der Schweizerischen Vereinigung für Landesplanung (VLP) gezeigt worden ist, dank der finanziellen Hilfe des Delegierten des Bundesrates für Raumplanung zustande gekommen ist.

Wenn dies zutrifft, läge eine Verletzung der Verhaltensregeln vor, die die Behörden während der Kampagne für eine Volksabstimmung sich auferlegen müssen und sich immer auferlegt haben.

Ich ersuche daher den Bundesrat, uns mitzuteilen, ob diese Ausstellung tatsächlich vom Bund subventioniert wurde, und wenn ja, ob er nicht der Ansicht ist, der Delegierte für

Raumplanung habe in dieser Beziehung seine Befugnisse überschritten.

*Texte de l'interpellation du 2 octobre 1975*

L'exposition présentée lors du dernier Comptoir suisse à Lausanne par l'Association suisse pour le plan d'aménagement national (ASPAN) laisse supposer que celle-ci a pu être réalisée grâce à l'appui financier du délégué fédéral à l'aménagement du territoire.

Si tel est bien le cas, il s'agirait d'une entorse faite aux règles de conduite que l'autorité doit s'imposer – et s'est toujours imposée – durant la campagne précédant une votation populaire.

En conséquence, le Conseil fédéral est prié de bien vouloir dire si cette exposition a été effectivement subsidiée par la Confédération, et dans l'affirmative, s'il n'estime pas que le délégué fédéral à l'aménagement du territoire a outrepassé ses compétences en la matière.

*Mitunterzeichner – Cosignataires:* Bonnard, Brunner, Cevy, Corbat, Cossy, Eibel, Fischer-Bern, Gautier, Lehner, Martin, Raissig, Richter, Ueltschi, Weber-Altendorf, Weber-Schwyz (15)

**M. Thévoz:** L'une des caractéristiques de notre régime démocratique veut que l'exécutif s'abstienne de soutenir directement, et surtout financièrement, toute campagne de propagande précédant une votation sur un objet dont il est l'auteur. Cette règle, bien observée jusqu'ici, est fondamentale pour garantir le bon fonctionnement de nos institutions. Aussi avons-nous constaté avec étonnement que certains services fédéraux se départissent de cette réserve dans la campagne d'information qu'il faut bien qualifier de «campagne de propagande» ayant trait à la loi fédérale sur l'aménagement du territoire. En effet, lors du dernier Comptoir suisse, à Lausanne, l'Association suisse pour le plan d'aménagement national, connue sous le sigle ASPAN, soucieuse d'informer le public, a présenté une exposition montée à l'aide de moyens financiers importants. Il ressort clairement de celle-ci que seule l'adoption de la loi fédérale sur l'aménagement du territoire, contre laquelle un référendum a été lancé avec succès et qui sera donc soumise au verdict populaire, seule cette loi serait à même de résoudre valablement les nombreux et difficiles problèmes ayant trait à l'aménagement et à l'utilisation judicieuse du sol national. Loin de se borner à informer le public, les moyens mis en œuvre et la tendance générale de cette exposition sont en fait de la propagande en faveur de ladite loi que l'ASPAN a décidé de soutenir, ce qui est du reste son droit le plus strict pour autant qu'elle le fasse à l'aide de ses propres ressources.

Il est cependant regrettable qu'une telle propagande unilatérale ait trouvé place au Comptoir suisse de Lausanne alors que, dans le canton de Vaud, toutes les organisations économiques et une bonne partie des forces politiques font campagne contre cette loi jugée beaucoup trop centralisatrice. Mais une autre raison fondamentale nous incite à interpellier le Conseil fédéral à ce sujet: il s'agit des moyens matériels et financiers dont a bénéficié l'ASPAN pour monter cette exposition. En effet, sur la liste des personnes et institutions ayant permis sa réalisation, le délégué fédéral à l'aménagement du territoire figure en bonne place. En clair, cela signifie que ledit délégué a accordé une subvention spéciale à l'ASPAN pour cet acte de propagande et ceci bien que l'ASPAN bénéficie déjà d'un versement annuel de 75 000 francs pour soutenir son activité générale. Cette subvention spéciale, si elle a vraiment été versée, nous paraît d'autant plus regrettable que l'emploi de fonds publics pour financer la propagande politique n'est pas admissible. En effet, partisans et adversaires de la loi qui vont se compter dans quelques mois se doivent de pouvoir lutter à armes égales avec les seuls moyens matériels, intellectuels et politiques qui leur sont propres.

## **Kreditmassnahmen. Verlängerung**

### **Mesures dans le domaine du crédit. Prorogation**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1975
Année	
Anno	
Band	V
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	14
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	75.055
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	18.12.1975 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1871-1871
Page	
Pagina	
Ref. No	20 004 453

75.024

**Politische Rechte der Auslandschweizer.  
Bundesgesetz  
Droits politiques des Suisses de l'étranger. Loi**

Siehe Seite 1697 hiervor — Voir page 1697 ci-devant

Beschluss des Ständerates vom 3. Dezember 1975  
Décision du Conseil des Etats du 3 décembre 1975

*Schlussabstimmung – Vote final*

Für Annahme des Gesetzentwurfes	140 Stimmen
Dagegen	11 Stimmen

*An den Ständerat – Au Conseil des Etats*

*Der Rat stimmt dem Beschluss des Ständerates vom 19. Dezember, betreffend Aenderungen der Redaktionskommission, stillschweigend zu (Amtliches Bulletin Ständerat Seiten 1796/97).*

*Le Conseil adhère tacitement à la décision du Conseil des Etats du 19 décembre 1975, concernant des modifications apportées par la commission de rédaction (Bulletin officiel du Conseil des Etats pages 1796/97).*

*Schlussabstimmung – Vote final*

Für Annahme des Beschlussesentwurfes	140 Stimmen
Dagegen	8 Stimmen

*An den Bundesrat – Au Conseil fédéral*

12 239

**Motorfahrzeug-Haftpflichtversicherung.  
Volksbegehren  
Assurance responsabilité civile pour véhicules  
à moteur. Initiative populaire**

Siehe Seite 1019 hiervor — Voir page 1019 ci-devant

Beschluss des Ständerates vom 17. Dezember 1975  
Décision du Conseil des Etats du 17 décembre 1975

*Schlussabstimmung – Vote final*

Für Annahme des Beschlussesentwurfes	110 Stimmen
Dagegen	32 Stimmen

*An den Ständerat – Au Conseil des Etats*

75.051

**Tierseuchengesetz. Aenderung  
Epizooties. Modification de la loi**

Siehe Seite 1621 hiervor — Voir page 1621 ci-devant

Beschluss des Ständerates vom 19. Dezember 1975  
Décision du Conseil des Etats du 19 décembre 1975

*Schlussabstimmung – Vote final*

Für Annahme des Gesetzentwurfes	156 Stimmen (Einstimmigkeit)
---------------------------------	---------------------------------

*An den Bundesrat – Au Conseil fédéral*

75.045

**Obligationenrecht (Geschäftsbücher). Aenderung  
Code des obligations (livres). Revision**

Siehe Seite 1726 hiervor — Voir page 1726 ci-devant

Beschluss des Ständerates vom 19. Dezember 1975  
Décision du Conseil des Etats du 19 décembre 1975

*Schlussabstimmung – Vote final*

Für Annahme des Gesetzentwurfes	155 Stimmen (Einstimmigkeit)
---------------------------------	---------------------------------

*An den Bundesrat – Au Conseil fédéral*

75.060

**Finanzhilfe an Entwicklungsländer  
Aide financière aux pays en développement  
Bundesbeschluss betreffend eine Vereinbarung  
über Finanzhilfe an die Vereinigte Republik  
Kamerun  
Arrêté fédéral concernant un accord d'aide  
financière avec la République Unie du Cameroun**

Siehe Seite 1556 hiervor — Voir page 1556 ci-devant

Beschluss des Ständerates vom 19. Dezember 1975  
Décision du Conseil des Etats du 19 décembre 1975

*Schlussabstimmung – Vote final*

Für Annahme des Beschlussesentwurfes	140 Stimmen
Dagegen	6 Stimmen

*An den Bundesrat – Au Conseil fédéral*

75.055

**Kreditmassnahmen. Verlängerung  
Mesures dans le domaine du crédit. Prorogation**

Siehe Seite 1871 hiervor — Voir page 1871 ci-devant

Beschluss des Ständerates vom 19. Dezember 1975  
Décision du Conseil des Etats du 19 décembre 1975

## **Kreditmassnahmen. Verlängerung**

### **Mesures dans le domaine du crédit. Prorogation**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1975
Année	
Anno	
Band	V
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	15
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	75.055
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	19.12.1975 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1898-1898
Page	
Pagina	
Ref. No	20 004 470

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

a quelques années que son montant ne devait pas dépasser la limite de 1,5 à 1,8 milliard. Or, cette dette s'élève aujourd'hui à 2,6 milliards. Nous étions donc parfaitement en droit, nous ne l'avons pas caché, nous l'avons au contraire publié, d'affecter une partie du produit de cette surtaxe au remboursement.

Pour le surplus, je n'ai pas amené ici ma machine à calcul pour répondre à toutes les questions de M. Heimann concernant les chiffres publiés. Le problème n'est d'ailleurs pas là.

M. Heimann a relevé, et je le confirme, que le Conseil fédéral a rejeté le recours de quelques citoyens fribourgeois et d'autres encore. Comme je l'ai dit tout à l'heure, il est extrêmement difficile, quand on donne des explications de ce genre, si objectives, si honnêtes qu'elles soient, de ne pas susciter un lambeau de critique ou une critique fondamentale de la part des adversaires. Vous avez joué ce rôle, Monsieur Heimann, c'est votre rôle traditionnel. Vous me permettez de dire que votre rôle de procureur ne trouble pas ma sérénité d'esprit. Nous n'avons pas trompé le peuple et nous avons eu l'occasion d'expliquer amplement de quoi il s'agissait. Nous regrettons les deux erreurs survenues dans la traduction allemande, mais j'en ai démontré le peu de gravité. Nous nous efforcerons de poursuivre avec votre concours, avec le concours du Parlement, cet effort d'information lors des votations populaires, effort qui nous paraît nécessaire.

**Heimann:** Die Deutschweizer konnten sich schliesslich nicht am französischen Original der Erläuterungen orientieren, sondern hatten vorlieb zu nehmen mit dem, was ihnen unterbreitet wurde. Die Fortführung des Bauprogrammes für die Nationalstrassen war gesichert auch ohne Zollzuschlag, sofern man die Bundeskasse nicht für andere Zwecke füllen wollte. Ich habe im Grunde genommen nichts gegen diese Begründung, aber man hätte sie sagen dürfen. Fehler, Herr Bundesrat, sind angängig. Wir machen alle Fehler. Aber wenn sich die Ungenauigkeiten dermassen häufen, wie das in diesem Abstimmungskampf der Fall war und öffentliche Verwaltungen und teilweise auch Bundesräte für diese Ungenauigkeiten die Verantwortung tragen, dann ist das nicht mehr annehmbar. Ich kann mich nur befriedigt erklären bezüglich den Ausführungen des Herrn Bundesrates was die Abstimmungsfrage betrifft. Für den Rest seiner Antwort kann ich mich nicht befriedigt erklären.

75.055

### **Kreditmassnahmen. Verlängerung Mesures dans le domaine du crédit. Prorogation**

Botschaft und Beschlussentwurf vom 9. Juli 1975 (BBI II, 421)

Message et projet d'arrêté du 9 juillet 1975 (FF II, 425)

*Antrag der Kommission*

Eintreten

*Proposition de la commission*

Passer à la discussion des articles

**Leu, Berichterstatter:** Lassen Sie mich vorerst darauf hinweisen, dass von den Massnahmen zur Dämpfung der Ueberkonjunktur, die die eidgenössischen Räte Ende 1972 beschlossen, der Baubeschluss im November 1974 auf Ende des Jahres aufgehoben und auf eine Verlängerung des Abschreibungsbeschlusses verzichtet wurde. Bis zum 31. Dezember 1975 bleiben daher nur noch die beiden Beschlüsse über die Ueberwachung der Preise, Löhne und

Gewinne und der Kreditbeschluss in Kraft. Zur Frage, ob der Beschluss über die Preisüberwachung weitergeführt werden soll, hat der Bundesrat gestern Stellung genommen. Er schlägt den Räten vor, allein die Ueberwachung der Preise bis Ende 1978 weiterzuführen. Kernstück der im Jahre 1972 beschlossenen Massnahmen war der Kreditbeschluss, der dem Bundesrat die Kompetenz zur Einforderung von Mindestguthaben, zur Anordnung einer Kreditbegrenzung, einer Emmissionskontrolle sowie von Vorkehrungen auf dem Gebiete des Kleinkreditwesens und der Abzahlungsgeschäfte erteilt. Der Bundesrat beantragt den Räten diesen Beschluss mit einigen Abänderungen um fünf Jahre, d. h. bis zum 31. Dezember 1980 zu verlängern.

In einer Eingabe vom 12. August 1975 an alle Mitglieder der Kommission empfiehlt die Schweizerische Bankvereinigung, dem Kreditbeschluss zuzustimmen, aber auf eine Kompetenz zur Begrenzung der Zuwachsraten der inländischen Kredite zu verzichten und die Geltungsdauer des Kreditbeschlusses auf drei Jahre zu befristen. Am 13. August befürwortet der Verband Schweizerischer Kantonalbanken ebenfalls die Verlängerung des Kreditbeschlusses. Er soll aber auf drei Jahre beschränkt werden, und die Kreditbeschränkung sei zu streichen. Artikel 2 des bestehenden Beschlusses sei in dem Sinne zu ergänzen, dass ein Belastungsausgleich stattfindet zwischen den Banken, die zur Hauptsache Kreditgeschäfte besorgen und jenen Banken, die zu einem bedeutenden Teil das indifferente Geschäft, also den Handel mit Devisen und Edelmetallen betreiben.

Ihre Kommission hat in eingehender Beratung zum Beschluss des Entwurfes Stellung bezogen. Herr Bundesrat Chevallaz und Herr Professor Schürmann, Generaldirektor der Nationalbank, unterstrichen in ihren Voten die Notwendigkeit, diesen Beschluss zu erneuern.

Für die Kommission ergaben sich daraus folgende Tatsachen und Ueberlegungen: Der Kreditbeschluss vom Jahre 1972 war zur Dämpfung der Ueberkonjunktur und der sich daraus entwickelnden Inflation notwendig. Die neu bewilligten Kredite betragen im Jahre 1970 5 Milliarden und stiegen im Jahre 1971 auf 7,9 Milliarden und im Jahre 1972 auf 13,6 Milliarden an. Damit breitete sich die Geldmenge in solch grossem Masse aus, dass alle Voraussetzungen für eine Inflation gegeben waren. Im dritten Quartal 1971 hatte die Geldmenge im Vergleich zum Vorjahresquartal um 43 Prozent zugenommen und in den beiden folgenden Quartalen um je 40 Prozent.

Seitdem die Schweiz im Januar 1973 zu einer Politik der freien Wechselkurse überging, wurde der weiteren Aufblähung des Geldangebotes durch Devisenzuflüsse ein Ende gesetzt, doch trat im Verlaufe des Floatens eine Erhöhung der Wechselkurse für den Schweizerfranken ein, was für die Nationalbank neue Probleme schuf. Die Notenbank musste versuchen, den Kursanstieg nach Möglichkeit zu bremsen, wofür Interventionen am Devisenmarkt in Form von Dollarkäufen gegen Schweizerfranken nötig waren. Dies lag im allgemeinen Landesinteresse, weil sonst die Exportwirtschaft in eine immer ungünstigere Wettbewerbslage geraten wäre. Das neu geschaffene Geld musste aber in Grenzen gehalten werden. Dafür waren die Mindestreserven eine angemessene und geeignete Grundlage. Herr Professor Schürmann hat der Kommission bei dieser schwierigen Geldmengenpolitik in anschaulicher und überzeugender Weise dargelegt, dass zur gleichen Zeit drei Ziele angestrebt werden müssen, nämlich ein Wechselkurspolitisches, ein geldmengenpolitisches und damit zugleich auch ein zinspolitisches. Steigende Zinssätze fördern den Zufluss ausländischer Gelder und treiben den Kurs des Schweizerfrankens nach oben. Das für die Nationalbank notwendige Instrumentarium muss daher so geschaffen sein, dass das schweizerische Zinsniveau tief bleibt, was nicht nur durch die Beschränkung der Geldmenge geschehen kann, sondern auch durch direkte Vorkehrungen, nämlich durch die Kreditbeschränkung und als flankierende Massnahme durch die Emmissionskontrolle.

Die Kommission hat sich bei ihren Beratungen eingehend über die Funktion und über die Handhabung dieser drei Massnahmen unterrichten lassen:

1. die Pflicht zur Haltung von Mindestreserven bei der Nationalbank beeinflusst die Liquidität der Banken. Eine Erhöhung der Mindestguthaben soll den Spielraum für die Kreditgewährung an Dritte einengen; eine Herabsetzung soll ihn erweitern. Mindestreserven sind zum klassischen Instrument einer modernen Notenbankpolitik geworden. Vielen ausländischen Notenbanken ist dieses Instrument schon lange gesetzlich verankert. Nach dem in der Schweiz geltenden System werden die Mindestreserven lediglich auf den Passiven der Banken, also auf den Bank-einlagen der Kunden erhoben.

Wie uns Herr Bundesrat Chevallaz und auch der Vertreter der Nationalbank darlegten, und wie man sich auch aus Kreisen der Kantonalbanken erkundigen konnte, wurde dieses Instrument, besonders seit Ende 1973, flexibel gehandhabt. Auf Inlandgeldern wurde lediglich der Zuwachs belastet, bei Auslandgeldern auch der Bestand. Im Jahre 1973 war zunächst der Geldüberhang mit dem Mittel der Mindestguthaben abzubauen. Dieses Ziel wurde schrittweise erreicht. Dementsprechend und nach Massgabe der konjunkturellen Entwicklung wurden die Mindestguthaben sukzessive wieder freigegeben. Die inländischen Verbindlichkeiten wurden im November 1974 gänzlich von der Reservepflicht befreit. Ende April 1975, also in diesem Jahre, wurden auch auf den Auslandguthaben weitere Beträge freigegeben, so dass seither nur noch etwa 200 Millionen Franken blockiert sind.

Die Erfahrungen mit dem Kreditbeschluss bestätigen, dass die Mindestreservopolitik geeignet ist, die Vermehrung des Geldes wenn nötig zu verlangsamen, um der Entstehung eines Missverhältnisses zwischen der Kreditexpansion und der Entwicklung der Ersparnisse entgegenzuwirken. Mit der Mindestreservopolitik können Anspannungen und Ueberflussliquiditäten ausgeglichen werden. Mindestreservopolitik wirkt demzufolge stabilisierend und vermeidet somit auch grössere Zinsschwankungen. Dies bedeutet zugleich, dass die Haltung von Mindestguthaben, da sie die Geldmenge regulieren hilft, nicht nur im konjunkturellen Aufschwung von Bedeutung ist. Es kommt ihr auch bei rezessiven Tendenzen eine nicht zu unterschätzende Aufgabe zu, da sie die Möglichkeit bietet, durch Freigabe von Mitteln das Krediterschöpfungspotential der Banken zu erhöhen und Raum für die Interventionen der Notenbank zu schaffen.

2. Mit dem Instrument der Kreditbegrenzung dürfen die Banken den Stand ihrer inländischen Kredite nur im Rahmen einer bestimmten, vom Bundesrat im Einvernehmen mit der Nationalbank festgelegten Zuwachsrate erhöhen. Unter dem Regime fester Wechselkurse kam dem Institut besondere Bedeutung zu, weil die Wirksamkeit der Mindestreserven durch die Heimschaffung ausländischer Anlagen in erheblichem Masse eingeschränkt wird. Kreditbegrenzungen sind aber auch in einer Zeit floatierender Wechselkurse von Bedeutung. Die Heimschaffung von Auslandsanlagen der Banken, die auf Ende Juni 1975 auf 25 Milliarden errechnet werden, schafft eine erhöhte Nachfrage nach Schweizerfranken und beeinflusst unmittelbar die Kreditmöglichkeiten der Banken und damit auch die Geldmenge. Um diesen Auswirkungen zu steuern, muss nötigenfalls ein Instrument verfügbar sein, das einen kürzeren Bremsweg gewährleistet als derjenige über den Umweg der Mindestreserven, ein Instrument auch, das durch Beschränkung des Kreditzuwachses den Zinsauftrieb unmittelbar mässigt und damit die mit der Verknappung der Geldmenge stets verbundene Gefahr herabmindert, dass die Zinsen steigen.

Die Erfahrungen haben gezeigt, dass das Instrument wirksam ist. Auch hier war die Handhabung durchaus beweglich. In mehreren Schritten wurde das Kreditvolumen auf ein mit den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen entsprechendes Mass zurückgeführt.

Die Jahreszuwachsrate der inländischen Kredite verminderte sich von 11,3 Prozent im November 1972 auf 6,3 Prozent im Juli 1973. Sobald es die Verhältnisse gestatteten, wurde die Kreditbegrenzung aufgehoben. Das war Anfang Mai 1975 der Fall, nachdem eine Uebergangsphase seit dem Januar 1975 vorausgegangen war, wo durch teilweise Freigabe die Bauwirtschaft, die die Rezession als erste zu spüren bekam, begünstigt wurde.

Von der Möglichkeit in Artikel 3 Absätze 8 und 9 machten Bundesrat und Nationalbank in Form von Härtefonds und Ausnahmegewilligungen Gebrauch. Die wirtschaftlich schwächeren Regionen haben davon Nutzen gezogen, wiewohl auch zeitweise – auch in unserem Rat – Kritik erhoben wurde, nach der für gewisse Regionen noch ein vermehrtes Entgegenkommen hätte gezeigt werden können. Auch die Sanktionen wurden verständnisvoll gehandhabt. Soweit aus der Bilanzstruktur Härten bei der Kreditüberschreitung verständlich waren, wurde darauf durch Er-streckung der Fristen oder Reduktion der Einzahlungen Rücksicht genommen.

Ohne die Kreditbegrenzung wäre in den Jahren 1973/74 eine Kreditexpansion entstanden, die die ohnehin vorhandene Ueberforderung der wirtschaftlichen Möglichkeiten der Schweiz verschärft hätten. Der Rückgang wäre um so schmerzlicher ausgefallen. Auch wäre ein Konzentrationsprozess der Wirtschaft vor sich gegangen, der nicht erwünscht ist. Entscheidend ist jedoch unter monetären Gesichtspunkten die Tatsache, dass bei eher knappen Geldmengen ohne Kreditbegrenzung ein Zinsanstieg vor sich gehen würde, der die Notenbank sehr rasch in die Zwangslage versetzen würde, neue Liquidität zu schaffen, um den Zinsanstieg zu bremsen. Diese Situation kann innert kurzem wieder eintreten. Es hat uns beeindruckt, zu erfahren, dass im zweiten Quartal 1975 im Vergleich zum zweiten Quartal letzten Jahres die Kreditzusagen um 126 Prozent zugenommen haben. Das ist an sich konjunkturell durchaus erwünscht, gibt aber doch einen Hinweis auf Entwicklungen, die wiederum inflationär werden könnten.

Ebenso eindrücklich ist vom Vertreter der Notenbank ein weiterer Zusammenhang unterstrichen worden, der in der jetzigen Konjunkturphase zu beachten ist: Die Notenbank kann nämlich bei ihren Interventionen am Devisenmarkt und damit auch bei den Geldmengenerweiterungen gross-zugig sein, wenn mit der Kreditbegrenzung ein Instrument verfügbar ist, das es gestattet, ohne Verzögerung allfälligen inflationären Entwicklungen zu steuern.

Diese Hinweise mögen gleichzeitig dartun, dass Zusammenhänge bestehen, die die sachliche Dringlichkeit der Massnahme begründen. Auch in Zeiten der Rezession geht es, was die Geld- und Kreditpolitik anbelangt, stets um die gleichen funktionellen Vorgänge, eben: Geldmenge, Wechselkurse und Zinssätze, denen nur durch eine Kombination der Massnahmen von Mindestreserven, Kreditbegrenzung und Emissionskontrolle in angemessener Weise Rechnung getragen werden kann. Die Kommission hat sich davon überzeugt, dass auch die Kreditbegrenzung einen unerlässlichen Bestandteil des Systems bildet, und dass sie beibehalten werden soll.

Dabei möchte ich aber – gerade mit Blick auf die gestrige Diskussion in unserem Rat über die Frage der Arbeitsbeschaffung – darauf hinweisen, dass dieses Instrument von seiten der Notenbank nur dann angewendet werden darf, wenn es einer dringenden Notwendigkeit entspricht.

Der Vertreter der Notenbank hat auf den weiteren Umstand hingewiesen, dass bei einer kommenden Revision des Nationalbankgesetzes die Frage zu prüfen sei, ob an Stelle der Kreditbegrenzung nicht Mindestreserven auf den Aktiven der Banken erhoben werden sollen, wie das von wissenschaftlicher Seite als neutralere und wettbewerbskonformere Massnahme empfohlen wird. Da die Kommission eine Verkürzung der Geltungsdauer des Beschlusses vorschlägt, rechtfertigt es sich auch aus diesem Grunde, die Kreditbegrenzung beizubehalten, um in den verbleibenden 2½ Jahren die Grundsatzdiskussion über

einen allfälligen Systemwechsel bei Anlass der Revision des Nationalbankgesetzes durchzuführen.

3. Das dritte Instrument, die Emissionskontrolle, gestattet eine Staffelung der zu allen Zeiten sehr grossen Nachfrage nach langfristiger Kapitalaufnahme und zwar aufgrund von Prioritäten, je nach der Wirtschaftslage. Im Jahre 1973 wurde ein Gesamtplafond von 3,4 Milliarden aufgestellt, im Jahre 1974 von 3,9 Milliarden, wobei Prioritäten für die öffentliche Hand und den Energiesektor festgelegt wurden. Nach dem Misserfolg einer Bundesanleihe im Sommer 1974 wurde der Kapitalexport zeitweise sistiert.

Die Kontrolle der Emissionen wurde einer besonderen Kommission übertragen, in welcher die Wirtschaft vertreten ist. Sie arbeitete zufriedenstellend. Es ist gelungen, den Anstieg des Zinsniveaus zu bremsen und in den letzten Monaten den Zinstrend sogar nach unten zu drängen. Die jetzige Lage lässt es zu, dass ein recht hoher Anleihebetrag berücksichtigt werden kann.

Ohne eine Emissionskontrolle wäre die Zinsentwicklung in der Schweiz anders verlaufen. Wir hätten Hochzinse erhalten, wie das Ausland. Das hätte zu einer grundlegenden Störung geführt. Mit der Emissionskontrolle soll verhindert werden, dass die konjunkturregulierenden Wirkungen von Mindestguthaben und Kreditzuwachsbeschränkung auf dem Umweg über eine verstärkte Inanspruchnahme des Kapitalmarktes durchkreuzt werden. Die Handhabung hat auch hier gezeigt, dass man sich den Verhältnissen anpasst, und dass, soweit nötig und möglich, auch regionalen Gesichtspunkten Rechnung getragen wurde.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass von den Konjunkturmassnahmen, die in einer Zeit der Ueberkonjunktur gefasst wurden, neben der Preisüberwachung nur noch monetäre Vorkehren in Geltung stehen, nämlich die Mindestreserven auf Fremdgeldern, die Kreditbeschränkung und die Emissionskontrolle. Ihre Geltungsdauer läuft am 31. Dezember dieses Jahres ab. Diese Vorkehren sind, wie ich darzulegen versuchte, nicht nur in Zeiten der Ueberkonjunktur, sondern gleicherweise auch in Zeiten der Rezession nötig. Sie sind nötig, weil sie für die Konjunktur-entwicklung grundlegende Konstellationen zu beeinflussen gestatten. Man muss denn auch anerkennen, dass von der monetären Seite her die Voraussetzungen für einen späteren wirtschaftlichen Aufschwung erfüllt sind. Die Wechselkurse liegen, sicherlich auch wegen der Interventionen der Notenbank, günstiger als noch vor Wochen. Die Notenbank hat seit Jahresbeginn für rund 7 Milliarden Devisen gekauft und damit eine realistische Bewertung des Schweizerfranks erzielt. Die Liquidität der Wirtschaft ist ausreichend, aber doch nicht so hoch, dass wieder inflationäre Entwicklungen eintreten könnten. Die kurz- und langfristigen Zinsen weisen eine sinkende Tendenz auf. Soweit es das Ziel der staatlichen Zinspolitik ist, eine ausgeglichene wirtschaftliche Entwicklung zu fördern, ist das, was mit monetären Mitteln geschehen kann, vorgekehrt worden. Die Meinung, mit dem Floaten seien alle Probleme gelöst, ist unrichtig. Würde es dabei sein Bewenden haben, müsste entweder die Geldmenge sehr knapp gehalten werden (was zu höheren Zinsen führen würde), oder es müsste auf Wechselkursintervention verzichtet werden, was für unsere Exportinteressen und auch für den Fremdenverkehr abträglich wäre.

Damit ist die sachliche Dringlichkeit der Vorlage einlässlich dargelegt. Die zeitliche Dringlichkeit ist nach Auffassung der Kommission nach Verwerfung des Konjunkturartikels im Monat März gegeben. Werden diese bis heute wirksamen Instrumente der Nationalbank verweigert, so wird es ihr nicht mehr möglich sein, ihre Aufgaben zur Lenkung einer modernen Geldwirtschaft zu erfüllen; denn die im Nationalbankgesetz vom Jahre 1952 vorgesehenen Mittel der Diskont- und Lombardpolitik sowie einer beschränkten Offenmarktpolitik reichen, wie dies heute allgemein erkannt wird, nicht aus.

Die Kommission beantragt, der Beschluss sei lediglich um 2 $\frac{1}{2}$  Jahre, nämlich bis Mitte 1978, zu verlängern. Es sprechen grundsätzliche Erwägungen dafür, dass das Notrecht

nicht länger als erforderlich dauern soll. Die Befristung schafft zudem einen Zwang für den Bundesrat und die Notenbank, die Ueberführung des Notrechtes in das ordentliche Recht beschleunigt an die Hand zu nehmen. Es wurde uns erklärt, dass eine Vorlage für die Revision des Notenbankgesetzes vorbereitet werde, und dass lediglich noch die Frage der Verfassungsmässigkeit abzuklären sei. Diese verfassungsrechtliche Frage ist einer Reihe von Staatsrechtslehrern zur Begutachtung in Auftrag gegeben worden. Sollte für das in Frage stehende Instrumentarium die Verfassungsmässigkeit bejaht werden, könnte mit der Beratung der Revisionsvorlage rasch begonnen werden. Ist eine neue Verfassungsgrundlage nötig, so wird man entweder einen neuen Konjunkturartikel oder eine Revision des Artikels 39 BV ins Auge fassen müssen. Beides sollte im Verlaufe des nächsten Jahres möglich sein, denn die sich stellenden Fragen sind klar und überblickbar.

In formeller Beziehung beantragt Ihnen die Kommission einen vollständig neuen Beschluss zu fassen und zwar aus der Erwägung heraus, dass alle Fragen, die ja in innerem Zusammenhang stehen, durchzuberaten sind, und dass dem Volke nicht Einzelfragen, sondern nur eine Gesamtvorlage zur Abstimmung unterbreitet werden kann.

Die einstimmige Kommission beantragt Ihnen, auf die Vorlage einzutreten.

**Wenk:** Vor vielen Jahren stand ich in der Abstimmung über das Notenbankinstrumentarium noch ganz allein mit meiner positiven Stellungnahme. Die Einsicht in die Notwendigkeit hat seither an Boden gewonnen. In der Kommissionsberatung war von der alten Zurückhaltung immerhin noch einiges zu spüren. Die enorme Bedeutung der Kreditmassnahmen, des Kreditwesens und ihre Wirkungen auf den Gang der Wirtschaft sind uns in den letzten Jahren allen deutlich demonstriert worden. Will der Bund den Wirtschaftsgang beeinflussen, so erweisen sich Kreditmassnahmen als besonders geeignet und wirksam. Der geltende Beschluss wurde 1972 zum Zwecke der Dämpfung beschlossen. Die heutige Wirtschaftslage ist davon sehr verschieden. Nun gilt es jedoch, die Erfahrungen aus den vergangenen Jahren zu nutzen. Ein vernünftiger Mensch beginnt im Falle eines Brandes die Feuerwehr zu organisieren. Auch hier sollten wir es nicht so tun. Wenn der neue Beschluss wieder zu befristen ist, so sollte die Frist nicht zu knapp bemessen werden. Mit Recht beklagte sich unser Rat wiederholt über die Zeitnot, über das nicht mehr volle Funktionieren des Zweikammerverfahrens aus Zeitnot. Heute sollten wir die Gelegenheit benützen, und die Zeit so bemessen, dass wir später nicht über selbst gespannte Stolperfäden fallen. Ich bin für Eintreten.

**Bodenmann:** Gestatten Sie mir einige Bemerkungen zur Kreditbegrenzung, die bei den Banken auf Widerstand gestossen ist. Der Kommissionspräsident hat dargelegt, dass ohne dieses Instrument in monetären Krisenzeiten die Kaufkraft schaffende Geldmenge nicht wirksam genug unter Kontrolle gehalten werden könnte. Dass diese Bremse wirksam war und wirksam sein wird, haben die Erfahrungen gezeigt. Ein Verzicht kann wohl ernsthaft nicht erwogen werden. Heute brauchen wir keine Kreditbegrenzung. Sollte es aber zum erhofften Umschwung kommen, wird mit deren Einsatz mit grosser Wahrscheinlichkeit wieder gerechnet werden müssen. Denn normale Verhältnisse wird es im internationalen Währungs- und Kreditsektor noch lange nicht geben. Es ist verständlich, dass die Banken diesen Eingriff in ihr wichtigstes inländisches Tätigkeitsgebiet nicht befürworten können. Das kann aber für uns nicht entscheidend sein. Die Kreditbegrenzung muss aber mit einer Ausnahmeregelung verbunden werden, die gewährleistet, dass die verfügbaren Kredite in die Wirtschaftsgruppen und in die Regionen fliessen, die diese Kredite zur Weiterexistenz benötigen. Diese Lenkung ist überdies in Artikel 39 der Bundesverfassung vorgeschrieben: Die Nationalbank hat die verfassungsmässige Pflicht,



eine im Gesamtinteresse des Landes liegende Kreditpolitik, d. h. Kreditversorgung zu gewährleisten.

Damit sei auch gesagt, dass die Ausnahmeregelungen Sache der Nationalbank sein muss und nicht der Politik. Die Nationalbank ist in der Lage, die notwendigen Entscheide sachgerecht und flexibel zu treffen. Die Kreditversorgung muss aber auch in Zukunft in erster Linie Aufgabe der Banken verbleiben. Sie müssen daher im eigenen Interesse in schwierigen Zeiten eine befristete Lenkung der Kreditpolitik akzeptieren und in Kauf nehmen. Wäre diese Lenkung nicht durchführbar, so müsste der Bund selber die Kreditlücken schliessen. Ich verweise hier in diesem Zusammenhang auf den Ruf nach einer Exportbank, der bei den Banken sehr ungnädig aufgenommen wurde. Der richtige Weg zur Durchführung der Kreditbegrenzung liegt nach meiner Meinung im Abschluss von Vereinbarungen zwischen den Banken und der Nationalbank. Dieser Vorschlag der Kommission scheint mir Gewähr zu bieten, dass eine konstruktive und positive Zusammenarbeit zwischen der Nationalbank und den Banken durchgeführt werden kann.

In diesem Sinne beantrage ich Ihnen ebenfalls Eintreten auf die Vorlage.

**M. Bourgnicht:** La proposition que le Conseil fédéral nous fait et, à sa suite, notre commission n'est pas enthousiasmante. L'arrêté du 20 décembre 1972 avait été adopté pour trois ans et il n'était guère destiné à être renouvelé, même sous une forme quelque peu différente, surtout après que le projet d'article conjoncturel eut été repoussé en votation populaire. Son urgence n'était alors guère discutable puisqu'il s'agissait de remédier à une situation exceptionnelle, soit de freiner la surchauffe économique. Elle l'est aujourd'hui, puisque les mesures que le Conseil fédéral pourra prendre le seront en vue d'assurer une évolution harmonieuse de la conjoncture, ce qui en soi comporterait une tâche durable, indépendante de tout caractère urgent ou exceptionnel.

D'autre part, il est étonnant que le projet soumis à notre sanction, élaboré dans des circonstances diamétralement opposées à celles de 1972, reprenne pratiquement les mesures préconisées pour lutter contre la surchauffe, donc conçues dans un but bien précis, sans rien prévoir de particulier en faveur d'une heureuse évolution conjoncturelle, soit dans un but beaucoup plus vaste.

C'est en vain que l'on recherche, dans les nouvelles propositions gouvernementales, un élément quelconque propre à assurer ou à soutenir, j'insiste sur ce mot, une certaine relance économique qui s'inscrirait pourtant dans les buts assignés par l'article 1er. Quoi qu'il en soit, les expériences faites avec les arrêtés de 1972 n'ont guère été convaincantes. L'application qui en a été faite, ajoutée à l'influence d'une économie mondiale chancelante, a malheureusement contribué à créer la récession, en cassant brutalement le rythme de notre économie et de nos investissements. En voulant lutter contre l'inflation qui est certes un fléau, on a partiellement provoqué le chômage, qui en est un pas moins grand, et cela malgré le départ de très nombreux travailleurs étrangers.

La solution du problème ne consiste pas, selon moi, à trouver dans l'attribution de compétences étendues et durables à la Confédération. C'est une question de choix entre une économie libérale, du moins relativement libérale, et une économie dirigée. Je préfère nettement la première, même si l'objectivité commande de lui reconnaître certains défauts et échecs. La seconde, faite essentiellement par des théoriciens, manque de souplesse et de dynamisme, elle rend les investisseurs méfiants et là où elle a été choisie, généralement ou occasionnellement, elle n'a jamais donné de résultats tels qu'elle mérite notre préférence.

Ces considérations auraient pu m'amener à vous suggérer de ne pas entrer en matière. Je ne le fais néanmoins pas, tout en réservant mon vote final, selon qu'il sera tenu compte ou non de certaines propositions d'amendements, et cela pour qu'il ne soit pas dit que la Confédération se-

rait privée, brusquement et prématurément, d'un instrument d'intervention indispensable au vu des conditions économiques financières et monétaires du moment, même si elles sont partiellement à mettre au compte «passif» des arrêtés urgents et de leur application. Les partisans des pouvoirs de l'Etat dans le domaine conjoncturel auront ainsi une dernière chance de prouver que ceux qui les contestent se seraient montrés sceptiques et pessimistes à l'excès et que, si l'intervention peut se faire sur une période relativement longue, elle est de nature à produire d'heureux résultats.

J'ai également constaté, et cela est positif, l'introduction de dispositions permettant d'agir avec plus de souplesse et de mieux prendre en considération les particularités, que ce soit des régions ou de certains établissements bancaires. J'espère que ceux qui seront chargés de leur application sauront en user avec la mesure et la subtilité qui ne les ont malheureusement pas toujours caractérisés. De plus, la limite temporelle apportée par la majorité de la commission donne quelque apaisement à ceux qui ne veulent pas entrer, sans s'en rendre bien compte, dans un régime interventionniste qui n'a pas trouvé grâce lors du scrutin du 2 mars 1975.

Lors de l'examen des articles, je vous proposerai des amendements de détail qui tiennent compte des expériences faites sous l'empire de l'arrêté du 20 décembre 1972. Je tenais à les justifier d'ores et déjà par des considérations générales qui trouvaient leur place dans ce débat d'entrée en matière.

**M. Chevallaz,** conseiller fédéral: Il est vrai que, dans son ensemble, l'arrêté sur le crédit dont nous vous demandons sous modification la prolongation ne s'intègre pas, ou du moins pas pleinement au paysage économique et financier actuel. Nous souhaitons actuellement les investissements plutôt que nous ne les limitons, nous sommes dans l'espérance d'une relance économique, d'autre part la grande fluidité des capitaux disponibles, le niveau favorable de l'épargne et la modération du taux de l'intérêt ne justifieraient pas aujourd'hui par exemple l'application d'un encadrement, d'une «Kreditbegrenzung», d'un encadrement du crédit.

Pourtant, malgré la fluidité de ce marché, et M. le rapporteur Leu, que je tiens à remercier pour son exposé très précis le soulignait tout à l'heure, malgré la fluidité de ce marché, le contrôle des émissions permet de mieux organiser et échelonner les appels aux souscriptions publiques, évitant des gonflements périodiques qui provoqueraient des fluctuations dans les taux. Les réserves minimales également gardent actuellement leur justification. On a pu prétendre que le système du «floating» nous mettait à l'abri des accroissements non contrôlés de la masse monétaire; il est vrai que le système des parités fixes d'autrefois contraignait la Banque nationale à reprendre les devises offertes et à grossir ainsi la masse en circulation. Mais nous avons vu à l'expérience que le «floating», et M. Leu le soulignait aussi, ne nous mettait pas à l'abri d'interventions en soutien ou en modération de la monnaie. Dès lors, l'arme des réserves minimales limitant l'expansion de la masse monétaire reste pleinement d'actualité. Notre association au «serpent» monétaire, si elle devait se réaliser après les discussions d'avant-hier, le «serpent» monétaire, cette assurance mutuelle contre les risques de fluctuation, en faveur de taux stables mais ajustables, maintiendrait la nécessité d'intervention dans le risque d'élargissement de la masse monétaire.

Le dispositif des réserves minimales, le cas échéant, comme certains le proposent, étendu à l'actif des banques, suffirait-il à freiner l'inflation en cas d'un nouvel emballement de l'économie et d'une nouvelle pléthore de liquidité non pas actuelle, mais possible et dans des délais peut-être brefs?

Je ne nie pas les possibilités de ces réserves minimales qui actuellement nous suffisent. Mais reconnaissons que ces réserves sont des mesures massives et schématiques,

elles ne sont pas sélectives. L'encadrement du crédit, la «Kreditbegrenzung» peut et doit être une mesure sélective appliquée avec subtilité et souplesse, je vous en assure, Monsieur Bourgknecht, si d'aventure les circonstances devaient nous y contraindre.

En cas de pénurie, naturelle ou créée l'argent à tendance à se porter vers certains centres d'attraction, concentrations industrielles, grandes agglomérations urbaines. Il est donc important qu'une certaine canalisation, une certaine orientation, une certaine «Kreditlenkung» – un dirigisme provisoire – permette une répartition équitable, empêche d'étouffer les régions marginales, assure l'existence de métiers et d'entreprises moyennes. L'encadrement du crédit disent les banques – dans une lettre que vous avez lue sans doute – conduit à une cristallisation du système bancaire. Je dirais quant à moi que la libre disposition d'un crédit contingenté par les circonstances accélère un processus de concentration que, pour la capacité de résistance de notre économie et par simple équité, nous ne devons pas accentuer. Il ne s'agit pas pour nous de figer un état de choses mais de répartir équitablement. Ce sont précisément et quoi qu'en dise la lettre de l'Association suisse des banquiers, ce sont les petits groupes, c'est l'artisanat, c'est la petite industrie, ce sont les cantons les moins euphoriques, ce sont les régions les plus faibles, ce sont les jeunes chefs d'entreprises qui seraient victimes d'un système qui ne connaîtrait que le freinage sommaire des réserves minimales et qui laisserait aux banques une liberté totale dans la répartition de ces crédits. Car les banques, je ne le leur reproche pas, je le constate, c'est dans la nature des choses, les banques ne vont pas nécessairement dans la direction des marginaux besogneux mais beaucoup plus facilement vers les grands ensembles et les grandes entreprises dont on présume la capacité de gains majeurs. Il faut donc bien que l'Etat et la Banque nationale aient les moyens de corriger le tir par une certaine orientation du crédit dans ces périodes exceptionnelles – je remercie Monsieur Bodenmann de l'avoir tout à l'heure souligné – non pas aujourd'hui sans doute mais demain peut-être, car les circonstances conjoncturelles peuvent se modifier très rapidement. A l'échelon de l'Europe, puisque nous y sommes englobés, on passe rapidement de la relance à l'inflation.

Si nous tenons très ferme à l'encadrement du crédit, à la «Kreditbegrenzung», en revanche, nous avons admis un certain nombre d'amendements dans le projet que nous vous présentions parmi lesquels le raccourcissement de la durée d'application de cinq ans à deux ans et demi. Nous avons en effet hâte de sortir d'une procédure d'exception, nous comptons accélérer les travaux, mettre en consultation au début de l'an prochain un projet d'article constitutionnel (dont je ne puis pas dire encore si ce sera le 39 modifié ou plus probablement, je pense, un article conjoncturel repris dans certains de ses termes de la votation dernière ou de son échec dernier) peut-être en même temps que le dispositif législatif déjà bien élaboré correspondant à ces projets. Je ne veux pas reprendre ici le problème de la constitutionnalité des pouvoirs du Parlement et du Conseil fédéral en la matière. Je crois quant à moi que l'article 39 contient – pour parler en théologien – la grâce suffisante, mais j'admets qu'un certain nombre de juristes le mettent en doute. Je constate que, dans ses messages, le Conseil fédéral n'a pas toujours été très ferme dans la foi. Dès lors il faut je crois raisonnablement accepter la nécessité d'un nouveau baptême constitutionnel mais, nous nous efforcerons de tenir le délai de deux ans et demi, c'est le minimum qui nous est proposé. Nous avons admis également le changement de titre ainsi que nous avons trouvé fort raisonnable de ne plus présenter à vous-mêmes déjà puis au peuple et aux cantons des lambeaux de phrases, mais de faire référence au texte actuel complet; nous allons ainsi dans le sens de ce que M. Heimann nous recommandait tout à l'heure et j'ai déclaré accepter, au nom du Conseil fédéral, avoir des textes explicites. Nous ne nous sommes pas opposés à

mentionner l'éventualité d'un accord avec les banques, qui pourrait, le cas échéant, organiser cet encadrement du crédit. Mais je veux dire que nous n'y croyons pas beaucoup et les banquiers semblent-ils non plus. Je dois vous citer ici un bref extrait d'un rapport de la Banque nationale tout récent et non encore publié d'ailleurs où l'on dit ceci:

«Die Zeit der Gentlemen's Agreements ist vorbei, ist dem Direktorium kürzlich in einer Sitzung mit der ständigen Verhandlungsdelegation der Schweizerischen Bankiervereinigung von Bankenseite erklärt worden. Ist das wirklich so –, demande la Banque nationale – ja oder nein? Ja, wenn man an wesentliche Eingriffe der Notenbank in den Geld- und Kreditschöpfungsprozess an Mindestreserven oder Kreditbegrenzung etwa denkt, die zweifellos nur im Wege der gesetzlichen Regelung befriedigend geordnet werden können. Nein, wenn damit der Abschluss von Vereinbarungen zwischen der Nationalbank und den Banken ganz allgemein gemeint ist.»

Et l'on cite une série de problèmes qui peuvent être réglés par ces gentlemen's agreements. Par contre, cela ne semble pas possible pour les problèmes qui nous concernent aujourd'hui, ni à la Banque nationale ni aux banques privées. Cela ne veut pas dire que nous ne les tolérerions pas dans le texte, je pense que ce qui s'obtient par la persuasion est toujours préférable à ce qui s'obtient par l'exigence légale. Mais nous devons bien dire ici que cette concession que nous ferions à la possibilité d'aménagement et d'arrangement, à la possibilité de gentlemen's agreement ne devrait pas dans le temps retarder l'efficacité des mesures car, dans ce domaine, le temps compte énormément. J'en viens à conclure en disant précisément qu'il ne nous faut pas retomber dans les erreurs du passé. En janvier 1969 – si j'ai bonne mémoire – la commission du Conseil national chargée d'étudier l'instrumentarium de la Banque nationale – et j'en étais rapporteur – s'empêtrait dans les controverses juridiques sur la constitutionnalité ou la non-constitutionnalité des mesures proposées par le Conseil fédéral. Les banques, d'une manière générale, s'opposaient aux dispositions. De guerre lasse, et pour faire la démonstration de la difficulté de cette procédure sur des gentlemen's agreements, la commission du Conseil national siégeant à la Lenzerheide a demandé au chef du Département des finances, mon prédécesseur, de tenter un ultime essai d'accord avec les banques pour qu'elles fournissent un instrument de même valeur que celui qu'on recherchait par la voie de la loi: un accord pour la modulation du crédit. Il y a fallu quelques mois mais à notre grande surprise on y a réussi et, dans le même été, un accord était passé par lequel les banques conféraient à la Banque nationale le pouvoir de continger le crédit. Si ce gentlemen's agreement avait un avantage considérable sur la procédure législative, c'est qu'il entrait immédiatement en vigueur. C'est pourquoi nous l'avons admis et j'ai pu rapporter devant le Conseil national en disant: «Nous n'oublions pas l'instrumentarium, nous le mettons dans le frigoris, il ressortira si nécessaire mais maintenant nous avons un gentlemen's agreement qui de l'avis du Département des finances et de l'avis de la Banque nationale suffit, nous allons pour le moment nous en contenter.» Le gentlemen's agreement a fonctionné à satisfaction en 1970. Il s'est relâché dès 1971 où le montant des crédits à la construction augmentait de 58 pour cent et il s'est proprement effondré et dissout totalement en 1972 où les mêmes crédits à la construction atteignaient près de 14 milliards (contre 5 milliards en 1970) et en augmentation de 72 pour cent sur 1971 qui était déjà une année pléthorique. Cette avalanche de crédits dans un régime de liberté, je le regrette Monsieur Bourgknecht, dépasserait largement et les besoins raisonnables de l'économie et les capacités de l'industrie du bâtiment.

Elle a contribué d'une manière décisive à la galopade des prix et à l'inflation dont nous ne sommes pas entièrement remis. La libéralisation du crédit et le libéralisme des an-

nées 1971 et 1972 expliquent, dans une très grande mesure, le surdimensionnement de certaines entreprises et les difficultés d'amortissement où elles se trouvent aujourd'hui, la surproduction et le très douloureux retour à la normale que vit présentement l'industrie du bâtiment. Ce ne sont pas les arrêtés sur le crédit qui ont mis l'industrie du bâtiment dans la situation où elle est mais c'est le libéralisme excessif des années 1971 et 1972. Trop tardivement, en décembre 1972, le Conseil fédéral a proposé les arrêtés d'urgence mais le mal était fait.

La leçon de 1971/1972 doit nous instruire, les circonstances du moment sans doute ne justifieraient nullement le retour à un encadrement du crédit mais les impulsions d'une relance mal maîtrisée pourraient rapidement transformer le paysage. Il sera alors nécessaire que le Conseil fédéral et la Banque nationale, sans avoir à vous convoquer à l'extraordinaire, aient en main les moyens de freiner, de contingenter et de canaliser le crédit. Nous vous demandons d'entrer en matière et d'accepter le projet tel que vous l'a présenté le Conseil fédéral à quelques amendements près auxquels nous nous sommes dans l'ensemble ralliés.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen*  
Le Conseil passe sans opposition à la discussion des articles

#### Titel

*Antrag der Kommission*

Bundesbeschluss über Geld- und Kreditpolitik  
(Vom ...)

#### Titre

*Proposition de la commission*

Arrêté fédéral

sur la politique du marché de l'argent et du crédit  
(Du ...)

**Leu, Berichterstatter:** Wie ich beim Eintreten darlegte, beantragt Ihnen die Kommission, einen vollständig neuen Beschluss zu fassen. Da dieser neue Beschluss nicht den Zweck verfolgt, die Ueberkonjunktur zu dämpfen, sondern Massnahmen festsetzt für eine ausgeglichene konjunkturelle Entwicklung auf dem Gebiete des Geld- und Kreditwesens, beantragt Ihnen die Kommission, den Titel des Beschlusses zu ändern, und zwar «Bundesbeschluss über Geld- und Kreditpolitik». Der Titel sagt auch nicht «Bundesbeschluss über die Geld- und Kreditpolitik», weil es sich nicht um Gesamtmassnahmen handelt.

Die Kommission beantragt Ihnen ferner, das Wort «Aenderung», das der Bundesrat vorschlägt, zu streichen.

*Angenommen – Adopté*

#### Ingress

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

#### Préambule

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

#### Ziff. I, Ingress

*Antrag der Kommission*

Streichen

#### Chiff. I, préambule

*Proposition de la commission*

Biffer

**Leu, Berichterstatter:** Auch diese Ziffer I des Antrages des Bundesrates ist zu streichen, weil die Geltungsdauer in Artikel 13 Absatz 3 geregelt wird.

*Angenommen – Adopté*

#### Art. 1 Abs. 1

*Antrag der Kommission*

Der Bundesrat kann zur Förderung einer ausgeglichenen konjunkturellen Entwicklung auf dem Gebiet des Geld- und Kreditwesens die nachfolgenden Massnahmen anordnen. Dabei ist auf die unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklung der einzelnen Gebiete des Landes Rücksicht zu nehmen. Der Bundesrat trifft seine Vorkehren in Verbindung mit der Schweizerischen Nationalbank.

#### Art. 1 al. 1

*Proposition de la commission*

En vue d'assurer une évolution harmonieuse de la conjoncture, le Conseil fédéral peut prendre les mesures ci-après dans les domaines de la monnaie et du crédit. Ce faisant, il tiendra compte des disparités dans l'évolution économique des diverses régions du pays. Le Conseil fédéral prend ces mesures de concert avec la Banque nationale suisse.

**Leu, Berichterstatter:** Satz 1: Wir beantragen Zustimmung zum Bundesrat. Der Beschluss soll eine ausgleichende konjunkturelle Entwicklung auf dem Gebiete des Geld-, Kredit- und Zinswesens fördern.

Satz 2: Die Kommission vertritt die bestimmte Auffassung, dass bei der Handhabung des Beschlusses auf die verschiedenliche wirtschaftliche Entwicklung der einzelnen Gebiete des Landes Rücksicht zu nehmen ist. Dieser Antrag der Kommission ist wörtlich dem verworfenen Konjunkturartikel entnommen.

Satz 3: Wir schlagen Ihnen vor, dem Bundesrat zuzustimmen, mit der Ausnahme, dass das Wort «Er» durch «Der Bundesrat» ersetzt wird.

*Angenommen – Adopté*

#### Art. 2

*Antrag der Kommission*

#### Abs. 4

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Anträge Bourgnécht*

#### Abs. 2

Die Mindestguthaben bemessen sich nach dem Bestand und dem Zuwachs folgender Passivposten der Bilanz, wobei folgende Prozentsätze nicht überschritten werden dürfen:

...

Spareinlagen, Depositen- und Einlagehefte sowie Kassenobligationen mit einer Laufzeit von weniger als fünf Jahren: 1 Prozent des Bestandes und 2½ Prozent des Zuwachses.

#### Abs. 4

Die Nationalbank setzt die Prozentsätze der Mindestguthaben, den Stichtag, von dem an der Zuwachs berechnet wird sowie die Abrechnungsperiode fest. Der Stichtag darf im Zeitpunkt der Einführung der Mindestguthabenpflicht nicht mehr als ein halbes Jahr zurückliegen.

#### Art. 2

*Proposition de la commission*

#### Al. 4

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Propositions Bourgnécht**Al. 2*

Les avoirs minimaux sont calculés sur l'état et sur l'accroissement des postes suivants du passif du bilan; ils ne peuvent pas dépasser les taux ci-après:

...

- dépôts en caisse d'épargne et livrets de dépôts, obligations et bons de caisse émis pour une durée de moins de cinq ans: 1 pour cent de l'état et 2 1/2 pour cent de l'accroissement.

*Al. 4*

La Banque nationale fixe les taux des avoirs minimaux, la date de référence à partir de laquelle l'accroissement est calculé ainsi que la périodicité des décomptes. La date de référence ne peut être antérieure de plus de six mois à l'introduction effective des avoirs minimaux.

**Leu, Berichterstatter:** Bei den Absätzen 1, 2 und 3 beantragen wir Zustimmung zur Regelung des bestehenden Beschlusses.

Bei Absatz 4 beantragen wir Zustimmung zum Antrag des Bundesrates. Diese Bestimmung ist flexibler als jene des bestehenden Beschlusses. Sie entspricht grundsätzlich auch dem Antrag der Kantonalbankenvereinigung.

**Präsident:** Hier liegt ein Antrag von Herrn Bourgnécht vor zu Artikel 2 Absätze 2 und 4.

**M. Bourgnécht:** De nombreuses voix se sont élevées en faveur de l'épargne qui est, rappelons-le, un des éléments au niveau du 3e pilier de notre système de prévoyance sociale. C'est dire que l'on doit, chaque fois que l'on peut, la protéger dans sa forme traditionnelle des dépôts d'épargne et des obligations de caisse. Nombre de banques, spécialement hypothécaires, financent leurs prêts à long terme au moyen de l'épargne. Gardons-nous, dès lors, de la frapper trop durement par un taux excessif prélevé sur les avoirs minimaux.

Il est vrai que le Conseil fédéral et la Banque nationale n'ont pas fait usage de la possibilité qui leur était offerte d'exiger le dépôt d'avoirs minimaux sur l'état des postes passifs du bilan des banques, limitant l'intervention au dépassement et, dès le 31 octobre 1973, allégeant quelque peu le taux en faveur de l'épargne. Il n'en demeure pas moins que les deux ordres de mesures sont maintenus dans le projet et que leur application pourrait, selon les circonstances, être excessivement dure. A mon avis, c'est une question d'appréciation fondée sur l'expérience; des avoirs minimaux aux taux de 2 pour cent sur l'état et de 5 pour cent sur l'accroissement pour les dépôts en caisses d'épargne, les livrets de dépôt, les obligations et les bons de caisse sont trop lourds. Peu importe qu'on ne les applique pas, ils sont en soi applicables. Je vous propose dès lors de les arrêter à 1 pour cent, respectivement à 2 et demi pour cent. Comme il existera toujours une certaine proportion entre les divers avoirs minimaux, cela empêchera, si des taux maxima devaient être décidés, qu'ils soient vraiment trop élevés pour les dépôts en caisse d'épargne, les livrets de dépôt ainsi que les obligations et bons de caisse.

Tel est le sens de la proposition que je vous fais à l'alinéa 2. Celle que je vous soumetts à l'alinéa 4, tout à fait indépendamment du sort qui sera réservé à l'alinéa 2, touche la date de référence. Le Conseil fédéral propose le texte suivant, et la commission suit le gouvernement sur ce point: «La date de référence ne peut être antérieure de plus d'un an à l'introduction effective des avoirs minimaux.» Je vous propose de ramener cette durée à six mois pour la raison suivante: le Conseil fédéral et la Banque nationale ont maintenant le pouvoir durable depuis 1972, d'intervenir dans le domaine du crédit; si ces autorités ne font pas usage de cette faculté, cela signifie que les ban-

ques disposent d'une totale liberté dans leur développement.

Une intervention brusque de la part du Conseil fédéral ou de la Banque nationale aurait pour effet de pénaliser celles des banques qui se seraient développées dans un délai d'une année avant l'introduction effective des avoirs nouveaux. Je trouve que ce délai est nettement trop long et peut avoir dans son application des conséquences extraordinairement dures. Avec l'instrumentarium qui est donné à la Banque nationale, qui peut ainsi intervenir à peu près n'importe quand, il semblerait plus raisonnable de fixer la date de référence à six mois.

**Heilmann:** Der Antrag von Kollega Bourgnécht ist als Kompromiss zu verstehen. Bereits der geltende Text sieht 5 und 2 Prozent vor, und nun möchte Kollega Bourgnécht diesen Satz halbieren. Konsequenterweise müsste man sagen: Der ganze Satz ist zu streichen; denn wenn wir auf Spareinlagen und Depositenhefte die Mindestguthaben aufrechterhalten – sie werden nicht verzinst –, so haben wir doch im Effekt nichts anderes als eine Belastung der Banken, die ihnen verunmöglicht, einen entsprechenden Sparheftzins zu bezahlen. Es ist sogar denkbar, dass mit diesem Instrument der Hypothekarzins weniger rasch nach unten korrigiert werden kann.

Aus diesen Ueberlegungen möchte ich einen Schritt weitergehen und Ihnen beantragen, den ganzen Absatz «Spareinlagen, Depositen- und Einlagehefte sowie Kassenobligationen ...» zu streichen.

**Leu, Berichterstatter:** Die Kommission hat sich über diese Frage nicht ausgesprochen.

Ich möchte aber immerhin darauf hinweisen, dass sowohl die Eingabe der Kantonalbanken als auch die Eingabe der Bankenvereinigung sich über diese Frage nicht aussprechen. Im Gegenteil beantragen sie, am bestehenden Beschluss ohne die Kreditbegrenzung sei im ganzen festzuhalten. Wir stimmen also, wenn wir dem geltenden Beschluss zustimmen, durchaus mit der Auffassung der Kantonalbanken und der übrigen Banken überein. Ich möchte auch darauf hinweisen, dass diese Bestimmung sich bewährt hat; es wurden nie Reklamationen erhoben. Es ist deshalb nicht einzusehen, dass das, was sich bewährt, zu streichen sei. Zum dritten möchte ich darauf hinweisen, dass die Zinssätze für die Bankkreditoren auf Sicht und auf Zeit mit 12 Prozent, Kreditoren auf Sicht auch mit 12 Prozent, Kreditoren auf Zeit mit 9 Prozent und für Spareinlagen und Depositen- und Einlagehefte 2 Prozent festgelegt sind; dass dieses Zinssystem also in einem Innern Zusammenhang steht. Es scheint mir darum nicht richtig zu sein, dass man dann etwas, was im Zusammenhang steht, auseinanderreisst.

Ich hätte deshalb die Auffassung, dass sowohl der Antrag von Herrn Heimann auf Streichung dieser Bestimmung wie der Antrag von Herrn Bourgnécht abgelehnt werden sollten.

**Krauchthaler:** Da ich schon im Dezember 1972 in ähnlichem Sinne votiert habe, hege ich natürlich eine gewisse Sympathie für den Antrag des Kollegen Bourgnécht. In der Kommission kam man aber zum Schluss, es sollte am geltenden Beschluss für die kurze Zeit seiner Verlängerung möglichst wenig geändert werden; deshalb unterstütze ich heute den Antrag der Kommission.

**M. Chevallaz, conseiller fédéral:** Je voudrais m'opposer à la proposition de M. Bourgnécht comme à celle de M. Heimann.

La proposition de M. Bourgnécht est fort sympathique en ce sens qu'on semble courir à la défense du petit épargnant ou des établissements de crédit régionaux et des banques cantonales, mais nous devons constater dans la statistique bancaire que des établissements fort importants et centralisés pratiquent également de plus en plus largement cette épargne et que peut-être on leur fournirait

même une occasion d'échappatoire. Toutefois, on vient de me dire cela il y a une minute et je ne peux pas vous donner définitivement des réfutations de la haute compétence bancaire. Mais je tiens à constater, comme le rapporteur le soulignait tout à l'heure, que ces éléments ont été soigneusement dosés, étudiés et équilibrés, qu'ils ont l'assentiment de la Banque nationale, des banques cantonales, de l'Association des banquiers, cela n'a pas fait l'objet de discussions ni de contestations de leur part. Dès lors, il ne faut pas je crois être plus royaliste que le roi, il faut nous en tenir à ces dispositions précises, dosées par des personnes compétentes, et je vous propose de vous en tenir au texte du Conseil fédéral.

**Präsident:** Wir stehen vor folgender Situation: Es liegen drei Anträge vor, nämlich der Antrag der Kommission, der Antrag Bourgknecht und der Streichungsantrag Heimann. In einer Eventualabstimmung stellen wir den Antrag Bourgknecht dem Antrag der Kommission gegenüber, das Resultat dann dem Streichungsantrag Heimann.

Sind Sie damit einverstanden?

**Heimann:** Wenn ich richtig verstanden habe, wollen Sie den Antrag Bourgknecht dem Antrag der Kommission gegenüberstellen. Nach meiner Meinung braucht es zuerst eine Bereinigung der Anträge Bourgknecht/Heimann, denn das ergibt eine klare Entscheidung des Rates.

**Präsident:** Man kann die Abstimmung natürlich auch so durchführen.

*Abstimmung – Vote*

*Abs. 2 – Al. 2*

*Eventuell – Eventuellement:*

Für den Antrag Heimann	1 Stimme
Für den Antrag Bourgknecht	21 Stimmen

*Definitiv – Définitivement:*

Für den Antrag Bourgknecht	12 Stimmen
Dagegen	23 Stimmen
...	

**Leu, Berichterstatter:** Zu Absatz 4: Die Kommission beantragt Ihnen, dem Bundesrat zuzustimmen. Diese Bestimmung ist flexibler als jene des geltenden Beschlusses. Sie entspricht grundsätzlich auch dem Antrag, wie er von den Kantonalbanken unterbreitet wurde.

**M. Bourgknecht:** J'ai déjà motivé mon point de vue tout à l'heure.

*Abstimmung – Vote*

Für den Antrag Bourgknecht	7 Stimmen
Für den Antrag der Kommission	26 Stimmen

**Art. 3**

*Abs. 1*

*Antrag der Kommission*

*Mehrheit*

Genügen andere Massnahmen nicht und kommt ein Abkommen mit den Banken nicht zustande, so kann der Bundesrat anordnen, dass die Banken und die den Banken nach dem Bundesgesetz vom 8. November 1934 über die Banken und Sparkassen gleichgestellten Unternehmen, die dem Bankengesetz nicht unterstellten Kleinkreditinstitute sowie ferner die bankähnlichen Finanzgesellschaften, die sich nicht öffentlich zur Annahme fremder Gelder empfehlen, den Stand ihrer inländischen Kredite nur im Rahmen einer bestimmten Zuwachsrate erhöhen dürfen.

*Minderheit*

(Wenk, Krauchthaler)

Genügen andere Massnahmen nicht, so kann der Bundesrat anordnen, dass die Banken und die den Banken nach dem Bundesgesetz vom 8. November 1934 über die Banken und Sparkassen gleichgestellten Unternehmen, die dem Bankengesetz nicht unterstellten Kleinkreditinstitute sowie ferner die bankähnlichen Finanzgesellschaften, die sich nicht öffentlich zur Annahme fremder Gelder empfehlen, den Stand ihrer inländischen Kredite nur im Rahmen einer bestimmten Zuwachsrate erhöhen dürfen.

*Eventualantrag Muheim*

(Für den Fall der Annahme des Antrages der Minderheit Wenk/Krauchthaler zu Art. 3 Abs. 1)

*Abs. 10 (neu)*

Das Direktorium der Schweizerischen Nationalbank holt vor seinem Entscheid nach Absatz 3 die Vernehmlassung einer ständigen, von der Schweizerischen Bankiervereinigung bestellten Kommission von neun Mitgliedern ein, in der die verschiedenen Bankengruppen nach Massgabe ihrer Bilanzsumme vertreten sind. Hierauf unterbreitet es die Angelegenheit mit der Vernehmlassung der Kommission dem Bankausschuss zur Begutachtung.

Für einen vom Gutachten des Bankausschusses abweichenden Entscheid des Direktoriums ist die einstimmige Beschlussfassung erforderlich (vgl. Antrag Bundesrat zu einem Instrumentarium der SNB vom 24. 6. 1968).

**Art. 3**

*Al. 1*

*Proposition de la commission*

*Majorité*

Si d'autres mesures ne suffisent pas et qu'aucun accord n'intervient avec les banques, le Conseil fédéral peut astreindre les banques, les établissements que la loi fédérale du 8 novembre 1934 sur les banques et les caisses d'épargne assimile à des banques, les établissements de petit crédit qui ne sont pas soumis à la loi sur les banques, ainsi que les sociétés financières à caractère bancaire qui ne font pas appel au public pour obtenir des dépôts de fonds étrangers, à n'augmenter leurs crédits en Suisse que dans les limites d'un quota d'accroissement déterminé.

*Minorité*

(Wenk, Krauchthaler)

Si d'autres mesures ne suffisent pas, le Conseil fédéral peut astreindre les banques, les établissements que la loi fédérale du 8 novembre 1934 sur les banques et les caisses d'épargne assimile à des banques, les établissements de petit crédit qui ne sont pas soumis à la loi sur les banques, ainsi que les sociétés financières à caractère bancaire qui ne font pas appel au public pour obtenir des dépôts de fonds étrangers, à n'augmenter leurs crédits en Suisse que dans les limites d'un quota d'accroissement déterminé.

*Proposition éventuelle Muheim*

(En cas d'approbation de la proposition de minorité Wenk/Krauchthaler conc. l'art. 3, 1er al.)

*Al. 10 (nouveau)*

Avant de prendre une décision selon alinéa 3, la direction générale de la Banque nationale suisse consulte une délégation permanente de neuf membres, constituée par l'Association suisse des banquiers, et dans laquelle les divers groupes de banques sont représentés selon leur part dans le total des bilans bancaires. Elle requiert ensuite l'avis du comité de banque en lui faisant connaître celui de la délégation.

Une décision de la direction générale qui s'écarte de l'avis du comité de banque doit être prise à l'unanimité (cf. la

proposition du Conseil fédéral du 24 juin 1968 conc. les moyens d'action de la Banque nationale).

**Leu, Berichterstatter:** Namens der Kommission habe ich Ihnen im Eintretensreferat eingehend begründet, warum die Kommission die Kreditbegrenzung befürwortet. Alle drei Instrumente der Notenbank – Mindestguthaben, Kreditbegrenzung und Emissionskontrolle – stehen in einem engeren Zusammenhang, um ein ausgewogenes geldmengen-, wechsellkurs- und zinspolitisches Ziel zu erreichen; Ziele, die im Interesse der Gesamtwirtschaft und unserer Finanzpolitik stehen.

Wir haben deshalb auch die Geltungsdauer dieses Beschlusses so kurz gefasst, dass alle Fragen abgeklärt und im ordentlichen Verfahren geregelt werden können. Wir sollten heute der Notenbank nicht ein Instrument wegnehmen, das gegebenenfalls innert kurzer Zeit von Bedeutung sein kann. Die Kommission beantragt Ihnen grundsätzlich, Artikel 3 zuzustimmen.

Herr Präsident, ich weiss nicht, ob Sie wünschen, dass ich nun auch gleich zu den Absätzen 3, 4 und 7 spreche?

**Präsident:** Ich möchte Ihnen vorschlagen, Artikel 3 absatzweise zu bereinigen und den ganzen Artikel dann dem Streichungsantrag Broger gegenüberzustellen, denn der Antrag des Herrn Broger richtet sich ja gegen den ganzen Artikel 3.

**Leu, Berichterstatter der Mehrheit:** Zu Artikel 3 Absatz 1 habe ich folgendes zu bemerken: Die Kommission schlägt Ihnen vor, zu sagen:

«Genügen andere Massnahmen nicht und kommt ein Abkommen mit den Banken nicht zustande, so kann der Bundesrat anordnen, dass die Banken...»

Bevor also die Kreditbegrenzung angewendet werden darf, sollen alle anderen Massnahmen ergriffen werden, oder es soll versucht werden, mit den Banken ein Abkommen zu schliessen.

Dieser Vorschlag will betonen, dass das Instrument der Kreditbegrenzung, besonders auch in der Zeit der Rezession, nur mit grösster Zurückhaltung angewendet werden darf, wie ich Ihnen das auch beim Eintreten darlegte. Nur wenn alle möglichen Massnahmen nicht mehr hinreichen, dann soll die Nationalbank von dieser Kreditbegrenzung Gebrauch machen. Gegenüber dem Minderheitsantrag, über den ich auch gerade spreche, vertritt die Kommission die Auffassung, dass im allgemeinen die Abkommen unter den Banken sich bewährt haben. Die Kommission meint, es sei nicht nötig, etwas verwaltungsrechtlich zu regeln, was auf freiwilliger Basis in Ordnung gebracht werden kann.

Die Kommission beantragt Ihnen, den schriftlich vorgelegten Minderheitsantrag abzulehnen. Ich habe in einem Zuge gerade darüber gesprochen; Herr Kollega Wenk wird den Minderheitsantrag begründen.

**Wenk, Berichterstatter der Minderheit:** Die wesentliche Begründung dafür, dass die Minderheit der Kommission die Bankabkommen nicht extra in einen Bundesbeschluss aufnehmen will, hat eigentlich Herr Bundesrat Chevallaz schon gegeben. Wenn Sie der Minderheit folgen, heisst das in keiner Weise, dass Abkommen mit den Banken ausgeschlossen seien. Aber wenn Sie umgekehrt den Bundesrat dazu verpflichten, bevor er Massnahmen ergreift, mit den Banken ein Abkommen zustande zu bringen, so schaffen Sie sogar die Möglichkeit für eine kleine Gruppe von Banken, diese Verhandlungen hinauszuzögern. Zeit kann in diesem Fall sehr bedeutend sein. Die Statistik des Kreditwachstums in den vergangenen Jahren hat sehr deutlich gemacht, dass in gewissen Phasen der wirtschaftlichen Entwicklung diese Zunahme sehr rasch gegangen ist, und es wäre für die Banken unter Umständen verlockend, durch trölerisches Verhalten in den Verhandlungen über ein Abkommen Zeit zu gewinnen und weitere Kredite

zu gewähren, die im Gesamtinteresse nicht gewährt werden sollten. Darum unser Antrag.

**Muhelm:** Die Minderheit Wenk/Krauchthaler nimmt Stellung gegen einen Vorschlag der Mehrheit der Kommission, der sich auf die Frage der sogenannten Gentlemen's Agreements bezieht.

Diese Frage wird schon in der Botschaft des Bundesrates behandelt. Es wird dort dargetan, dass ein solches Abkommen nicht in die rechtliche Landschaft eines staatlichen Erlasses gehört. Ihre Kommission hat selbstverständlich diese Argumente eingehend erwogen. Es ist die Mehrheitsauffassung jedoch im Gesamtzusammenhang zu sehen. Der Kreditbeschluss (Art. 3) ist von vorneherein unter dem Gesichtspunkt des Artikels 89bis BV fragwürdig (Dringlichkeit). Vielleicht ergibt sich noch Gelegenheit, hierüber weitere Ausführungen zu machen. Wenn sich aber die Kommission schon dazu bekannte, dass man gegen alle staatsrechtlichen Bedenken bereits heute die Kreditbegrenzung einführt, dann kam die Kommissionsmehrheit zur Ueberzeugung, dass es dann gerechtfertigt sei, solche Gentlemen's Agreements als Voraussetzung zum Erlass der Restriktionen im Text selbst vorzusehen. Darunter verstehen wir bekannterweise Abkommen zwischen den Banken einerseits und der Nationalbank andererseits. Diese Regelung muss noch unter ein paar Gesichtspunkten geprüft und hier erörtert werden.

Zunächst rein rechtlich: Es ist ja nicht der erste und einzige Fall, in dem ein bundesrechtlicher Erlass privatrechtliche Abmachungen in seinen Bereich mit einbezieht. Ich denke u. a. an die Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen, wo der Staat auch privatrechtliche Abmachungen auf die Stufe rechtlicher Erlasse hebt. Es ist für das Verständnis wichtig, dass in anderen Bereichen zwischen den Banken und der Nationalbank heute schon Gentlemen's Agreements bestehen. Ich denke an die Meldepflichten beim Devisenhandel und an das neueste Abkommen über die Exportfinanzierung. Es sind also wichtige Bereiche jetzt aktueller bankmässiger Tätigkeiten, die auf dem Wege der Gentlemen's Agreements befriedigend gelöst sind. Der Vertreter der Nationalbank hat das durchaus zugegeben. Es kommt dazu, dass schon zweimal je über ungefähr drei Jahre hinweg Agreements funktionierten. Sie waren damals, wie Herr Bundesrat Chevallaz soeben sagte, überhaupt die einzigen Instrumente. Heute, wo wir staatliche Instrumente schaffen, so meine ich, sollte man doch die anderen, die freiheitlichen, nicht gleich verwerfen.

Es kommt dann aber doch etwas Entscheidendes dazu gegenüber früheren Verhältnissen. Man hat uns zwar direkt oder indirekt vorgeworfen, wir würden den unseligen Geist von Lenzerheide wieder zurückrufen und jene Situation wiederholen, wo das Parlament Eintreten auf ein SNB-Instrumentarium verneinte mit dem Hinweis, man soll an dessen Stelle private Bankabkommen treffen. Heute wollen wir beides. Wenn sie zustandekommen, gelten diese. Wenn sie nicht zustandekommen oder sich zeitlich nicht in der genügenden Raschheit bewerkstelligen lassen, dann wird eben die einseitige Verfügung der Nationalbank erlassen. In Lenzerheide ging es um ein Entweder-Oder. Heute geht es um ein Sowohl-Als-auch. Denken Sie daran, dass die Nationalbank bei derartigen Präliminarverhandlungen keineswegs an die Wand gedrückt ist, wie das in der Vergangenheit hätte der Fall sein können; denn die Nationalbank kann die Allgemeininteressen voll wahrnehmen, indem sie erklärt: «Wenn Sie sich nicht bereit erklären, dann werde ich die Verhandlungen als gescheitert betrachten und die Verfügung nach Massgabe des Artikels 3 erlassen.» Ich meine, die Ausgangslage, wie wir sie heute rechtlich bewältigen wollen, ist noch in einer anderen Beziehung anders. Diesmal stellen wir rechtliche Instrumente bereit, die heute und auch morgen gar nicht zur Anwendung gelangen. Es ist also von den zuständigen Instanzen jeweils rechtzeitig erkennbar, wenn sich eine Massnahme aufdrängt, wenn z. B. die Kreditexpansion zunimmt, so dass

man an Kreditbegrenzungen denken muss. In dieser Phase besteht auch durchaus Zeit, sich mit den Banken zu finden, oder eben, wenn man sich nicht findet, dann auf die vorliegende Rechtsgrundlage zurückzugreifen.

Ein letzter Einwand: Die Banken sind gar nicht bereit, das zu tun. Ich las das heute in einer Morgenzeitung. Die Banken glauben nicht daran, dass sie sich dann zu einem Gentlemen's Agreement bekennen könnten. Das ist auch schon gesagt worden. Im nachhinein haben sie dann doch ein solches Abkommen geschlossen. Es kommt hinzu: Heute und auch morgen bedarf es gar keiner derartigen Abkommen; denn unsere Wirtschaftslage ist ganz anders. Es ist so, dass wir mit diesem Zusatz die Zähne der Nationalbank nicht ausreissen, sondern dass wir die Banken an den Tisch verpflichten, also zu einer Kooperation, die – es sei aus dem Protokoll der Kommission zitiert – auch von der Nationalbank als durchaus richtig anerkannt werde. Ich bitte Sie um Zustimmung zur Kommissionsmehrheit.

**Krauchthaler:** Wenn ich für den Minderheitsantrag stimme, ging ich von der Annahme aus, dass unter den anderen Massnahmen eine Vereinbarung zwischen der Nationalbank und den Banken absolut Platz hat, die Möglichkeit also offen bleibt.

Mit der Formulierung der Mehrheit glaube ich aber, schränken wir die Handlungsfreiheit ein und beeinträchtigen vor allem ein eventuell notwendiges rasches Handeln von Bundesrat und Nationalbank. Wir würden meiner Auffassung nach mit der Formulierung des Minderheitsantrages den Banken nichts, auch gar nichts, wegnehmen; es wäre dies auch nicht meine Meinung. Wenn also die Möglichkeit besteht, rasch mit den Banken zu einer Vereinbarung zu kommen, dann steht der Verwirklichung auch nach dem Minderheitsantrag nichts im Wege. Schwierigkeiten sehe ich mit der Mehrheitsformulierung auch noch darin: Wann ist das Abkommen zustande gekommen, wann hat es seine Wirkung bewiesen? Ich würde hier gewisse Abgrenzungsschwierigkeiten sehen.

Ich möchte also zusammenfassend gesagt, den Banken nichts wegnehmen, ich bin nicht gegen diese Möglichkeit, möchte sie aber nicht im Entwurf verankert haben und damit zwingend die Handlungsfähigkeit von Bundesrat und Nationalbank beeinträchtigen. Das ist mein Anliegen. Ich glaube, materiell sind wir uns praktisch einig. Es geht eher darum, die Freiheit spielen zu lassen und nicht bereits im Entwurf gewisse Akzente festzulegen.

**M. Chevallaz,** conseiller fédéral: Je vous ai lu tout à l'heure les lignes émanant du président de la Banque nationale exprimant le scepticisme de celle-ci et des banquiers eux-mêmes à l'égard de ce gentlemen's agreement. Malgré cela, je maintiens la proposition que j'ai exprimée devant la commission à savoir que je ne combats pas le texte de la majorité de la commission. J'estime en effet que, si les circonstances permettent un accord, cela vaut mieux qu'une loi ou un décret impératifs, à la condition bien entendu – et là je rejoins M. Krauchthaler – que cela n'entraîne pas un retard sensible de la décision. Il peut y avoir des nécessités d'intervenir d'extrême urgence. Je pense que les banquiers disposent d'organismes qui peuvent être convoqués très rapidement – en d'autres domaines, ils savent en tout cas les convoquer – et que la Banque nationale ne sera pas du tout retardée dans sa prise de décision par le fait soit qu'elle aurait auparavant consulté les banquiers ou pu constater qu'un accord était possible ou impossible. Dans cet esprit, je ne combattrai pas la proposition de la majorité de la commission.

**Leu,** Berichterstatter der Mehrheit: Ich möchte Herrn Krauchthaler nur dahin beruhigen, dass solche Abkommen unter den Banken sehr rasch abgeschlossen werden können. Das haben die Banken bei den Devisengeschäften bewiesen. Da die Banken eng miteinander verbunden sind, kann das sogar innert ein paar Stunden geschehen, wenn

es ganz dringend ist. Ich glaube, wenn dann innert kurzer Zeit in dringenden Fällen ein Abkommen nicht getroffen werden kann, werden die Massnahmen Platz greifen.

*Abstimmung — Vote*

*Abs. 1 – Al. 1*

Für den Antrag der Minderheit	7 Stimmen
Für den Antrag der Mehrheit	22 Stimmen

*Der Streichungsantrag Broger bleibt vorbehalten*

*La proposition Broger de biffer l'article 3 est réservée*

**Präsident:** Damit entfällt der Eventualantrag von Herrn Muheim.

**Art. 3 Abs. 3, 4 und 7**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Antrag Broger*

Streichung von Artikel 3

**Art. 3 al. 3, 4 et 7**

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Proposition Broger*

Biffer l'article 3

**Leu,** Berichterstatter: Zustimmung zum Bundesrat. In der Kommission haben wir uns noch darüber ausgesprochen, ob die Frist nicht verkürzt werden könnte. Es wurde aber dargelegt, dass bei allzu kurzer Frist die nötigen Informationen von den Banken nicht eingezogen werden können.

Herr Kollega Luder hat mich vorhin noch auf eine sprachliche Unschönheit aufmerksam gemacht. Es heisst da: «Die Zuwachsrate wird vom Bundesrat um einen Prozentsatz...». Das tönt etwas schwerfällig. Man könnte vielleicht schreiben «auf einen Prozentsatz» oder «zu einem Prozentsatz». Ich denke, wir überlassen das der Redaktionskommission, damit sie auch etwas zu tun hat.

Zu Absatz 7: Zustimmung zum Antrag des Bundesrates mit der Bemerkung, dass der Begriff «Kleinkredite» hier etwas klarer und kürzer gefasst ist als beim bestehenden Beschluss.

*Angenommen – Adopté*

*Streichungsantrag Broger vorbehalten*

*La proposition Broger est réservée*

**Broger:** Die Notwendigkeit der Verlängerung des Kreditbeschlusses, aber auch das Bedürfnis seiner Anpassung an veränderte Verhältnisse, sind unbestritten. Eine solche fällige Anpassung sehe ich in der Streichung jener Kreditbegrenzung, wie sie bisher in Artikel 3 vorgesehen war. Man darf heute wohl mit Grund hoffen, dass die Nationalbank jene Kompetenzen erhält, die es ihr gestatten werden, die Geldmengen besser und marktkonformer zu steuern. Die Bedenken verfassungspolitischer Art, die seinerzeit dem Notenbankinstrumentarium entgegengehalten wurden, haben in der Zwischenzeit wesentlich an Ueberzeugungskraft verloren. Meine Ueberlegungen gelten um so mehr, als durch den Uebergang zum Floating die Nationalbank nun mit marktkonformer Instrumenten, als es die Kreditbegrenzung ist, operieren kann, nämlich auch mit der Offenmarktpolitik und den Mindestguthaben. Als Präsident einer kleinen ländlichen Kantonalbank darf ich mir die Feststellung gestatten, dass sich die Kreditbegrenzung bisher eher zum Nachteil der schwächeren Regionen unseres Landes ausgewirkt hat. Mit der Zurückstufung der Kreditfähigkeit dieser Regionalbanken auf relativ bescheidene Zuwachsraten wurde gerade schwächeren Gebieten das Aufholen während der Hochkonjunktur wirkungsvoll verkompliziert. Es kann auch von keiner Geiss

weggeschleckt werden, dass die Kreditbegrenzung das noch so wünschenswerte Aufkommen junger, initiativer Unternehmer erschwert hat, die alten, etablierten «Hasen» aber begünstigt wurden. Es sind ja nicht alle Unternehmungen völlig auf Bankkredite angewiesen. Jene Wirtschaftsgruppen, die auch andere Geldquellen, auch ausländische, finden und mobilisieren können, bewirkten unter dem Regime der Kreditbegrenzung dann eine Diskriminierung all jener, die ausschliesslich mit Bankkrediten arbeiten mussten. Diese «jene» sind vor allem das Gewerbe, die mittelständige und kleinere Industrie, die Hotellerie und auch die Landwirtschaft.

Dass die Kreditbegrenzung zu sehr unerwünschten Wettbewerbsverzerrungen geführt hat, ist zu bekannt, als dass darauf noch näher eingegangen werden müsste. Ich darf mir nur noch den Hinweis gestatten, dass sie doch eine Erstarrung förderte, dass die Grossen gross blieben oder noch grösser wurden und die Kleinen klein blieben, und dass man langsam nachgerade eine ähnliche Situation bekommen könnte wie bei der Käsekontingentierung. Die Kreditbegrenzung wurde zu Recht in einer von der heutigen völlig verschiedenen konjunkturellen und monetären Situation eingeführt. Heute haben wir es nicht mehr mit Ueberhitzungserscheinungen zu tun. Von einem Nachfrageüberhang ist keine Rede mehr. Im Gegenteil, jetzt gilt es, gefährdete Arbeitsplätze zu erhalten und die Wirtschaft durch Kredite zu beleben. Zu all dem aber kommt: Heute kann die Nationalbank durch Operationen am offenen Markt und durch die Einführung von Mindestguthaben die umlaufenden Geldmengen steuern und im Griff behalten. Die Notwendigkeit, den Zuwachs der Kreditfähigkeit zu rationieren, besteht nicht mehr.

Ich möchte Ihnen deshalb beliebt machen, den Artikel 3 der Vorlage radikal zu streichen.

**Muheim:** Es wird Sache unseres Herrn Kommissionspräsidenten sein, auf die materiellen Darlegungen unseres Kollegen Broger zu antworten. Ich für meinen Teil habe noch eine staatsrechtliche Frage darzulegen, die in der Kommission zu einer vertieften Sicht des ganzen Problems führen musste. Sie wissen, dass dieser Beschluss als dringlicher in Frage steht und demzufolge Artikel 89bis unserer Bundesverfassung als Rechtsgrundlage angerufen ist. Nun gibt es in Ihrer Kommission eine Minderheit, die glaubt, dass wohl – in Uebereinstimmung mit der Mehrheit – die Mindestguthaben und die Emissionskontrolle zweifelsohne der Dringlichkeit im Sinne der Verfassung unterliegen. Grosse Zweifel herrschen mit Blick auf den Kreditartikel. Wir haben nämlich davon auszugehen, dass sich heute, im Zeitpunkt der Beschlussfassung, Kreditmassnahmen vom Markt her nicht aufdrängen. Die Nationalbank hat deutlich erklärt (ich zitiere Herrn Schürmann aus der Kommissionssitzung): «Wir sind der Meinung, dass die Kreditbegrenzung in Reserve gehalten werden muss. Im Moment muss sie nicht eingesetzt werden.»

Es stellt sich nun ernsthaft die Frage, ob von der Verfassung her ein Schaffen staatlicher Instrumente «auf Vorrat» zulässig sein kann: denn der Verfassungstext lautet doch (Art. 89bis): «Allgemein verbindliche Bundesbeschlüsse, deren Inkrafttreten keinen Aufschub erträgt, können ... in Kraft gesetzt werden.» Es darf sich also vom Text der Verfassung her nur um solche Fälle handeln, bei denen das Parlament dem Bundesrat, oder wer immer es sein mag, sofort Instrumente bereitstellen muss. Ich zitiere aus der Literatur Giacometti: «Der neue Notrechtsartikel der Bundesverfassung», «Schweizerische Juristenzeitung» 46, Jahrgang 1950: «Dabei ist selbstverständlich an den Begriff der zeitlichen Dringlichkeit der strengste Massstab anzulegen, soll nicht mit dem Notrecht Missbrauch getrieben werden, wie das bekanntlich schon öfters vorgekommen ist.»

Es geht darum, dass der Ständerat die Grenzziehung, was unter Dringlichkeit verstanden werden kann und was nicht, genau erkennt. Hier teilt sich die Kommission in zwei Gruppen: Eine Gruppe vertritt die Auffassung, dass Kredit-

massnahmen erst dann mit der Dringlichkeitsklausel durch das Parlament verabschiedet werden können, wenn die Notwendigkeit dieser Massnahmen bevorsteht. Das heisst keineswegs, dass die Massnahmen zu spät zu ergreifen seien. Es hängt davon ab, dass Bundesrat und Nationalbank diese Anträge dann sofort unterbreiten, wenn sie mit gemessenen Massnahmen im Kreditsektor die Lage zu beherrschen sich veranlasst sehen.

Unter diesen Gesichtspunkten hat sich dann auch die Frage des Referendums gestellt; wenn nämlich der Kreditartikel gestrichen würde, ergibt sich, dass dann die noch verbleibende Emissionskontrolle einerseits und Mindestguthaben andererseits verfassungsgemäss wären. Demzufolge würde dann – wiederum nach Artikel 89bis – das Referendum nur fakultativ sein. Es geht darum, hier im Protokoll diese Ueberlegungen festzuhalten.

In diesem Sinne war dann auch in Ihrer Kommission eine Abstimmung durchgeführt worden, mit dem Antrag auf Streichung, und zwar aus diesen verfassungsrechtlichen Erwägungen.

Ich für meinen Teil möchte abschliessend meine wirtschaftspolitische Meinung so zusammenfassen: In gegebenen wirtschaftlichen Umständen sind Kreditbeschlüsse notwendig. Die heutige Wirtschaftsstruktur erfordert derartige Massnahmen. Es dürfte wohl klar sein, dass, wer für den Konjunkturartikel und für die damaligen dringlichen Massnahmen so deutlich eingetreten ist, auch heute noch die Kreditrestriktionen als ein taugliches, notwendiges Instrument bejaht. Dies aber nur im Rahmen der gegebenen Verfassung.

**Leu, Berichterstatter:** Ich will nichts wiederholen, was ich im Eintretensvotum dargelegt habe, sondern Ihnen nur noch einmal zu bedenken geben, dass uns sowohl von seiten des Bundesrates wie von seiten der Notenbank eindrücklich dargelegt worden ist, dass die drei Instrumente: Kreditbegrenzung, Mindestguthaben und Emissionskontrolle in einem engsten Zusammenhang stehen, um die drei Ziele zu erreichen: Geldmengenpolitik, Wechselkurspolitik und die landesinterne Zinspolitik. Wenn eines dieser Instrumente herausgenommen wird, besteht die Möglichkeit, dass der heutige annehmbare Zustand – man darf ihn vielleicht sogar als zufriedenstellend bezeichnen – verschlechtert wird. Die finanzielle Lage in unserem Land war ja eben gut oder zufriedenstellend, weil die drei Instrumente gespielt haben.

Hinzu kommt ein eher praktisches Moment: Mindestguthaben erreichen ihren Zweck nicht, weil die Auslandguthaben unserer Banken heute über 25 Milliarden Franken ausmachen. Wenn also eine Bank zu Mindestreserven gezwungen wird, aber Kredite ausgeben könnte, lässt sie ihre Auslandguthaben herkommen und bewilligt die Kredite. Das ist den Grossbanken möglich, nicht aber den Kleinbanken oder den Kantonalbanken. Die Gefahr der Heimschaffung von Auslandguthaben untergräbt die Bedeutung des Instrumentes der Mindestguthaben.

Wir mussten auch vernehmen, das ganze System des Kredit-, Bank- und Devisenwesens könne sich in sehr kurzer Zeit ändern. Wir wissen z. B., dass die Kreditzusicherungen im zweiten Quartal dieses Jahres gegenüber dem zweiten Quartal des Vorjahres um 126 Prozent gestiegen sind. Das zeigt doch deutlich, wie rasch eine Situation sich ändern kann.

Ich habe Ihnen bereits im Namen der Kommission eingehend dargelegt, dass in der heutigen Rezession – auch Herr Kollege Muheim betonte das soeben – dieses Instrument nicht angewendet wird. Es darf nur spielen, wenn während dieser 2 1/2 Jahre rasch eine totale Aenderung eintreten sollte. Ob das der Fall sein wird, wissen wir nicht, die Möglichkeit dazu besteht aber. Es ist auch darauf zu verweisen, dass wir ja die Frist von 2 1/2 Jahren so kurz angesetzt haben, damit alle diese Fragen im Zusammenhang mit der Revision des neuen Notenbankgesetzes geregelt werden können.



Schliesslich darf noch daran erinnert werden, dass die Frage auch unter den Wissenschaftlern noch offen ist, ob es nicht besser wäre, statt der Kreditbegrenzung die Mindestguthaben auf den Aktiven der Banken zu erheben, weil das neutraler und wettbewerbsgemässer wäre. Ob das aber durchführbar sein wird, weiss man nicht. Deshalb sollte man nun der Notenbank nicht ein Instrument wegnehmen, das während der vorgesehenen 2 $\frac{1}{2}$  Jahre seine Bedeutung haben kann.

Verfassungsrechtlich gebe ich Herrn Kollege Muheim recht, dass vielleicht im Zeitraum eines halben oder auch eines ganzen Jahres diese Dringlichkeit für die Kreditbegrenzung, wie sie Artikel 89bis verlangt, nicht gegeben wäre. Die Dringlichkeit bezieht sich aber nicht nur auf die Kreditbegrenzung, sondern auf den ganzen Beschluss.

Die Kommissionsmehrheit war der Auffassung, es sollte an diesem System festgehalten werden, eben um alle diese Fragen zu überdenken und dann im neuen Notenbankgesetz zu regeln.

**Munz:** Ich unterstütze den Streichungsantrag des Herrn Broger; zunächst aus den staatsrechtlichen Ueberlegungen, wie sie auch von Herrn Muheim dargelegt worden sind. Man kann die Dinge heute drehen und wenden wie man will: Mit Bezug auf die Kreditbegrenzung fehlt das Requisit der Dringlichkeit, das die Anwendung von Artikel 89bis in diesem konkreten Fall erlauben würde. Ich warne davor, diese Geschichte mit der Dringlichkeit zu strapazieren. Wir schaffen ein Präjudiz, auf das man sich noch nach 50 Jahren berufen wird. Dann kann man alles auf Vorrat dringlich erklären. Das ist eine sehr gefährliche Entwicklung, die wir hier einleiten.

Ich bin aber auch aus wirtschaftspolitischen Ueberlegungen der Meinung, dass die Kreditbegrenzung im heutigen Währungssystem und unter den heutigen internationalen Währungsverhältnissen nicht nötig ist. In der Botschaft wird auf Seite 6 eingeräumt, dass wir heute eine grundsätzlich andere Situation hätten als damals, als dieser Beschluss gefasst wurde. Damals standen wir unter dem Regime der festen Wechselkurse; unsere Nationalbank war verpflichtet, jeden beliebigen Betrag in ausländischer Valuta entgegenzunehmen und in Schweizerfranken zu konvertieren, d. h. die inländische Geldmenge zu vergrössern. Davon ist man jetzt grundsätzlich abgekommen.

Ich darf vielleicht auch noch auf eine Kontroverse hinweisen, die in der «NZZ» vom letzten Mittwoch ausgetragen worden ist zwischen Herrn Direktor Dr. Ehrsam von der Nationalbank und Herrn Generaldirektor Dr. Wuffli von der Schweizerischen Kreditanstalt. Ich habe kein Engagement bei Herrn Dr. Wuffli, muss aber schlicht und einfach feststellen: Die Argumentation des Bankiers Dr. Wuffli überzeugt in diesem Fall besser als diejenige des Herrn Direktors der Schweizerischen Nationalbank. Ich will daraus nichts rezitieren, Sie können das selber nachlesen; dann werden Sie mir vielleicht zum Teil recht geben.

Die Kreditbegrenzung will von der Nationalbank auch im verlängerten Kreditbeschluss beibehalten werden, mit der Argumentation, sie – die Nationalbank – könne aus wettbewerbs- oder stabilitätspolitischen Gründen selbst unter dem heutigen Regime des Floatings gezwungen sein, am Devisenmarkt vorübergehend zu intervenieren und damit die Liquidität im inländischen Geldkreislauf, unter Umständen entgegen den konjunkturpolitischen Zielsetzungen, zu erhöhen. In diesem Sinne hat sich gerade Herr Dr. Ehrsam im erwähnten Artikel vom 17. September geäussert. Es heisst dort unter anderem:

«Aber so frei und autonom ist die Notenbank nicht, wie es die Bankiervereinigung darstellt; denn sie muss bei einer starken Drosselung der monetären Basis auch die Auswirkungen auf den Wechselkurs des Schweizerfrankens und auf das Zinsniveau für den Schweizerfranken im Inland und Ausland in Betracht ziehen. Die Drosselung der monetären Basis führt unweigerlich zur Anhebung des Schweizerfrankenkurses und des Zinsniveaus.»

Diese Argumentation vermag nicht zu überzeugen. Würde nämlich die Nationalbank unter diesen nun einmal vorausgesetzten Bedingungen mit der Kreditbegrenzung operieren, d. h. das Kreditangebot künstlich einschränken, die hohe Liquidität bei den Banken dagegen – nicht nur bei den Banken, sondern allgemein – unverändert lassen, so hätte dies unweigerlich die Entstehung von grauen und schwarzen Kreditmärkten und damit beschleunigten Anstieg des Zinsniveaus, Verzerrung der Zinsstruktur und damit eher die Förderung als die Bekämpfung der Inflation zur Folge. Eine Ueberkonjunktur kann von der monetären Seite her nicht mit einer künstlichen Einschränkung des Kreditangebotes, sondern nur mit einer effektiven Verminderung des Kreditschöpfungspotentials der Banken, d. h. mit einem Abbau der Liquiditäten wirksam bekämpft werden. Hier liegt der Grund dafür, dass die Notenbanken der meisten Industrieländer auf die Kreditzuwachsbegrenzung verzichtet haben, auch in Staaten, wo der Interventionismus sonst bedeutend weiter gediehen ist als bei uns. Instrumente zur Verminderung der Liquidität des Bankensystems stehen der Nationalbank auch ohne die Kreditbegrenzung in ausreichendem Masse zur Verfügung. Zu nennen sind vorab die Mindestguthaben. Die Ermächtigung zur Einforderung von Mindestreserven auf Passivposten der Banken soll auch im verlängerten Kreditbeschluss enthalten sein und sie wird ja auch nicht bestritten; darüber haben wir schon beschlossen. Die Pflicht zur Haltung von Mindestguthaben bei der Notenbank beeinflusst in hohem Masse die Liquidität der Banken und damit die Möglichkeit der Buchgeldschöpfung. Es sei in diesem Zusammenhang daran erinnert, dass mit den Mindestguthaben auf inländischen Verbindlichkeiten der Banken beispielsweise Ende Juli 1973, also vor rund zwei Jahren, immerhin rund 2 Milliarden Franken sterilisiert waren; also keine nebensächliche Grössenordnung.

Wenn Herr Kollega Leu sagte, die Banken könnten mit ihren ausländischen Guthaben den inländischen Kreditmarkt finanzieren, dann stimmt irgend etwas nicht. Wenn das Geld repatriert wird, untersteht es den inländischen Vorschriften und dann müssen sofort die Mindestguthaben auch wieder geleistet werden. Abgesehen davon, wenn Banken mit ausländischen Valuten kommen, ist die Nationalbank auch nicht verpflichtet, diese Valuten in Schweizerfranken umzuwandeln. Das ist ja gerade der Sinn des Floatings.

Ein weiteres Mittel, davon war bis heute eigentlich sehr wenig die Rede, um überflüssige Liquidität abzuschöpfen, besteht in der Förderung des Kapitalexportes, und der damit verbundenen Konversionspflicht, durch welche die Banken gehalten sind, bei allen genehmigungspflichtigen Kapitalexportgeschäften den Schweizerfrankenbetrag unverzüglich in der Schweiz in Dollars zu konvertieren. Eine Abschöpfung der Liquidität kann die Nationalbank sodann auch über die Placierung von sogenannten Sterilisierungsreskriptionen erreichen. Ich habe gestern auf das neueste Bulletin der Nationalbank hingewiesen, oder auf den Vorabdruck, Sie finden in diesem Bulletin den Hinweis darauf, dass die Nationalbank, kürzlich durch Sterilisierungsreskriptionen immerhin mehr als 400 Millionen zeitweise stillgelegt, d. h. aus dem Geldkreislauf ferngehalten hat. Von dieser Möglichkeit machte die Nationalbank in der Tat Gebrauch, und sie kann noch in höherem Masse davon Gebrauch machen. Man kann letzten Endes auch noch auf die Verordnung des Bundesrates über die Stilllegung von Schweizerfrankenerlösen aus Interventionen am Devisenmarkt vom 22. Januar dieses Jahres hinweisen. Diese Verordnung stützt sich auf den Bundesbeschluss über den Schutz der Währung und sie bestimmt in ihrem Artikel 1: «Nimmt die Schweizerische Nationalbank aus währungspolitischen Gründen Interventionskäufe am Devisenmarkt vor, so kann sie dem Verkäufer» (also irgend einer Bank oder einer Firma) «den Gegenwert in Schweizerfranken auf ein unverzinsliches Sperrkonto gutschreiben.» Wenn also aus währungspolitischen Gründen Interventionskäufe getätigt werden, kann man diese Beträge, diesen Gegenwert, vor-

läufig auch nur gutschreiben, ohne dass diese Mittel in unseren nationalen Kreislauf geraten. Es heisst dann weiter in dieser Bestimmung: «Die Nationalbank regelt die Dauer der Sperre und die Verwendungsmöglichkeiten der Sperrguthaben.» Hier hat man also der Nationalbank sozusagen «plein pouvoir» gegeben, und damit hat man ihr auch ein wirksames Instrument in die Hand gegeben, um zu verhindern, dass aus allfällig notwendigen Interventionen am Devisenmarkt geschaffene Schweizerfranken in den Geldkreislauf gelangen, und dass damit eine unerwünschte Ausdehnung der Geldmenge verhindert wird.

Gestatten Sie mir abschliessend noch ein Wort zum ominösen Begriff der Geldmenge. Davon ist viel die Rede, und die wenigsten Leute geben sich darüber Rechenschaft. Ich möchte mit Bezug auf die Geldmenge darauf hinweisen, dass die Nationalbank kürzlich, vor zwei Monaten ungefähr, eine revidierte Geldmengenstatistik publiziert hat. Gegenüber der alten Statistik ergeben sich nun ganz wesentliche Unterschiede. So hat die Geldmenge im engeren Sinn, genannt M 1 in der Statistik der Nationalbank, nach der neuen Statistik berechnet, im zweiten Halbjahr 1971 nicht um 30 1/2 Prozent zugenommen, wie veröffentlicht, sondern im Vorjahresvergleich nur um 21,2 Prozent, also nur ungefähr um die Hälfte.

Im ersten Semester 1972 betrug die Zunahme nach der neuen Berechnung nicht mehr 32,3 Prozent, sondern nur noch 17,1 Prozent. Etwas ärger liegen die Dinge – darf man wohl sagen – bei der sogenannten Geldmenge im weiteren Sinn, der M 2. Hier erreichte der Zuwachs im zweiten Halbjahr 1971 nicht 26,6 Prozent, wie man früher angenommen hat, sondern nur 4,9 Prozent. Im ersten Halbjahr 1972 expandierte die Geldmenge im Jahresvergleich nicht um 22 Prozent, sondern lediglich um 3,3 Prozent. Diese Zahlen habe ich nicht aus den Fingern gesogen, sie stammen von der Nationalbank. Ich habe schon gestern meine Hochachtung vor der Nationalbank ausgedrückt, ich will sie heute nicht wiederholen. Offenbar kann man sich aber auch dort in gewissen Dingen irren, und zwar in einer Art und Weise, wie sie nicht ganz ohne Einfluss ist auf die gesamte Währungs-, Kredit- und Geldpolitik.

Ich bin deshalb der Meinung, man sollte hier nicht auf Vorrat auf dem Dringlichkeitswege Kompetenzen erteilen, die nicht notwendig sind.

**Heimann:** Ich möchte aus der Sicht der Wirtschaft den Streichungsantrag ebenfalls zur Annahme empfehlen. Die Kredite, ganz gleich welcher Art sie sind, tragen, wie das Kollege Broger ausgeführt hat, wesentliches zur Arbeitsplatzsicherung bei. Ich halte es für gefährlich, in der heutigen Rezessionsphase an einer Kreditbegrenzung festhalten zu wollen, auch wenn deren Einsatz noch unbekannt bleibt. Wenn die Kreditbegrenzung bleibt, werden wir bei der künftigen Abstimmung über diesen Bundesbeschluss feststellen müssen, dass es für die Gegner der Kreditbegrenzung ein Leichtes sein wird, diesen Bundesbeschluss zu Fall zu bringen. Dann verlieren wir aber auch die Emissionskontrolle, für die wir ja alle einstehen. Es ist also schon aus abstimmungspolitischen Gründen sicher richtig, auf ein Instrument zu verzichten, das heute und auch in den nächsten Jahren keinerlei Aussicht hat, eingesetzt werden zu müssen. Warum wird es nicht eingesetzt werden müssen? Es ist doch selbstverständlich, dass die Wirtschaft aus den vergangenen Jahren einiges gelernt hat. Es besteht keinerlei Grund zur Annahme, dass mit Krediten, die heute, morgen oder auch in einigen Monaten gewährt werden, unwirtschaftliche Expansionsgeschäfte ausgeführt werden. Eine Kreditbegrenzung kann aber nur den Sinn haben, eine Expansion einzuschränken. Ich glaube, wir sind gut beraten, wenn wir diesem Streichungsantrag zustimmen. Wir finden für diese Übung kein Verständnis im Volk.

**Bodenmann:** Ich fühle mich doch noch veranlasst, eine Lanze für diese vielgeschmähte Begrenzung zu brechen.

Ich glaube, wir sind uns sicher darüber einig, dass die Kreditbegrenzung die wirksamste Massnahme in unserem Instrumentarium war. Die Kreditbegrenzung bildete eigentlich das einzige Instrument, das wirklich verhinderte, dass zuviel Geld in Kaufkraft umgesetzt wurde.

Der Kommissionspräsident hat dargelegt, dass die Kreditbegrenzung eine Lücke schliesse. Er hat darauf hingewiesen, dass wir im Ausland über 30 Milliarden Guthaben haben, die jederzeit von unseren Grossbanken und weiteren Banken in die Schweiz transferiert werden können. Diese Lücke, die nun offensteht – das wurde nicht bestritten –, können wir mit der Kreditbegrenzung schliessen. Herr Kollega Munz hat sehr eindrücklich dargelegt, dass die anderen Massnahmen (Offenmarktpolitik, Mindestguthaben) vollständig genügen, um die Banken in eine solche Situation zu versetzen, dass sie keine Kredite mehr gewähren können. Ich möchte nun aber doch zu bedenken geben, und ich bin der Meinung, dass eine vernünftige Kreditbegrenzung besser in die schweizerische Landschaft passt als die Politik, wie sie von Herrn Kollega Munz dargelegt wurde. Wenn nämlich die Banken auf diesem Wege in die Lage versetzt werden können, dass sie nicht mehr Kredite gewähren können, dann sind gerade die schwachen Wirtschaftsgruppen, die schwachen Regionen die Geschädigten; denn die Banken werden sicher nicht die wenigen Kredite, die sie erteilen können, diesen Leuten zur Verfügung stellen. Eine Kreditbegrenzung mit Ausnahmeregelung zugunsten von Wirtschaftsgruppen, die in ihrer Existenz bedroht sind und zugunsten der Regionen, die auf diese Kredite angewiesen sind, ist nach meiner Meinung viel die vernünftiger und die praktikablere Lösung. Sie verhindert, dass wir in Zeiten monetärer Schwierigkeiten in unserem Lande selber neue Krisensituation schaffen. Mit der Kreditbegrenzung erreicht man, dass die Geldmenge, die direkt in die Kaufkraft geht, vermindert wird, und dass wir andererseits nicht Gefahr laufen, wichtigen Wirtschaftszweigen und wichtigen Regionen Schaden zuzufügen.

**Leu, Berichterstatter:** Ich möchte noch Herrn Kollega Munz antworten. Er hat sich auf verschiedene Zeitungszitate und Äusserungen berufen. Ich bitte ihn, die heutige «Neue Zürcher Zeitung» zur Hand zu nehmen und den Artikel «Kreditbegrenzung – das kleinere Übel», zu lesen. Darin wird ausgeführt – und ich unterstreiche persönlich diese Sätze; ich bin davon überzeugt –: «Die Kreditzuwachsbeschränkung kann problemlos fallengelassen werden, sofern man einerseits auf eine über die Glättung der täglichen Ausschläge hinausgehende Interventionspolitik der Nationalbank an Devisenmärkten zu verzichten bereit ist. Das kann jedoch unter Umständen verschärfte Schwierigkeiten vorab für die Exportwirtschaft heissen. Andererseits müsste auch die Zinsbildung dem Markt überlassen und die Konsequenzen auf Mieten und Agrarpreise in Kauf genommen werden.» Das Zitat wollte ich Ihnen noch entgegenhalten. Ich für mich – in dieser kurzen Zeit, wo ich noch auf diesem Stuhle sitze – möchte die Verantwortung nicht tragen, dass diese Verhältnisse eintreten.

Im Namen der Kommission beantrage ich Ihnen, dem bereinigten Artikel 3 zuzustimmen.

**M. Chevallaz, conseiller fédéral:** Je regrette infiniment que mon ami M. Munz donne plus de crédit à M. Wuffli qu'à M. Ehrsam. Ce dernier n'est pas seul, nous sommes avec lui, comme le directoire de la Banque nationale et le Conseil fédéral et je dois dire que j'accorde une certaine valeur au jugement indépendant du directoire de la Banque nationale. C'est notre conviction que l'article 3, l'encadrement du crédit, la «Kreditbegrenzung» est un complément indispensable au dispositif général, même si actuellement son application paraît tout à fait inopportune.

J'ai entendu tout à l'heure ses scrupules – que je connaissais déjà – de M. Muheim, scrupules constitutionnels, scrupules de votation de M. Heimann lesquels, sans aucun doute, ont leur résonance. J'admets bien qu'il sera plus

difficile de se battre sur un arrêté qui comporte la «Kreditbegrenzung» que sur un arrêté qui en serait dispensé. Mais nous sommes obligés de constater que si, dans le paysage actuel, rien ne justifie l'engagement de cet encadrement du crédit, les circonstances se modifient très rapidement dans ce domaine et si nous sommes obligés de convoquer les Chambres en session extraordinaire – avec l'information qui entourerait forcément cette convocation – nous n'avons pas les moyens d'agir avec la rapidité et la discrétion indispensables dans ce domaine de la monnaie et du crédit. Les conceptions d'une constitution sereine qu'on pouvait avoir à d'autres époques doivent aujourd'hui être infléchies par la nécessité d'agir rapidement.

Je voudrais encore dire à M. Broger que ses arguments selon lesquels l'arrêté sur le crédit aurait causé des détriments aux régions marginales me paraissent tout à fait controuvés. J'invoque d'ailleurs ce que vient de dire son collègue M. Bodenmann. Nous avons quant à nous, je l'ai dit dans mon discours d'introduction au moment de l'entrée en matière, la certitude et la preuve que le simple jeu des réserves minimales provoque des accumulations de crédit dans certains secteurs alors qu'il est très nettement désavantageux aux régions et aux métiers marginaux. Si vous voulez donc défendre les petits cantons, si vous voulez défendre les professions marginales, permettez-nous, dans ces périodes de pénurie, d'orienter le crédit et de le canaliser.

Je terminerai en citant brièvement l'avis de la Banque nationale:

«Wenn das Direktorium mit dem Bundesrat zur Auffassung gelangt, dass auch die Kreditzuwachsbeschränkung Bestandteil des neuen Kreditbeschlusses bilden sollte, so liegt der Hauptgrund in der Einsicht in die Grenzen einer reinen Geldmengenpolitik. Rücksichten auf den Wechselkurs und damit zusammenhängend auf die Zinssätze erlauben es nicht, die Geldmenge in die Kreditfähigkeit der Banken so konsequent zu steuern, wie es im Blick lediglich auf das Ziel einer Senkung der Inflationsraten angezeigt erscheinen würde.»

#### *Abstimmung – Vote*

##### **Art. 3**

Für den Streichungsantrag Broger	15 Stimmen
Dagegen	20 Stimmen

##### **Art. 9 Abs. 1, 2 und 2bis**

###### *Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

##### **Art. 9 al. 1, 2 et 2bis**

###### *Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

**Leu**, Berichterstatter: Hier beantragt Ihnen die Kommission, dem Bundesrat zuzustimmen, und zwar zu den Absätzen 1, 2 und 2bis. Dabei habe ich zu bemerken, dass die Frage der Härtefälle in den Absätzen 2 und 2bis besser und flexibler festgelegt wird als im zweiten Satz des Absatzes 1.

Die Kommission beantragt Ihnen Zustimmung.

#### *Angenommen – Adopté*

##### **Art. 13 Abs. 1 und 2 (an Stelle von Ziff. II)**

###### *Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

##### **Art. 13 al. 1 et 2 (au lieu du ch. II)**

###### *Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

**Leu**, Berichterstatter: Wir beantragen Zustimmung zum Antrag des Bundesrates. Es ist die übliche Formulierung bei

einem allgemein-verbindlichen Bundesbeschluss nach Artikel 89bis BV.

#### *Angenommen – Adopté*

##### **Art. 13 Abs. 3**

###### *Antrag der Kommission*

###### *Mehrheit*

Er untersteht nach Artikel 89bis Absatz 3 der Bundesverfassung der Abstimmung des Volkes und der Stände und gilt bei seiner Annahme bis zum 30. Juni 1978.

###### *Minderheit*

(Wenk, Krauchthaler)

Er untersteht nach Artikel 89bis Absatz 3 der Bundesverfassung der Abstimmung des Volkes und der Stände und gilt bei seiner Annahme bis zum 31. Dezember 1978.

##### **Art. 13 al. 3**

###### *Proposition de la commission*

###### *Majorité*

Il est soumis au vote du peuple et des cantons en vertu de l'article 89bis, 3e alinéa, de la constitution, et aura effet, s'il est accepté, jusqu'au 30 juin 1978.

###### *Minorité*

(Wenk, Krauchthaler)

Il est soumis au vote du peuple et des cantons en vertu de l'article 89bis, 3e alinéa, de la constitution, et aura effet, s'il est accepté, jusqu'au 31 décembre 1978

**Leu**, Berichterstatter der Mehrheit: Hier liegt ein Minderheitsantrag vor.

Ueber die Geltungsdauer des Beschlusses hat die Kommission sich eingehend unterhalten. Dem Antrag des Bundesrates auf fünf Jahre stunden Anträge in der Kommission von drei, dreieinhalb und einem Jahr gegenüber. In der Erwägung, dass das Notrecht rasch in das ordentliche Recht übergeführt werden soll, dass die Fragen über die Änderung des Notenbankgesetzes überblickbar sind und dass die Verfassungsmässigkeit des zu schaffenden Gesetzes überprüft wird, dass zugleich der Bundesrat und die Notenbank verhalten werden müssen, das Notenbankgesetz und eventuell auch eine Abänderung der Bundesverfassung den Räten bald vorzulegen, beantragt Ihnen die Mehrheit der Kommission, den Beschluss auf den 30. Juni 1978 zu befristen. Das ist also die Hälfte von dem, was der Bundesrat beantragt hat.

**Krauchthaler** Berichterstatter der Minderheit: Auch ich bin der Auffassung, dass das Dringlichkeitsrecht nicht länger in Kraft stehen soll als unbedingt nötig.

Nachdem man nun aber weiss, dass sogar noch die Verfassungsmässigkeit des neuen Instrumentariums 1968 im Nationalrat sehr viel zu reden gab und sie dann verneint wurde, glauben wir nicht daran, dass in zweieinhalb Jahren dieses ganze Paket vorbereitet werden kann und die parlamentarische Beratung durchlaufen habe. Selbst Herr Kollege Dillier, der bei der Mehrheit ist, hat in der Kommission ausgeführt, die Geltungsdauer sollte so lange gewährt werden, dass in der Zwischenzeit eine neue gesetzliche Grundlage geschaffen werden kann; dazu würden drei bis fünf Jahre erforderlich sein. Wir haben uns also mit dem Minimum dessen beschränkt, was Herr Dillier als notwendig erachtet. Ich möchte ihm zugute halten, dass er diese Ausführungen machte im Zusammenhang mit der Kreditbegrenzung. Nachdem man diese dann doch angenommen hatte, hat er sie dann um ein halbes Jahr verkürzen lassen. Ich kann einfach nicht daran glauben, dass es in diesen zweieinhalb Jahren möglich sein wird, dieses Instrumentarium spruchreif vorzulegen und von den Räten beraten zu lassen.

Deshalb möchte ich Ihnen beantragen, der realistischen Begrenzung auf Ende 1978 zuzustimmen.

**M. Chevallaz**, conseiller fédéral: Je ne peux évidemment pas repousser avec indignation la généreuse proposition de la minorité de la commission, qui maintient le délai de 5 ans prévu par le Conseil fédéral. Mais j'accepte volontiers le coup de fouet d'un délai ramené à deux ans et demi.

#### Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit	21 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	10 Stimmen

**Präsident:** Zu Absatz 2 beantragt Herr Heimann, auf die Dringlicherklärung zu verzichten.

**Heimann:** Die Dringlichkeit ist weder zeitlich noch sachlich gegeben. Die Bremsen, die wir mit diesem Beschluss in unser Wirtschaftssystem einbauen, sind für einen Wiederaufschwung der Konjunktur vorgesehen. Sollte sich die Rezession verflüchtigen, dann sind wir doch alle zusammen gerne bereit, uns mit einem Notrechtserlass neu zu beschäftigen, wenn uns alle Probleme der Rezession abgenommen sind. Wir kommen mit einer Praxis, wie wir sie heute offenbar wiederum verfolgen wollen, dazu, letzten Endes alles dringlich zu erklären, was die Verfassung nicht als möglich vorsieht. Es ist dies eine Abwertung unserer Verfassung, die wir einfach nicht unwidersprochen hinnehmen können. Kollega Munz hat heute vormittag das Wort von einer «Dringlichkeit auf Vorrat» geprägt. Die Dringlichkeit besteht in keiner Weise. Man kann den Beschluss dem Volk auf dem ordnungsgemässen Gesetzgebungsweg vorlegen, und es passiert nichts. Ich bitte Sie deshalb, auf die Dringlicherklärung zu verzichten.

**Leu**, Berichterstatter: Die einstimmige Kommission beantragt Ihnen, an der Dringlichkeit festzuhalten.

Wir haben in unserer Diskussion eingehend dargelegt, dass ein Unterbruch nicht stattfinden kann. Wer möchte dann die Verantwortung tragen? Herr Kollege Heimann sagt jetzt: «Ja, dann kommen wir dann zusammen!» Ja, wir kommen dann viel zu spät zusammen! Die Folgen einer Inflation oder irgend welche bösartigen Folgen, sollen dann jene tragen, die diesem Dringlichkeitsbeschluss nicht zustimmen konnten. Ich möchte auch darauf hinweisen, dass der bestehende Beschluss dringlich war und es handelt sich ja nur um eine Fortsetzung, eine Ergänzung, eine Anpassung dieses Beschlusses an den bestehenden Beschluss, der sich bewährt hat.

Die einstimmige Kommission beantragt Ihnen, den Antrag Heimann abzulehnen.

**Muhelm:** Von der Verfassung her kann der Antrag Heimann gar nicht zulässig sein. Denn der Inhalt, den Sie jetzt beschlossen haben, ist zweifelsohne nicht gedeckt durch die Verfassung (Nationalbankartikel). Darüber ist man sich wohl im Klaren. Wenn wir aber keine verfassungsrechtliche Grundlage für den beschlossenen Kreditartikel 3 haben, dann können wir gar nichts anderes als Artikel 89bis anrufen.

#### Abstimmung – Vote

Für den Antrag Heimann	3 Stimmen
Dagegen	26 Stimmen

**Präsident:** Ueber die Dringlichkeitsklausel wird später separat abgestimmt.

#### Gesamt Abstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Beschlussentwurfes	29 Stimmen
	(Einstimmigkeit)

#### An den Nationalrat – Au Conseil national

Schluss der Sitzung um 12.10 Uhr

La séance est levée à 12 h 10

## Achte Sitzung – Huitième séance

Donnerstag, 25. September 1975, Vormittag

Jeudi 25 septembre 1975, matin

8.00 Uhr

Vorsitz — Présidence: Herr Oechslin

75.066

## Volksabstimmung vom 8. Juni 1975. Erhaltung Votation populaire du 8 juin 1975. Résultat

Bericht und Beschlussentwürfe des Bundesrates vom 11. August 1975 (BBI II, 864)

Rapport et projets d'arrêtés du Conseil fédéral du 11 août 1975 (FF II, 871)

#### Antrag der Kommission

Eintreten

#### Proposition de la commission

Passer à la discussion des articles

**M. Aubert**, rapporteur: Le 8 juin 1975, les cinq arrêtés fédéraux suivants ont été soumis à la votation du peuple et des cantons: l'arrêté fédéral sur la sauvegarde de la monnaie («Schutz der Währung»), l'arrêté fédéral sur le frein aux décisions en matière de dépenses («Erschwerung von Ausgabenbeschlüssen»), l'arrêté fédéral concernant le financement des routes nationales, l'arrêté fédéral modifiant le tarif général des douanes, l'arrêté fédéral concernant l'augmentation des recettes fiscales de 1976.

Les résultats de cette votation concernant les trois derniers arrêtés fédéraux ont été validés par le Conseil fédéral en exécution d'une délégation de pouvoirs. N'est donc soumise à notre compétence que la validation des résultats de la votation populaire du 8 juin 1975 concernant les arrêtés fédéraux sur la sauvegarde de la monnaie et sur le frein aux décisions en matière de dépenses. Nous vous proposons de traiter *in globo* les deux projets d'arrêtés qui vous ont été soumis à cette fin par le Conseil fédéral. L'arrêté fédéral sur la sauvegarde de la monnaie, adopté par l'Assemblée fédérale le 28 juin 1974, a été accepté, le 8 juin 1975, par le peuple, par 1 153 338 voix contre 195 219 voix et par tous les cantons.

Quant à l'arrêté fédéral freinant les décisions en matière de dépenses, il a été adopté par l'Assemblée fédérale le 31 janvier 1975 et accepté ce même 8 juin 1975, par le peuple, par 1 021 315 voix contre 325 511 voix et par tous les cantons.

La votation populaire du 8 juin 1975 a donné lieu à une réclamation adressée le 19 juin 1975 au «Haut Conseil fédéral» (sic) par 9 citoyens domiciliés dans le canton de Fribourg, ce qui vous expliquera peut-être la raison pour laquelle j'ai été désigné en qualité de président et rapporteur de la commission en lieu et place de mon distingué et compétent collègue Jean-François Bourgmacht. Ces 9 citoyens fribourgeois ont motivé leur réclamation par le fait que le Conseil fédéral – nous l'avons vu hier – avait joint des explications («Erläuterungen») au matériel destiné à la votation sans y avoir été habilité par la loi et qu'il avait ainsi empêché les citoyens de faire librement usage de leur droit de vote. Les auteurs de cette réclamation proposaient que les votations sur tous les cinq arrêtés soient annulées.

## **Kreditmassnahmen. Verlängerung**

### **Mesures dans le domaine du crédit. Prorogation**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1975
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	07
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	75.055
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	24.09.1975 - 08:00
Date	
Data	
Seite	562-576
Page	
Pagina	
Ref. No	20 004 329

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Zu 12 141

## Voranschlag 1975. Nachtrag II Budget 1975. Supplément II

Botschaft und Beschlussentwurf vom 5. November 1975

Message et projet d'arrêté du 5 novembre 1975

Bezug durch die Eidgenössische Drucksachen-  
und Materialzentrale, Fellerstrasse 21, 3000 BernS'obtiennent auprès de l'Office central fédéral  
des imprimés et du matériel, Fellerstrasse 21, 3000 Berne

Beschluss des Nationalrates vom 3. Dezember 1975

Décision du Conseil national du 3 décembre 1975

### Finanzvoranschlag – Budget financier

#### Behörden und Gerichte

101 Nationalrat

201.03 Verschiedene Kosten

102 Ständerat

201.02 Verschiedene Kosten

#### Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Streichen

#### Autorités et tribunaux

101 Conseil national

201 03 Frais divers

102 Conseil des Etats

201.02 Frais divers

#### Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Biffer

**Munz**, Berichterstatter: Mit Botschaft vom 5. November 1975 legt der Bundesrat den Kammern Begehren vor um Kreditübertragungen, Nachtragskredite im Sinne von Zahlungskrediten und auch für zusätzliche Verpflichtungskreditbegehren. Bei den Kreditübertragungen handelt es sich um einen relativ bescheidenen Betrag von 77 500 Franken. Die Kreditübertragungen ergeben sich deswegen, weil bekanntlich nicht aufgebrauchte Kredite aus einem Budgetjahr nicht einfach übertragen werden, sondern am Ende des Jahres wieder verfallen. Es braucht dann einen neuen Beschluss der Räte, damit diese Kredite noch verwendet werden können. Darum handelt es sich hier.

Dann haben wir für 344 Millionen Nachtragskreditbegehren in Form von Zahlungskrediten; die Aufteilung auf die Departemente finden Sie auf Seite 2 der Botschaft. Im übrigen können Sie die Einzelheiten für diese Nachtragskreditbegehren auf den Seiten 8 ff. der Botschaft finden.

Der Nationalrat hat zwei Positionen auf der Seite 10 gestrichen, nämlich unter der Rubrik 201.03 «Nationalrat, verschiedene Kosten» 37 500 Franken und Rubrik 201.02 «Ständerat, verschiedene Kosten» 7500 Franken. Es handelt sich dabei nicht etwa um grosse Beträge, aber um eine Sache, die doch kurz zur Sprache gebracht werden muss: Nicht in einer Sternstunde, aber in einer sentimentalen Aufwallung hat offenbar das Büro des Nationalrates einmal beschlossen – ich weiss nicht, wann das gewesen ist –, man möchte doch vorsehen, dass man ausscheidenden Parlamentariern ein Abschiedsgeschenk in Form einer Uhr oder in Form einer Glasmalerei verabfolgen könne. Ihre Finanzkommission ist einmütig der Auffassung, dass diese Geschenke deplaciert seien, nicht wegen der Höhe, sondern aus dem Grundsatz. Es macht den Anschein, wie wenn das Parlament etwa gleichzusetzen wäre mit einem

Vereinsvorstand. Wir sind aber kein Vereinsvorstand, sondern Träger eines politischen Mandates, und nach dessen Ablauf haben wir – wie die anderen Bürger – ins Glied zurückzutreten, und dafür haben wir keine Geschenke zugut. Wir sind deshalb froh darüber, dass der Nationalrat diese beiden Positionen gestrichen hat; wir beantragen ebenfalls Streichung. Wir brauchen keine Orden, das steht sogar in der Bundesverfassung.

Im übrigen möchte ich mich zu den Nachtragskrediten und den Verpflichtungskrediten im einzelnen nicht mehr äussern; Sie finden alle Einzelheiten in der Botschaft.

#### Zustimmung – Adhésion

**Präsident:** Durch Ihr Stillschweigen haben Sie sich dem Grundsatz angeschlossen, der da lautet: «Servir et disparaître.»

### Bundesbeschluss – Arrêté fédéral

#### Titel und Ingress

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

#### Titre et préambule

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

#### Angenommen – Adopté

#### Art. 1–3

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

#### Art. 1 à 3

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

#### Angenommen – Adopté

An den Bundesrat – Au Conseil fédéral

75.055

### Kreditmassnahmen. Verlängerung Mesures dans le domaine du crédit. Prorogation

Siehe Seite 562 hiervor — Voir page 562 ci-devant

Beschluss des Nationalrates vom 3. Dezember 1975

Décision du Conseil national du 3 décembre 1975

#### Differenzen – Divergences

#### Art. 13 Abs. 3

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

#### Art. 13 al. 3

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

**Dillier**, Berichterstatter: Hier handelt es sich um die zweite Auflage des sogenannten Kreditbeschlusses, den wir in der Sitzung vom 24. September 1975 behandelt hatten. Die

Vorlage ging dann an den Nationalrat, der unseren Abänderungsanträgen zustimmte, mit einer einzigen Ausnahme bei Artikel 13 bzw. neu II: Der Beschluss untersteht der Abstimmung des Volkes und der Stände und gilt bei seiner Annahme bis zum 31. Dezember 1978. Wir hatten hier das Datum des 30. Juni 1978 beschlossen, während der Nationalrat nun auf den 31. Dezember 1978 gehen will.

Ihre Kommission hat diese Differenz überprüft und ist zum Schluss gekommen, Ihnen zu beantragen, sich dem Nationalrat anzuschliessen. Der Unterschied von sechs Monaten ist zu klein, als dass hier eine Differenz bestehen bleiben sollte.

*Angenommen – Adopté*

12 069

**PTT. Voranschlag 1975. Nachtrag II**  
**PTT. Budget 1975. Supplément II**

Botschaft und Beschlussentwurf vom 5. November 1975  
Message et projet d'arrêté du 5 novembre 1975

Bezug durch die Eidgenössische Drucksachen- und Materialzentrale, Fellerstrasse 21, 3000 Bern  
S'obtiennent auprès de l'Office central fédéral des imprimés et du matériel, Fellerstrasse 21, 3000 Berne  
Beschluss des Nationalrates vom 3. Dezember 1975  
Décision du Conseil national du 3 décembre 1975

**Finanzvoranschlag – Budget financier**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil national

**Luder**, Berichterstatter: Der Bundesbeschluss über Nachtrag II zum Finanzvoranschlag PTT enthält drei Kategorien von Beschlüssen. Die erste umfasst die nachträglichen Zahlungskredite im Ausmass von 113 373 000 Franken. Von diesem Betrag entfallen nicht ganz 90 Millionen auf den Betriebsaufwand. Bemerkenswert hoch ist der für Abschreibungen und Zinsendienst angebehrte Nachtragskredit von 40 Millionen. Ueber die Problematik der Verzinsung des durchschnittlichen Passivsaldo des Kontokorrents bei der Eidgenössischen Finanzverwaltung sind Sie von der Finanzkommission im Zusammenhang mit dem Budget 1976 orientiert worden. Bei den Anlagen ist, ähnlich wie beim Betriebsaufwand, ein Nachholbedarf für Telefonteilnehmereinrichtungen festzustellen, während andererseits die Nachfrage nach Telefonanschlüssen rückläufig ist. Die zweite Kategorie bilden teuerungsbedingte Zusatzkredite für Bauten in der Höhe von 10 823 300 Franken. Schliesslich wird beantragt, den Nachtragskredit von 20 Millionen, der den PTT-Betrieben zur Förderung der Investitionstätigkeit mit Beschluss vom 17. Juni 1975 bewilligt worden war, nach Rubriken neu aufzuteilen. Entsprechend der Nachfrageentwicklung sollen so die Kredite für Linienbau und Ausrüstung der Trägertelefonie vermehrt für automatische Uebermittlungseinrichtungen eingesetzt werden. Sie finden die neue Aufteilung auf Seite 3 der Botschaft, den Entwurf zum Bundesbeschluss auf Seite 4.

Die Finanzkommission beantragt Ihnen, dem Nachtrag II zuzustimmen.

**Bundesbeschluss – Arrêté fédéral**

**Titel und Ingress**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

**Titre et préambule**

*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil national

**Art. 1–4**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Art. 1 à 4**

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble*

Für Annahme des Beschlussentwurfes

22 Stimmen  
(Einstimmigkeit)

*An den Bundesrat – Au Conseil fédéral*

75.089

**SBB. Voranschlag 1976**  
**CFF. Budget 1976**

Botschaft und Beschlussentwurf vom 29. Oktober 1975  
(BBI II, 1821)

Message et projet d'arrêté du 29 octobre 1975 (FF II, 1817)

Voranschlag der SBB vom 23. Oktober 1975

Budget des CFF du 23 octobre 1975

Bezug bei der Generaldirektion SBB,  
Hochschulstrasse 6, Bern

S'obtiennent auprès de la Direction générale des CFF,  
Hochschulstrasse 6, Berne

Beschluss des Nationalrates vom 3. Dezember 1975

Décision du Conseil national du 3 décembre 1975

**Finanzvoranschlag – Budget financier**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil national

**Herzog**, Berichterstatter: Das grösste Unternehmen unseres Staates kommt immer mehr in die sogenannten «roten Zahlen». Wir haben die Pflicht, alles zu unternehmen, damit unsere Bahnen wieder gesunden. Der gute Ruf unserer Schweizerischen Bundesbahnen muss wieder obsiegen. Der Glaube an eine bessere Zukunft der SBB muss erhalten bleiben.

Das Budget 1976 und die längerfristige Planung für die Jahre 1976–1980 sind, selbst nach Ansicht des Bundesrates, alarmierend. Wir zeigen allgemeine Bestürzung ob der sich abzeichnenden Schuldenlast, und wir fragen uns allen Ernstes, was machen. Darüber ist man vorläufig noch im unklaren. Die Lage verlangt aber ganz dringend baldige Abhilfe. So hat unsere Vorberatende Kommission bei Behandlung des Budgets diesen Zukunftsfragen ihre spezielle Aufmerksamkeit geschenkt; ich komme darauf zurück. Zum Budget selber: 1. Die Betriebsrechnung des Budgets. Diese schliesst seit vielen Jahren erstmalig als Folge der

## **Kreditmassnahmen. Verlängerung**

### **Mesures dans le domaine du crédit. Prorogation**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1975
Année	
Anno	
Band	V
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	06
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	75.055
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	11.12.1975 - 08:00
Date	
Data	
Seite	739-740
Page	
Pagina	
Ref. No	20 004 542

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.



dass die Bedürfnisse in bezug auf den Landerwerb nicht bei allen hier in Frage stehenden Bundesstellen die gleichen sind. Ein zentralisiertes Bundesamt könnte diesen verschiedenartigen Bedürfnissen viel weniger gerecht werden und müsste viel zu schematisch arbeiten, und zwar zum Nachteil der verschiedenen Bundesbetriebe.

Aus diesen Gründen lehne ich die Schaffung eines neuen, zentralisierten Bundesamtes für Landgeschäfte ab; dagegen kann ich dem ersten Teil des Vorstosses, der uns als Motion des Nationalrates vorliegt und der sofortige Massnahmen zur Koordination und gegenseitigen Information der Tätigkeiten der verschiedenen Dienststellen für Landerwerb verlangt, zustimmen.

M. **Chevallaz**, conseiller fédéral: Je ne puis que confirmer ce qui est dit dans l'excellent rapport de M. le président de la commission Dillier. La réorganisation du service immobilier dépendant du Département des finances est en cours; vous savez qu'il y a eu un intérim, le chef responsable s'étant retiré l'année dernière. Un nouveau chef va être désigné incessamment avec un nouveau cahier des charges et une procédure mieux réglée pour l'acquisition des terrains. Parallèlement, nous avons déjà renforcé la coordination entre les différents services ou offices qui s'occupent d'achats de terrains dans le cadre de la Confédération comme dans le cadre des deux grandes régions. Je puis donc confirmer les arguments de votre commission.

Je voudrais rassurer M. Urech: si nous acceptons ce postulat, c'est dans le sens d'un renforcement de la coordination mais il n'est en aucune manière dans nos intentions de créer un office centralisé; ce serait contraire à la rationalité; ce serait contraire aux intérêts de l'administration; nous aurions certainement un personnel plus nombreux et moins adapté aux caractères divers des achats. Nous pensons que chacun des offices qui travaillent actuellement connaît mieux la situation. Le problème c'est qu'ils ne partent pas chacun tout seul, d'une part, et que, d'autre part, un contrôle suffisant soit fait sur chacun d'entre eux. Il n'est pas du tout question pour nous de créer un office centralisé. J'espère avoir rassuré M. Urech.

**Abstimmung – Vote**

Annahme der Motion 29 Stimmen  
(Einstimmigkeit)

*An den Bundesrat – Au Conseil fédéral*

75.084

**Preisüberwachung. Bundesbeschluss  
Surveillance des prix. Arrêté fédéral**

Siehe Seite 759 hiervor — Voir page 759 ci-devant

Beschluss des Nationalrates vom 4. Dezember 1975  
Décision du Conseil national du 4 décembre 1975

**Abstimmung – Vote**

Für Annahme der Dringlichkeitsklausel 29 Stimmen  
(Einstimmigkeit)

*Das qualifizierte Mehr ist erreicht  
La majorité qualifiée est acquise*

*An den Nationalrat – Au Conseil national*

75.055

**Kreditmassnahmen. Verlängerung  
Mesures dans le domaine du crédit. Prorogation**

Siehe Seite 739 hiervor — Voir page 739 ci-devant

Beschluss des Nationalrates vom 3. Dezember 1975  
Décision du Conseil national du 3 décembre 1975

**Dringlichkeitsklausel – Clause d'urgence**

**Abstimmung – Vote**

Für Annahme der Dringlichkeitsklausel 28 Stimmen  
(Einstimmigkeit)

*Das qualifizierte Mehr ist erreicht  
La majorité qualifiée est acquise*

*An den Nationalrat – Au Conseil national*

75.489

**Postulat Jauslin. 9. AHV-Revision  
9e revision de l'AVS**

**Wortlaut des Postulates vom 11. Dezember 1975**

Der Bundesrat wird eingeladen, bei der Vorbereitung der 9. AHV-Revision die folgenden Fragen und Vorschläge zu prüfen und im Bericht zu behandeln:

1. Wie die Massnahmen für 1975–1977 zeigen, müssen die Beiträge der öffentlichen Hand überprüft werden. Könnte deren Aufteilung für AHV, IV und EL nicht so erfolgen, dass einerseits den Anliegen nach klarer Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen Rechnung getragen und andererseits der Versicherungscharakter der AHV besser erkennbar gemacht werden könnte?

2. Die jährlichen Aufwendungen müssen im wesentlichen durch die entsprechenden Einnahmen gedeckt werden, da der AHV-Fonds weder namhaft vergrössert noch vermindert werden soll. Der Anteil der Versicherten- und Arbeitgeberbeiträge hängt sowohl vom Rentnerverhältnis als auch von den wirtschaftlichen Verhältnissen ab. Deshalb sollten die entsprechenden groben Durchschnittszahlen für die vergangenen und als mutmassliche Werte auch für die kommenden Jahre dargestellt werden. Sie geben besseren Einblick als die üblichen Gesamtsummen.

3. Obwohl nach Leistungsprimat aufgebaut, müssen sich die Renten längerfristig nach den Beitragsätzen richten oder umgekehrt. Das wichtigste Ziel ist mit den Mindestrenten den Existenzbedarf zu decken. Dazu dient die sogenannte «soziale Komponente». Für die Beurteilung der Abstufung der höheren Renten wäre erwünscht, Vergleichszahlen zu kennen zwischen den von einem Rentenbezüger in seinen Arbeitsjahren zu leistenden und geleisteten Beiträgen (inkl. Arbeitgeberbeitrag) und den zu erwartenden Rentenbezügen. Solche Werte, als rohe Durchschnittswerte, könnten zur Versachlichung der Diskussion beitragen.

4. Für Vorschläge, die auf eine Verbesserung auf der Ein- oder Ausgabenseite abzielen, sind die finanziellen Auswirkungen zu zeigen. Zum Beispiel: Erstrecken der Beitragspflicht auch auf Einkommen von Bezügen im Rentenalter; Abbau von Leistungen, die weder nach ihrer sozialen Bedeutung, noch nach dem Versicherungscharakter unmittelbar begründet sind.

## **Kreditmassnahmen. Verlängerung**

### **Mesures dans le domaine du crédit. Prorogation**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1975
Année	
Anno	
Band	V
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	09
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	75.055
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	18.12.1975 - 08:00
Date	
Data	
Seite	790-790
Page	
Pagina	
Ref. No	20 004 563

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.  
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.  
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

**Zehnte Sitzung – Dixième séance**

Freitag, 19. Dezember 1975, Vormittag

Vendredi 19 décembre 1975, matin

8.00 h

Vorsitz – Présidence: Herr Wenk

**75.073****Prioritätenverschiebung. Armeeleitbild 1980****Plan directeur – armée 1980. Changement de la priorité**

**Präsident:** Ich habe Ihnen noch eine Mitteilung zu machen, die die Priorität betrifft. Die Priorität für das Geschäft 75.073 (Armeeleitbild 1980) ist seinerzeit dem Nationalrat zugeteilt worden. Infolge einiger in dieser Session gefassten Beschlüsse wird der Nationalrat in der Frühjahrsession 1976 wahrscheinlich wesentlich stärker belastet sein als der Ständerat. Er muss unter anderem die Kampfflugzeugbeschaffung behandeln. Um die Geschäftslast etwas auszugleichen, haben die Ratspräsidenten beschlossen, die Priorität für das Armeeleitbild vom Nationalrat auf den Ständerat zu übertragen. (Zustimmung)

**75.085****Voranschlag der Eidgenossenschaft für 1976****Budget de la Confédération pour 1976****Bundesbeschluss über den Abbau von Bundesbeiträgen im Jahr 1976****Arrêté fédéral sur la réduction des subventions fédérales en 1976**

Siehe Seite 734 hiervor — Voir page 734 ci-devant

Beschluss des Nationalrates vom 16. Dezember 1975

Décision du Conseil national du 16 décembre 1975

*Schlussabstimmung – Vote final*

Für Annahme des Beschlussentwurfes über den

Abbau von Bundesbeiträgen im Jahr 1976 35 Stimmen  
(Einstimmigkeit)*An den Nationalrat – Au Conseil national***75.024****Politische Rechte der Auslandschweizer. Bundesgesetz****Droits politiques des Suisses de l'étranger. Loi**

Siehe Seite 690 hiervor — Voir page 690 ci-devant

Beschluss des Nationalrates vom 19. Dezember 1975

Décision du Conseil national du 19 décembre 1975

*Schlussabstimmung – Vote final*

Für Annahme des Gesetzentwurfes

36 Stimmen  
(Einstimmigkeit)*An den Bundesrat – Au Conseil fédéral***12 239****Motorradfahrzeug-Haftpflichtversicherung. Volksbegehren****Assurance responsabilité civile pour véhicules à moteur. Initiative populaire**

Siehe Seite 760 hiervor — Voir page 760 ci-devant

Beschluss des Nationalrates vom 19. Dezember 1975

Décision du Conseil national du 19 décembre 1975

*Schlussabstimmung – Vote final*

Für Annahme des Beschlussentwurfes

37 Stimmen  
(Einstimmigkeit)*An den Bundesrat – Au Conseil fédéral***75.045****Obligationenrecht (Geschäftsbücher). Aenderung Code des obligations (livres). Revision**

Siehe Seite 605 hiervor — Voir page 605 ci-devant

Beschluss des Nationalrates vom 15. Dezember 1975

Décision du Conseil national du 15 décembre 1975

*Schlussabstimmung – Vote final*

Für Annahme des Gesetzentwurfes

37 Stimmen  
(Einstimmigkeit)*An den Nationalrat – Au Conseil national***75.055****Kreditmassnahmen. Verlängerung****Mesures dans le domaine du crédit. Prorogation**

Siehe Seite 790 hiervor — Voir page 790 ci-devant

Beschluss des Nationalrates vom 3. Dezember 1975

Décision du Conseil national du 3 décembre 1975

*Mitteilung der Redaktionskommission (GVG Art. 32 Abs. 2)*

Die Redaktionskommission hat bei dieser Vorlage Textänderungen vorgenommen, die einer Erläuterung bedürfen:

Beide Räte haben beschlossen, die Weiterführung der Kreditmassnahmen in einem neuen Bundesbeschluss zu regeln und nicht – wie dies der Bundesrat vorgeschlagen hatte – den bisherigen, in einigen Punkten abgeänderten Beschluss zu verlängern. Seit dem Erlass der ersten Fas-

sung des Kreditbeschlusses ist am 1. Januar 1975 das Bundesgesetz über das Verwaltungsstrafrecht in Kraft getreten. Das Verwaltungsstrafrecht wird überall dort angewendet, wo Verfolgung und Beurteilung von Widerhandlungen einer Verwaltungsbehörde des Bundes übertragen sind. Durch das Verwaltungsstrafrecht ist auch der in Artikel 11 Absatz 1 des Kreditbeschlusses zitierte fünfte Teil des Bundesstrafprozessrechtes aufgehoben worden. Für Strafverfolgung und Beurteilung wird nun auf das Verwaltungsstrafrecht verwiesen.

Mit Rücksicht auf das Verwaltungsstrafrecht musste die Redaktionskommission konsequenterweise folgende Aenderungen am Text der Kreditmassnahmen vornehmen:

Artikel 11 Absatz 2 enthielt die gleiche Verjährungsregel wie das Verwaltungsstrafrecht. Der unter 11 erwähnte generelle Verweis macht diese Bestimmung überflüssig.

Artikel 10 Absatz 4 bezieht sich auf die Widerhandlungen in Geschäftsbetrieben. Diese Bestimmung stimmt inhaltlich, abgesehen vom Betrag im zweiten Satz, mit Artikel 6 Absatz 1 und Artikel 7 Absatz 1 des Verwaltungsstrafrechtes überein. Auf eine Wiederholung des Textes kann verzichtet werden, ein Verweis genügt. Im neuen Absatz 2 von Artikel 11 wurde lediglich noch der mit Artikel 7 Absatz 1 des Verwaltungsverfahrens nicht übereinstimmende Betrag (10 000 Franken) erwähnt.

*Communication de la Commission de rédaction  
(LRC art. 32 al. 2)*

La Commission de rédaction a procédé à des modifications de texte dans ce projet pour les raisons suivantes:

Les deux conseils ont décidé de régler la prorogation des mesures dans le domaine du crédit par un nouvel arrêté fédéral et non pas – comme le proposait le Conseil fédéral – en prolongeant simplement l'arrêté actuellement en vigueur, après l'avoir modifié sur certains points. Depuis la promulgation du premier arrêté sur le crédit, la loi sur le droit pénal administratif est entrée en vigueur, c'était le 1er janvier 1975. Le droit pénal administratif est appliqué dans les cas où la poursuite d'une infraction relève de la compétence d'une autorité administrative fédérale. Le droit pénal administratif permet de supprimer la citation de la cinquième partie de la loi sur la procédure pénale dans l'article 11, 1er alinéa, de l'arrêté sur le crédit. En ce qui concerne la poursuite pénale et le jugement, on renvoie maintenant au droit pénal administratif.

Compte tenu du droit pénal administratif, la Commission de rédaction a dû, en conséquence, apporter les modifications suivantes au texte de l'arrêté sur les mesures dans le domaine du crédit:

L'article 11, 2e alinéa, reprend du droit pénal administratif la règle sur la prescription. Comme l'expliquait la remarque faite au paragraphe 11 ci-dessus, cette disposition devient superflue.

L'article 10, 4e alinéa, se rapporte aux infractions commises dans la gestion d'une société ou d'une raison individuelle. Le contenu de cette disposition correspond – sauf en ce qui concerne le montant de l'amende prévu dans la 2e phrase – à l'article 6, 1er alinéa, et à l'article 7, 1er alinéa, du droit pénal administratif. On peut renoncer à la répétition du texte, un renvoi suffit. Dans le nouveau 2e alinéa de l'article 11, seul le montant (10 000 francs) qui ne correspondait pas à l'article 7, 1er alinéa, du droit pénal administratif a encore été mentionné.

*Schlussabstimmung – Vote final*

Für Annahme des Beschlusssentwurfes

36 Stimmen  
(Einstimmigkeit)

*An den Nationalrat – Au Conseil national*

75.051

**Tierseuchengesetz. Aenderung  
Epizooties. Modification de la loi**

Siehe Seite 532 hiervor — Voir page 532 ci-devant

Beschluss des Nationalrates vom 4. Dezember 1975  
Décision du Conseil national du 4 décembre 1975

*Schlussabstimmung – Vote final*

Für Annahme des Gesetzentwurfes

37 Stimmen  
(Einstimmigkeit)

*An den Nationalrat – Au Conseil national*

75.060

**Finanzhilfe an Entwicklungsländer  
Aide financière aux pays en développement**

**Bundesbeschluss betreffend eine Vereinbarung  
über Finanzhilfe  
an die Vereinigte Republik Kamerun**

**Arrêté fédéral concernant un accord d'aide  
financière avec la République Unie du Cameroun**

Siehe Seite 522 hiervor — Voir page 522 ci-devant

Beschluss des Nationalrates vom 2. Dezember 1975  
Décision du Conseil national du 2 décembre 1975

*Schlussabstimmung – Vote final*

Für Annahme des Beschlusssentwurfes

36 Stimmen  
(Einstimmigkeit)

*An den Nationalrat – Au Conseil national*

75.084

**Preisüberwachung. Bundesbeschluss  
Surveillance des prix. Arrêté fédéral**

Siehe Seite 790 hiervor — Voir page 790 ci-devant

Beschluss des Nationalrates vom 4. Dezember 1975  
Décision du Conseil national du 4 décembre 1975

*Mitteilung der Redaktionskommission (GVG Art. 32 Abs. 2)*

Die Redaktionskommission hat bei dieser Vorlage Textänderungen vorgenommen, die einer Erläuterung bedürfen:

*Art. 3 Abs. 2*

Der erste Satz dieser Bestimmung lautete in der von den Räten beschlossenen Fassung wie folgt: «Er (d. h. der Bundesrat) kann zudem anordnen, dass Preiserhöhungen vor ihrer Inkraftsetzung zu melden, zu begründen und unverzüglich behördlich zu prüfen sind.»

## **Kreditmassnahmen. Verlängerung**

### **Mesures dans le domaine du crédit. Prorogation**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1975
Année	
Anno	
Band	V
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	10
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	75.055
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	19.12.1975 - 08:00
Date	
Data	
Seite	796-797
Page	
Pagina	
Ref. No	20 004 570

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.